



Bundesnetzagentur

Bonn, 8. Mai 2024

Amtsblatt 09

Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen

Regulierung

Vfg-Nr.		Seite
	Telekommunikation	
54	Änderung des Nummernplans Internationale Kennungen für Mobile Teilnehmer zur Bereitstellung der Blockkennung 262 868.....	417
55	Gesetz über die Bereitstellung von Funkanlagen auf dem Markt (Funkanlagengesetz -FuAG): Allgemeinverfügung bezüglich eines Vertriebsverbotes für ein Gerät	417
56	Gesetz über die Bereitstellung von Funkanlagen auf dem Markt (Funkanlagengesetz -FuAG): Allgemeinverfügung bezüglich eines Vertriebsverbotes für ein Gerät	418
57	Vermittlungsdienst für gehörlose und hörgeschädigte Menschen; Bedarfsermittlung und -feststellung für die Jahre 2025 bis 2028 sowie Abfrage einer etwaigen Bereitstellung durch die Unternehmen gem. Paragraph 51 Absatz 4 Telekommunikationsgesetz.....	420

Mitteilungen

Mit-Nr.		Seite
	Telekommunikation	
	Teil A	
	Mitteilungen der Bundesnetzagentur	
189	§§ 149 Abs. 1 Nr. 5, 214 TKG i. V. m. § 192 TKG; Antrag der goetel GmbH auf Erlass einer Entscheidung im Streitbeilegungsverfahren über einen diskriminierungsfreien, offenen Netzzugang zu öffentlich geförderten Telekommunikationslinien oder Telekommunikationsnetzen; hier: BK11-24-005.....	449
190	§§ 149 Abs. 1 Nr. 5, 214 TKG i. V. m. § 192 TKG; Antrag der goetel GmbH auf Erlass einer Entscheidung im Streitbeilegungsverfahren über einen diskriminierungsfreien, offenen Netzzugang zu öffentlich geförderten Telekommunikationslinien oder Telekommunikationsnetzen; hier: BK11-24-006.....	449
191	§§ 149 Abs. 1 Nr. 5, 214 TKG i. V. m. § 192 TKG; Antrag der goetel GmbH auf Erlass einer Entscheidung im Streitbeilegungsverfahren über einen diskriminierungsfreien, offenen Netzzugang zu öffentlich geförderten Telekommunikationslinien oder Telekommunikationsnetzen; hier: BK11-24-007.....	449

Mit-Nr.		Seite
192	Teil 4 TKG, Telekommunikationsendeinrichtungen und Rundfunkübertragung; Besetzung der Schlichtungsstelle nach § 77 TKG	449
193	Ergänzung der Technischen Richtlinie Notrufverbindungen (TR Notruf): Beteiligungsverfahren nach § 164 Abs. 6 TKG zum Entwurf der ergänzten Fassung der TR Notruf.....	450

Energie

Teil A

Mitteilungen der Bundesnetzagentur

194	§ 29 Abs. 1 EnWG i. V. m. § 32 Abs. 1 Nr. 4a ARegV; Verlängerung bestimmter Regelungen der Festlegung zu volatilen Kosten für verschiedene Aspekte des Erdgastransports („VOLKER“, BK9-22/606-1 bis BK9-22/606-5)	451
195	§ 118 Abs. 46e i. V. m. § 29 Abs. 1 EnWG; Einleitung eines Verfahrens zur zweiten Konsultation der Festlegung zur regulatorischen Behandlung der beim Anschlussnetzbetreiber entstehenden Kosten aus § 3 Abs. 1 i. V. m. § 7 MsbG (BK8-23/007-A)	463
196	Genehmigung von Investitionsmaßnahmen nach § 23 ARegV Gasbereich, hier: BK4-19/047A01	490
197	Genehmigung von Investitionsmaßnahmen nach § 23 ARegV Gasbereich, hier: BK4-20/062	490
198	Genehmigung von Investitionsmaßnahmen nach § 23 ARegV Gasbereich, hier: BK4-20/072	490
199	Genehmigung von Investitionsmaßnahmen nach § 23 ARegV Gasbereich, hier: BK4-20/075A01	490

Regulierung

Telekommunikation

Vfg Nr. 54/2024

Änderung des Nummernplans Internationale Kennungen für Mobile Teilnehmer zur Bereitstellung der Blockkennung 262 868

Der „Nummernplan Internationale Kennungen für Mobile Teilnehmer“ (Verfügung Nr. 16/2016, Amtsblatt Nr. 06/2016 vom 06.04.2016, zuletzt geändert durch Verfügung 83/2023, Amtsblatt Nr. 16/2023 vom 23.08.2023) wird im Abschnitt 2 wie folgt geändert (hinzukommende Textteile fett und unterstrichen):

2. Format der Nummern und Untergliederung des Nummernbereichs

...Die IMSI-Blockkennungen 262 00 bis 262 69 identifizieren IMSI-Blöcke für Zuteilungen für Werkbetriebe öffentlicher Telekommunikationsnetze sowie lokaler Telekommunikationsnetze, die auf der Grundlage eines öffentlichen Mobilfunknetzes realisiert werden (lokale Implementierungen). Die IMSI-Blockkennungen 262 70 bis 262 79 und 262 90 bis 262 97 sind für befristete Zuteilungen zu Testzwecken vorgesehen.

Der IMSI-Block mit der Blockkennung 262 86 wird für die Zuteilung von IMSIs mit dreistelligem MNC (86x mit x = 0...9) vorgesehen. Der IMSI-Teilblock mit der Blockkennung 262 869 wird für eine Allgemein-zuteilung an berechnete Stellen zum Betrieb von Geräten zur Überwachung der Telekommunikation bereitgestellt. **Der IMSI-Teilblock mit der Blockkennung 262 868 wird für eine Direktzuteilung an die Bundesanstalt für den Digitalfunk der Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (BDBOS) bereitgestellt.** Die übrigen IMSI-Teilblöcke dienen als Reserve.

Die übrigen IMSI-Blöcke stellen eine Reserve dar; sie stehen erst nach einer entsprechenden Veröffentlichung zur Verfügung.

Diese Verfügung gilt gemäß § 210 Satz 4 TKG in Verbindung mit § 41 Absatz 4 Satz 4 Verwaltungsverfahrensgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. Januar 2003 (BGBl. I S. 102), das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 4. Dezember 2023 (BGBl. 2023 I Nr. 344) geändert worden ist (VwVfG), am 09.05.2024, dem Tag nach ihrer Veröffentlichung auf der Internetseite der Bundesnetzagentur sowie ihrer Bekanntmachung im Amtsblatt der Bundesnetzagentur, als öffentlich bekannt gegeben. Sie wird damit am 09.05.2024 wirksam.

Rechtsbehelfsbelehrung

Gegen diese Verfügung kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Widerspruch erhoben werden. Der Widerspruch ist bei der Bundesnetzagentur, Tulpenfeld 4, 53113 Bonn oder bei einer sonstigen Dienststelle der Bundesnetzagentur einzulegen.

Widerspruch und Klage gegen die oben getroffene Entscheidung haben gemäß § 217 Abs. 1 TKG keine aufschiebende Wirkung.

Hinweis

Diese Verfügung wird vollständig, d. h. einschließlich Begründung, im Internet veröffentlicht unter:

www.bundesnetzagentur.de/nummerierung-vfg

113c 3834-3

Vfg Nr. 55/2024

Gesetz über die Bereitstellung von Funkanlagen auf dem Markt (Funkanlagen-gesetz -FuAG):

Allgemeinverfügung bezüglich eines Vertriebsverbotes für ein Gerät

Im Rahmen der Marktüberwachung nach dem FuAG wurde die Bundesnetzagentur darauf aufmerksam gemacht, dass die unten genannte Funkanlage nicht mit den Anforderungen des FuAG übereinstimmt.

Die Bundesnetzagentur erlässt auf Grund des § 23 Absatz 2 Nr. 4 i. V. m. § 30 Absatz 3 FuAG folgende

Allgemeinverfügung:

1. Das weitere Bereitstellen, Inverkehrbringen und die Weitergabe der unten aufgeführten Funkanlage wird untersagt.

Angaben zur Funkanlage:

Produktart:	Funkgeräte
Modell:	UV-5RA
Markenzeichen:	BAOFENG

2. Die Allgemeinverfügung gilt am Tag nach ihrer Veröffentlichung als bekanntgegeben.

Begründung

I.

Die Bundesnetzagentur wurde am 18.01.2024 gemäß § 30 Absatz 1 FuAG darüber informiert, dass ein Mitgliedstaat der Europäischen Union eine markteinschränkende Maßnahme nach Artikel 40 der Funkanlagenrichtlinie 2014/53/EU getroffen hat.

Die zuständige Marktüberwachungsbehörde Secretaría de Estado de Telecomunicaciones e Infraestructuras Digitales in Spanien hat eine Überprüfung der Konformität des oben genannten Gerätes durchgeführt.

Im Rahmen der formalen Prüfung seitens der zuständigen Marktüberwachungsbehörde wurde festgestellt, dass die CE-Kennzeichnung auf der Funkanlage nicht richtlinienkonform vorgenommen wurde. Ebenso wurde das Konformitätsbewertungsverfahren unzureichend durchgeführt und entspricht nicht den Anforderungen der Funkanlagenrichtlinie 2014/53/EU. Weiterhin hat der Einführer beim Inverkehrbringen des Gerätes seinen Namen, seinen eingetragenen Handelsnamen oder seine eingetragene Handelsmarke sowie seine Postanschrift auf dem Produkt anzubringen, was jedoch nicht erfolgt ist. Auch die Angaben zu Beschränkungen der Inbetriebnahme bzw. für die Nutzungsgenehmigung zu erfüllenden Anforderungen fehlen. Ebenso fehlt die Bedienungsanleitung, die aber vorliegen muss, um die notwendigen Hinweise zum sicheren Betrieb des Produktes zu gewährleisten.

Die Funkanlage wurde zusätzlich einer messtechnischen Prüfung unterzogen. Der Prüfbericht des beauftragten Testlabors sagt aus, dass der Grenzwert für unerwünschte Nebenaussendungen überschritten wurde.

Die Bundesnetzagentur konnte sowohl die formalen Mängel als auch das Ergebnis der messtechnischen Prüfung nachvollziehen und hält daher die Maßnahme der spanischen Marktüberwachungsbehörde für gerechtfertigt.

II.

Mit der Amtsblattmitteilung Nr. 74/2024 vom 21.02.2024 wurden die nationalen Wirtschaftsakteure gemäß § 30 Absatz 1 FuAG über diese markteinschränkende Maßnahme informiert und innerhalb einer Frist von vier Wochen konnten hierzu Stellungnahmen abgegeben werden.

Es sind keine Stellungnahmen bei der Bundesnetzagentur eingegangen.

Da weder von anderen europäischen Marktüberwachungsbehörden noch von der Europäischen Kommission Einwände erhoben wurden, gilt diese Maßnahme gemäß § 30 Absatz 3 FuAG als gerechtfertigt.

Die getroffene Maßnahme wird gemäß § 30 Absatz 3 FuAG im Amtsblatt der Bundesnetzagentur veröffentlicht.

Rechtsbehelfsbelehrung:

Gegen diese Verfügung kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Widerspruch erhoben werden. Der Widerspruch ist bei der Bundesnetzagentur, Tulpenfeld 4, 53113 Bonn oder bei einer sonstigen Dienststelle der Bundesnetzagentur einzulegen.

Widerspruch und Klage gegen die oben getroffene Entscheidung haben nach § 36 FuAG keine aufschiebende Wirkung.

Es dient einer zügigen Bearbeitung Ihres Widerspruches, wenn er bei der **Bundesnetzagentur, Referat 412, Canisiusstraße 21, 55122 Mainz** eingelegt wird.

Hinweise

Für ein ganz oder teilweise erfolgloses Widerspruchsverfahren werden grundsätzlich Kosten (Gebühren und Auslagen) erhoben. Die Kosten des Vorverfahrens richten sich gemäß § 36 Absatz 2 FuAG nach § 226 des Telekommunikationsgesetzes.

Es wird besonders darauf hingewiesen, dass die Wirtschaftsakteure darauf zu achten haben, dass sie ihre Verpflichtungen nach dem FuAG einzuhalten haben. Ordnungswidrig handelt, wer gegen die Pflichten verstößt. Diese Ordnungswidrigkeit kann mit einem Bußgeld geahndet werden.

412-4

Vfg Nr. 56/2024

Gesetz über die Bereitstellung von Funkanlagen auf dem Markt (Funkanlagengesetz -FuAG):

Allgemeinverfügung bezüglich eines Vertriebsverbotes für ein Gerät

Im Rahmen der Marktüberwachung nach dem FuAG wurde die Bundesnetzagentur darauf aufmerksam gemacht, dass das unten genannte Gerät nicht mit den Anforderungen des FuAG übereinstimmt.

Die Bundesnetzagentur erlässt auf Grund des § 23 Absatz 2 Nr. 4 i. V. m. § 30 Absatz 3 FuAG folgende

Allgemeinverfügung:

1. **Das weitere Bereitstellen, Inverkehrbringen und die Weitergabe der unten aufgeführten Funkanlage wird untersagt.**

Angaben zur Funkanlage:

Produktart:	Funkgeräte
Modell:	BF-888S
Markenzeichen:	BAOFENG

2. **Die Allgemeinverfügung gilt am Tag nach ihrer Veröffentlichung als bekanntgegeben.**

Begründung

I.

Die Bundesnetzagentur wurde am 18.01.2024 gemäß § 30 Absatz 1 FuAG darüber informiert, dass ein Mitgliedstaat der Europäischen Union eine markteinschränkende Maßnahme nach Artikel 40 der Funkanlagenrichtlinie 2014/53/EU getroffen hat.

Die zuständige Marktüberwachungsbehörde Secretaría de Estado de Telecomunicaciones e Infraestructuras Digitales in Spanien hat eine Überprüfung der Konformität des oben genannten Gerätes durchgeführt

Im Rahmen der formalen Prüfung seitens der zuständigen Marktüberwachungsbehörde wurde festgestellt, dass die CE-Kennzeichnung auf der Funkanlage nicht richtlinienkonform vorgenommen wurde. Ebenso wurde das Konformitätsbewertungsverfahren unzureichend durchgeführt und entspricht nicht den Anforderungen der Funkanlagenrichtlinie 2014/53/EU. Die Konformitätserklärung bzw. die vereinfachte Konformitätserklärung ist der Funkanlage nicht beigefügt worden. Weiterhin hat der Einführer beim Inverkehrbringen des Gerätes seinen Namen, seinen eingetragenen Handelsnamen oder seine eingetragene Handelsmarke sowie seine Postanschrift sowohl auf dem Produkt als auch auf der Verpackung anzubringen, was jedoch nicht erfolgt ist. Ebenso ist die beigefügte Bedienungsanleitung fehlerhaft.

Die Funkanlage wurde zusätzlich einer messtechnischen Prüfung unterzogen. Der Prüfbericht des beauftragten Testlabors sagt aus, dass der Grenzwert für EMV-Störaussendungen überschritten wurde.

Die Bundesnetzagentur konnte sowohl die formalen Mängel als auch das Ergebnis der messtechnischen Prüfung nachvollziehen und hält daher die Maßnahme der spanischen Marktüberwachungsbehörde für gerechtfertigt.

II.

Mit der Amtsblattmitteilung Nr. 75/2024 vom 21.02.2024 wurden die nationalen Wirtschaftsakteure gemäß § 30 Absatz 1 FuAG über diese markteinschränkende Maßnahme informiert und innerhalb einer Frist von vier Wochen konnten hierzu Stellungnahmen abgegeben werden.

Es sind keine Stellungnahmen bei der Bundesnetzagentur eingegangen.

Da weder von anderen europäischen Marktüberwachungsbehörden noch von der Europäischen Kommission Einwände erhoben wurden, gilt diese Maßnahme gemäß § 30 Absatz 3 FuAG als gerechtfertigt.

Die getroffene Maßnahme wird gemäß § 30 Absatz 3 FuAG im Amtsblatt der Bundesnetzagentur veröffentlicht.

Rechtsbehelfsbelehrung:

Gegen diese Verfügung kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Widerspruch erhoben werden. Der Widerspruch ist bei der Bundesnetzagentur, Tulpenfeld 4, 53113 Bonn oder bei einer sonstigen Dienststelle der Bundesnetzagentur einzulegen.

Widerspruch und Klage gegen die oben getroffene Entscheidung haben nach § 36 FuAG keine aufschiebende Wirkung.

Es dient einer zügigen Bearbeitung Ihres Widerspruches, wenn er bei der **Bundesnetzagentur, Referat 412, Canisiusstraße 21, 55122 Mainz** eingelegt wird.

Hinweise

Für ein ganz oder teilweise erfolgloses Widerspruchsverfahren werden grundsätzlich Kosten (Gebühren und Auslagen) erhoben. Die Kosten des Vorverfahrens richten sich gemäß § 36 Absatz 2 FuAG nach § 226 des Telekommunikationsgesetzes.

Es wird besonders darauf hingewiesen, dass die Wirtschaftsakteure darauf zu achten haben, dass sie ihre Verpflichtungen nach dem FuAG einzuhalten haben. Ordnungswidrig handelt, wer gegen die Pflichten verstößt. Diese Ordnungswidrigkeit kann mit einem Bußgeld geahndet werden.

412-4

Vfg Nr. 57/2024

Vermittlungsdienst für gehörlose und hörgeschädigte Menschen;

Bedarfsermittlung und -feststellung für die Jahre 2025 bis 2028 sowie Abfrage einer etwaigen Bereitstellung durch die Unternehmen gem. Paragraph 51 Absatz 4 Telekommunikationsgesetz

Hinweis: Die vollständige Verfügung einschließlich der Begründung kann auf der Internetseite der Bundesnetzagentur eingesehen werden:

[Bundesnetzagentur – Vermittlungsdienst für Gehörlose](#)

April 2024

Teil 1: Bedarfsermittlung und -festlegung durch die Bundesnetzagentur

A) Einleitung

Die Regelung in § 51 Absatz 4 Satz 1 TKG verpflichtet jeden Anbieter von Sprachkommunikationsdiensten, einen eigenen Vermittlungsdienst für gehörlose und hörgeschädigte Menschen bereitzustellen, um den Zugang auch gehörloser und hörgeschädigter Endnutzer zum öffentlich zugänglichen Telefondienst zu gewährleisten.¹

Nach § 51 Absatz 4 Satz 2 TKG ist es Aufgabe der Bundesnetzagentur, den Bedarf für diese Vermittlungsdienste zu ermitteln. Dafür ist zunächst eine Überprüfung der Entwicklung der Nutzerzahlen und der Entwicklung des Nutzerverhaltens des zurzeit existierenden Vermittlungsdienstes für gehörlose und hörgeschädigte Menschen vorzunehmen. Als weiterer Teil dieser Bedarfsermittlung ist vor dem Hintergrund dieser Erkenntnisse der Umfang und Versorgungsgrad des Vermittlungsdienstes festzulegen.² Vergleichbare Festlegungen hat die Bundesnetzagentur bereits in den Jahren 2009, 2010, 2012, 2014, 2018, 2022 und 2023 getroffen.

Die Bedarfsermittlung und -feststellung berücksichtigt außerdem die durch das Telekommunikationsmodernisierungsgesetz³ erfolgten Änderungen des TKG: Insbesondere kann die Bundesnetzagentur nach § 51 Absatz 4 Satz 4 des novellierten TKG eine Grenze vorsehen, bis zu welcher die Nutzung des Vermittlungsdienstes für die Nutzer kostenfrei ist. Diese neue Regelung ist seit April 2023 in die Praxis umgesetzt worden. So gibt es im Vermittlungsdienst seitdem eine kostenlose Grundversorgung von derzeit 30 Minuten monatlich pro Nutzer. Die vorliegende Bedarfsermittlung und -feststellung sieht vor, die monatliche kostenfreie Nutzung des Vermittlungsdienstes pro Kunde schrittweise auszuweiten, und zwar auf 40 Minuten im Jahr 2026, 50 Minuten im Jahr 2027 und 60 Minuten im Jahr 2028.

Zudem sieht § 164 Abs. 3 TKG nunmehr ausdrücklich eine gleichwertige Notrufkommunikation von Menschen mit Behinderungen vor. Die neue Vorschrift regelt daher, dass gehörlose und hörbehinderte Menschen den Vermittlungsdienst für unentgeltliche Notrufverbindungen nutzen können. Gesetzlich gewährleistet ist damit insbesondere, dass Notrufe mittels Gebärdensprachdolmetschern, d. h. gleichsam mündlich abgesetzt werden können. Daneben stellt die novellierte Regelung zum Notruf sicher, dass auch Notrufe mittels Schriftdolmetschens möglich sind⁴.

B) Entwicklung der Nutzerzahlen und des Nutzerverhaltens

Bei der Untersuchung der Entwicklung der Nutzerzahlen und des Nutzerverhaltens kann die Bundesnetzagentur derzeit ausschließlich auf die von der Tess - Sign & Script - Relay-Dienste für hörgeschädigte Menschen GmbH (Tess GmbH) zur Verfügung gestellten Daten zurückgreifen, weil bislang keine anderen vergleichbaren Angebote im deutschen Markt existieren. Aus dem Umstand, dass auf das von der Tess GmbH zur Verfügung gestellte Datenmaterial zurückgegriffen wird, entsteht jedoch keine Vorfestlegung im Hinblick auf weitere Maßnahmen zur Umsetzung des § 51 Absatz 4 TKG (insbesondere hinsichtlich einer etwaigen Beauftragung eines Leistungserbringers).

1 Vergleiche § 51 Absatz 4 Satz 1 TKG und BT-Drs. 16/12405, Seite 13 zu § 45 Abs. 3 TKG a. F.

2 Vgl. BT-Drs. 16/12405, S. 14 zu § 45 Abs. 3 TKG a. F.

3 Bundesgesetzblatt Teil I Nr. 35 vom 28.06.2021, S. 1858 ff.

4 § 108 TKG a. F. sah für sprach- und hörbehinderte Endnutzer lediglich das Einleiten eines Notrufs über ein Telefaxgerät vor.

I. Nutzerentwicklung und -verhalten

Der Vermittlungsdienst wurde erstmalig im Jahr 2007 – zunächst als Pilotprojekt – und ab 2009 im Regelbetrieb erbracht. Seitdem nimmt die Anzahl der gehörlosen und hörgeschädigten Menschen, die den Vermittlungsdienst nutzen, beständig zu. So hat sich der Kundenstamm beim derzeitigen Leistungserbringer von Ende 2019 bis Ende Dezember 2023 weit mehr als verdoppelt: Während der Vermittlungsdienst Ende 2019 2896 Kunden hatte, waren es Ende 2023 7214 Kunden, vgl. Anlage 1.

Im Jahr 2022 war für das Jahr 2023 ein Kundenzuwachs von 50 % gegenüber dem Jahr 2022 prognostiziert worden (vgl. Vfg Nr. 140/2022, Bundesnetzagentur Amtsblatt 24 v. 21.12.2022, S. 1531 ff.). Grund für diese hohe Prognose war die Annahme, dass durch die Bereitstellung einer kostenlosen Grundversorgung die Zahl der gehörlosen und hörgeschädigten Endnutzer im besonderen Maße ansteigt. Entgegen den Erwartungen hat die im April 2023 eingeführte monatlich 30-minütige kostenfreie Grundversorgung bislang nicht dazu geführt, dass die Zahl der gehörlosen und hörgeschädigten Endnutzer im besonders starkem Maße angestiegen ist. Vielmehr ist die Anzahl der Nutzer lediglich um 973 Nutzer, d. h. um gut 15 Prozent gegenüber dem Vorjahr gestiegen.

Dieser Zuwachs stach auch nicht stark gegenüber dem Vorjahr heraus: Während im Jahr 2022, d. h. vor Einführung der kostenlosen Grundversorgung, 829 Kunden hinzukamen, waren dies im Folgejahr 973 Kunden (vgl. Anlage 1). Es bleibt abzuwarten, ob sich dieser eher moderate Anstieg der Kundenzahlen fortsetzt. Nicht auszuschließen ist, dass zahlreiche gehörlose und hörgeschädigte Nutzer noch nicht wissen, dass sie den Vermittlungsdienst – zeitlich begrenzt – kostenfrei nutzen können. Je nach Steigerung des Bekanntheitsgrades könnten die Nutzerzahlen auf längere Sicht stärker anwachsen.

Die überwiegende Zahl der Nutzer nimmt den Vermittlungsdienst für private Gespräche in Anspruch. In diesem Bereich waren Ende Dezember 2023 6393 Kunden registriert. Im Bereich der beruflichen Nutzung waren Ende Dezember 2023 105 Nutzer als Kunden registriert. 716 Nutzer waren zu diesem Zeitpunkt registriert, um ausschließlich im Notfall einen Dolmetschdienst zu den Rufnummern 110 und 112 beanspruchen zu können⁵. Zu berücksichtigen ist hierbei, dass Notrufe nicht nur für die registrierten Notrufrkunden, sondern auch für die Kunden der anderen Registrierungen (private oder berufliche Nutzung) möglich sind.

Während die Anzahl der Kunden für den beruflich genutzten Vermittlungsdienst leicht abgenommen hat und die Anzahl der registrierten Notrufrkunden moderat stieg, ist die Anzahl der Kunden, die den Vermittlungsdienst privat nutzen, von Ende 2019 bis Ende Dezember 2023 um das 2,9-fache gestiegen (Ende 2019: 2218 Kunden, Ende Dezember 2023 6393 Kunden). Weitere Details zur bisherigen Entwicklung der Kundenzahl sind der Anlage 1 zu entnehmen.

Das in den letzten Jahren stark gestiegene Gesprächsaufkommen zeigt sich auch an den gesamten Gesprächszeiten pro Jahr (vgl. Anlage 2): Während 2019 im privat genutzten Gebärdensprachdolmetschdienst „TeSign Privat“ 7235 Stunden telefoniert wurden, hat sich demgegenüber das Gesprächsaufkommen Jahr mit 22.454 Stunden im Jahr 2023 etwa verdreifacht. Allerdings blieb die Anzahl der Gesprächsstunden im Jahr 2023 etwa auf dem Niveau von 2022. Die Einführung von monatlich 30 kostenfreien Gesprächsminuten im April 2023 führte somit bislang nicht zu einem Anstieg der gesamten Gesprächsstunden.

Die Gesprächszeiten im privat genutzten Schriftsprachdolmetschdienst TeScript sind seit 2019 moderat, aber stetig angestiegen. (vgl. Anlage 2 zur Entwicklung der Gesprächszeiten).

Die Auslastung der Dolmetscher zeigt, dass die Schwerpunkte der privaten Nutzung des Vermittlungsdienstes – insbesondere des Gebärdensprachdolmetschdienstes – an den Tagen Montag, Mittwoch und Donnerstag zwischen 09.00 und 18.00 Uhr, an den Tagen Dienstag und Freitag zwischen 09.00 und 19.00 Uhr liegen. Am Wochenende ist die private Nutzung sowohl des Gebärdens- als auch des Schriftdolmetschdienstes geringer. (vgl. Anlage 3 zur Auslastung des Gebärdensprachdolmetschdienstes „TeSign Privat“ und des Schriftdolmetschdienstes „TeScript Privat“).

Das hohe Gesprächsaufkommen gerade im Bereich des Gebärdensprachdolmetschdienstes einerseits und der in Deutschland bestehende Mangel an Gebärdensprachdolmetschern andererseits bewirkt teilweise eine

⁵ Der Dolmetscher verbindet mit der zuständigen Notrufzentrale und übersetzt das Telefonat.

sehr hohe Auslastung der Gebärdensprachdolmetscher. So lag die Auslastung der Dolmetscher im Gebärdensprachdolmetschdienst „TeSign Privat“ von Montag bis Freitag in der Hauptzeit von 09.00 bis 18.00 Uhr im Jahr 2023 meist über 70 %, häufig über 80 % und vereinzelt bei annähernd 90 % (zur Auslastung der Dolmetschdienste im Jahr 2023 vgl. Anlage 3).

Hierbei ist zu berücksichtigen, dass eine Dolmetscherstunde wegen der anspruchsvollen und anstrengenden Tätigkeit nicht zu 100 %, sondern lediglich zu 60 % ausgelastet sein sollte, so dass die Gebärdensprachdolmetscher eine ausreichende Pause machen können und damit die Möglichkeit zur Regeneration besteht und eine gleichbleibende Qualität des Dolmetschens gewährleistet ist.

II. Technische Zugänge

Der Vermittlungsdienst ist technisch über den PC/das Notebook sowie mobile Endgeräte der Endnutzer (Smartphone oder Tablet) erreichbar.

Beim Zugang über den PC mit Internetverbindung (ggf. zzgl. einer Webcam) wird in der Regel die Software „myMMX“ („Windows“-Betriebssystem) oder Jitsi („Apple“) genutzt. Der Zugang über mobile Endgeräte erfolgt in der Regel mittels Apps („myMMXtc.iOS“ oder „myMMXtc-android“ für Apple bzw. Android-Betriebssysteme). In den Anfangsjahren des Vermittlungsdienstes wählten noch verhältnismäßig viele Nutzer den Zugang über den PC. In den folgenden Jahren erfolgte der Zugang demgegenüber weit überwiegend über mobile Endgeräte. Angeboten wird auch der direkte Zugang über einen Browser („Webclient“), so dass keine Installation von o. g. spezieller Software notwendig ist. Die Inanspruchnahme eines solchen direkten Zugangs ist zwar im Vergleich zu anderen Zugangsarten noch gering, könnte aber in Zukunft an Bedeutung gewinnen, weil sie die Nutzer unabhängig von spezieller Software macht. Zugänge zum Vermittlungsdienst über Session Initiation Protocol (SIP) sind möglich, spielen jedoch im Vergleich zu den anderen Zugangsmöglichkeiten eine untergeordnete Rolle (vgl. zu den genutzten technischen Zugängen Anlage 4). Anzumerken ist, dass im Balken „Telefon“ in Anlage 4 die abgehenden Telefonate der Dolmetscher zu den Hörenden aufgeführt sind. Umgekehrt sind im Balken „MMXpro“ in Anlage 4 die bei den Dolmetschern eingehenden Telefonate der Hörenden aufgeführt (die Hörenden rufen bei den Dolmetschern an, um einen gehörlosen oder hörgeschädigten Menschen zu erreichen).

C) Ermittlung und Feststellung zu Umfang und Versorgungsgrad

Die Bundesnetzagentur ermittelt gemäß § 51 Absatz 4 Satz 2 TKG den Bedarf an Vermittlungsdienstleistungen. Teil dieser Ermittlungen ist die Festlegung von Umfang und Versorgungsgrad des Vermittlungsdienstes⁶. Für die Jahre 2025 bis 2028 stellt die Bundesnetzagentur folgenden Umfang und Versorgungsgrad des Vermittlungsdienstes für gehörlose und hörgeschädigte Menschen fest.

I. Umfang

Der Umfang des Vermittlungsdienstes legt inhaltlich fest, für welche Dienstleistungen Bedarf besteht (qualitativer Teil). Er wird im Wesentlichen durch die zur Verfügung **gestellte Gebärdensprach- und Schriftdolmetscherleistung** (Hauptleistung) bestimmt. Dabei müssen die folgenden Anforderungen erfüllt sein:

- **Bundesweite Erreichbarkeit Aufzählung**
- **Differenzierung in verschiedene Nutzergruppen** (private / zwei unterschiedliche berufliche Nutzergruppen, s. u.) bei Nutzung der o. g. Dolmetscherleistungen
- Möglichkeit des **Notrufs**

Weiterhin sind bestimmte Annexleistungen zu erbringen, welche die Hauptleistung, d. h. das Gebärdensprach- bzw. Schriftdolmetschen erst ermöglichen.

Die Grundsätze der Effizienz und Sparsamkeit sind bei der Erbringung der Leistungen zu berücksichtigen.

⁶ Vgl. BT-Drs. 16/12405, S. 14, Begründung zu § 45 TKG a. F.

1. Hauptleistung: Dolmetscher/innen

Qualifikation Gebärdensprachdolmetscher/innen

Qualifizierte Gebärdensprachdolmetscherinnen und -dolmetscher müssen über einen der folgenden Abschlüsse verfügen:

- Diplom im Fach Gebärdensprachdolmetschen
- Bachelor im Fach Gebärdensprachdolmetschen
- Master im Fach Gebärdensprachdolmetschen
- Staatlich geprüfte(r) Gebärdensprachdolmetscher(in)

Qualifikation Schriftdolmetscher/innen

Schriftsprachdolmetscher/innen übersetzen von gehörlosen bzw. hörgeschädigten Menschen schriftlich vorgetragene Gesprächsinhalte in deutsche Lautsprache für den hörenden Angerufenen bzw. umgekehrt die Lautsprache des hörenden Anrufers in Schriftsprache für den gehörlosen bzw. hörgeschädigten Angerufenen. Daher müssen sie insbesondere über die folgenden Qualifikationen verfügen:

- Sehr gute Deutschkenntnisse in Wort und Schrift (Sicherheit in Rechtschreibung, Grammatik, eine deutliche Aussprache sowie gute Rhetorik).
- Mindestanschlagszahl 400 Anschläge/Minute.

2. Differenzierung zwischen verschiedenen Nutzergruppen

Es wird festgestellt, dass zwischen drei unterschiedlichen Nutzergruppen zu unterscheiden ist. Die Endnutzer müssen sich vor der jeweiligen Inanspruchnahme des Vermittlungsdienstes in eine der folgenden Nutzungen/Nutzergruppen einordnen:

a) Private Nutzung

b) Berufliche Nutzung bei Beschäftigung auf einem Arbeitsplatz

i. S. d. § 156 SGB IX

i. V. § 185 Absatz 2 S. 3 SGB IX ab 15 Wochenstunden bzw. 12 Wochenstunden (Inklusionsbetriebe).

c) Berufliche Nutzung bei Beschäftigung unter 15 Wochenstunden bzw. 12

Wochenstunden (Inklusionsbetriebe), die **nicht unter den Arbeitsplatzbegriff** gemäß § 156 SGB IX i. V. § 185 Absatz 2 S. 3 SGB IX fällt.

Der Endnutzer ist zu verpflichten, einen Nachweis darüber zu erbringen, dass kein Anspruch auf Finanzierung durch die Integrationsämter besteht.

3. Begrenzte Kostenfreiheit für private Nutzung

Es ist zu gewährleisten, dass jeder Kunde den Vermittlungsdienst für Privatgespräche

- im Jahr 2025 monatlich 30 Minuten
- im Jahr 2026 monatlich 40 Minuten
- im Jahr 2027 monatlich 50 Minuten
- im Jahr 2028 monatlich 60 Minuten

kostenfrei nutzen kann.

4. Notruf

Es wird festgestellt, dass zur Gewährleistung einer gleichwertigen Notrufkommunikation von Menschen mit Behinderungen sicherzustellen ist, dass bei Nutzung des Vermittlungsdienstes unentgeltliche Notrufverbindungen möglich sind.

Hierbei sind folgende Anforderungen zu erfüllen:

- Die Notrufverbindung wird jederzeit unverzüglich zu der für den Notruf örtlich zuständigen Notrufabfragestelle hergestellt.
- Der Vermittlungsdienst übermittelt der örtlich zuständigen Notrufabfragestelle mit der Notrufverbindung seine Rufnummer.
- Bei Nutzung mobiler Endgeräte stehen dem Vermittlungsdienst die Standortdaten über die Ortungsfunktion des mobilen Betriebssystems des Notrufenden automatisiert zur Verfügung.
- Notrufverbindungen werden vorrangig vor anderen Verbindungen, die über den Vermittlungsdienst aufgebaut werden, hergestellt. Gleiches gilt für Verbindungen, die von der Notrufabfragestelle zum Vermittlungsdienst aufgebaut werden.
- Der Vermittlungsdienst ist bei Notrufverbindungen für gehörlose und hörgeschädigte Endnutzer unentgeltlich.
- Die Übermittlung der Rufnummer des Vermittlungsdienstes (siehe Punkt 2) und der Standortdaten (siehe Punkt 3) sowie der Daten, die zur Verfolgung eines Missbrauchs des Notrufs erforderlich sind, erfolgt unentgeltlich.

5. Annexleistungen

Darüber hinaus wird festgestellt, dass zum Umfang und Versorgungsgrad des Vermittlungsdienstes auch die notwendigen Annexleistungen zu zählen sind. Hierunter fallen insbesondere folgende Aspekte:

- Die Nutzbarkeit des Dienstes für gehörlose und hörgeschädigte Endnutzer über SIP sowie unter mindestens folgenden Betriebssystemen:
 - Windows,
 - Mac OS,
 - iOS
 - Android
- Erreichbarkeit des Dienstes für hörende Anrufer über das Telefonnetz.
- Die Datenverarbeitung der im Vermittlungsdienst anfallenden Daten entsprechend den gesetzlichen Bestimmungen, insbesondere die verschlüsselte Datenübertragung zwischen gehörlosem bzw. hörgeschädigtem Endnutzer und Vermittlungsdienst.
- Ein entsprechendes System zur Abrechnung der Endnutzerbeiträge, welches zwischen den unterschiedlichen Nutzergruppen (s. o. Teil 1 C I 2.) des Dienstes differenzieren kann.
- Ein System zur Kundenselbstbedienung für die Verwaltung und Einsicht von Stammdaten und Verbindungsdaten zum Vermittlungsdienst (Einzelverbindungs-nachweis).
- Ein System zur Bereitstellung von verbindlichen und detaillierten Auswertungen über die Auslastung des Vermittlungsdienstes sowie über Gesprächszeiten und -dauer der Endnutzer.

- Die ausfallsichere technische Gestaltung des Dienstes.
- Die Bereitstellung notwendiger Personalressourcen für den Endnutzersupport.
- Die notwendigen Personal- und Sachmittelressourcen, um eine entsprechende Verwaltung des Dienstes zu gewährleisten.

II. Versorgungsgrad

Der Versorgungsgrad wird durch das Volumen der im folgenden Vergabezeitraum, nämlich in den Jahren 2025 bis 2028 zu erbringenden Leistungen bestimmt (Quantität). Hierzu werden die folgenden Feststellungen getroffen:

1. Möglichkeit der Nutzung rund um die Uhr

Im Bereich der **privaten Nutzung** muss der Vermittlungsdienst (Gebärdensprachdolmetschen und Schriftdolmetschen) von **00.00 bis 24.00 Uhr an allen Wochentagen erreichbar** sein. Hierfür müssen stets **mindestens zwei Leitungen**⁷ verfügbar sein.

2. Vorzuhaltende Dolmetschkapazitäten

Die vorzuhaltenden Dolmetschkapazitäten richten sich nach der jeweiligen Nachfrage der Nutzer. Basis für die Berechnung der Dolmetschkapazitäten sind die durchschnittlichen Nutzungszeiten pro aktivem Kunden in den jeweiligen Diensten, die unten aufgeführt sind. Die auf dieser Basis berechneten maximal erforderlichen Dolmetscherkapazitäten müssen nach Bedarf und Gesprächsaufkommen zur Verfügung gestellt werden.

a) Gebärdensprachdolmetschen:

Private Nutzung (inklusive Notrufe)

Der Vermittlungsdienst muss in der Lage sein, mit der erforderlichen Dolmetschqualität

- **im Jahr 2025** insgesamt **bis zu 2.773.440 Gesprächsminuten** zu dolmetschen. Hierfür wird eine **jährliche Dolmetschkapazität von bis zu 85.800 Stunden** benötigt. Dies bedeutet, dass eine **wöchentliche Dolmetschkapazität von bis zu 1650 Dolmetschstunden, hiervon bis zu 1.482 Dolmetschstunden in der Kernzeit zwischen 08.00 und 20.00 Uhr bereitzuhalten ist.**
- **im Jahr 2026** insgesamt **bis zu 3.123.360 Gesprächsminuten** zu dolmetschen. Hierfür wird eine **jährliche Dolmetschkapazität von bis zu 95.472 Dolmetschstunden** benötigt. Dies bedeutet, dass eine **wöchentliche Dolmetschkapazität von bis zu 1.836 Dolmetschstunden, hiervon bis zu 1.668 Dolmetschstunden in der Kernzeit zwischen 08.00 und 20.00 Uhr bereitzuhalten ist.**
- **im Jahr 2027** insgesamt **bis zu 3.473.280 Gesprächsminuten** zu dolmetschen. Hierfür wird eine **jährliche Dolmetschkapazität von bis zu 105.196 Stunden** benötigt. Dies bedeutet, dass eine **wöchentliche Dolmetschkapazität von bis zu 2.023 Dolmetschstunden, hiervon bis zu 1.855 Stunden in der Kernzeit zwischen 08.00 und 20.00 Uhr bereitzuhalten ist.**
- **im Jahr 2028** insgesamt **bis zu 3.823.200 Gesprächsminuten** zu dolmetschen. Hierfür wird eine **jährliche Dolmetschkapazität von bis zu 114.920 Dolmetschstunden** benötigt. Dies bedeutet, dass eine **wöchentliche Dolmetschkapazität von bis zu 2.210 Dolmetschstunden, hiervon bis zu 2.042 Dolmetschstunden in der Kernzeit zwischen 08.00 und 20.00 Uhr bereitzuhalten ist.**

Bei der Berechnung wird davon ausgegangen, dass eine Zeitstunde durchschnittlich zu 60 % mit Dolmetsch-tätigkeit ausgelastet ist. Denn eine Zeitstunde darf aufgrund des Pausenanspruchs der Dolmetscher nicht vollständig mit zu dolmetschenden Gesprächen gefüllt werden.

⁷ Es stehen mindestens zwei Dolmetscherplätze zur Verfügung.

Zudem hat das bisherige Telefonverhalten gezeigt, dass die überwiegende Anzahl der Telefonate in der Kernzeit durchgeführt wird. Um das erwartete Telefonaufkommen in diesen Hauptnutzungszeiten bewältigen zu können, müssen die für das Gesprächsaufkommen notwendigen Dolmetschkapazitäten in den Kernzeiten zur Verfügung gestellt werden (zu den Einzelheiten vgl. Prognose notwendiger Dolmetschkapazitäten mit weiteren Erläuterungen Anlage 5, 5.1, 5.2). Des Weiteren müssen diese in den Kernzeiten bereitzustellenden Dolmetschkapazitäten angepasst an die Nachfrage zeitlich dergestalt verteilt sein, dass der Dienst stets erreichbar ist.

Die Bedarfsprognose und –feststellung geht davon aus, dass aktive Kunden den Gebärdensprachdolmetschdienst **privat durchschnittlich 60 Minuten pro Monat** nutzen (vgl. Anlage 5, 5.1 Erläuterungen Nr. 3).

Die o. g. Bedarfsprognose umfasst auch die **berufliche Nutzung** von Montag bis Donnerstag von 08.00 bis 18.00 Uhr sowie Freitag von 08.00 bis 17.00 Uhr, **die nicht auf einem Arbeitsplatz** i. S. d. § SGB IX i. V. m. § 185 Absatz 2 S. 3 SGB IX stattfindet (s. o. C I 2 zu den verschiedenen Nutzergruppen).

Berufliche Nutzung im Rahmen der Beschäftigung auf einem Arbeitsplatz

Für die berufliche Nutzung auf einem Arbeitsplatz i. S. d. § 156 SGB IX i. V. § 185 Absatz 2 S. 3 SGB IX müssen **je Arbeitswoche (Montag bis Donnerstag von 08.00 bis 18.00 Uhr und am Freitag von 8.00 bis 17.00 Uhr) 250 Dolmetschstunden** mit der erforderlichen Dolmetschqualität bereitgestellt werden (vgl. Anlage 6). Die Dolmetschkapazitäten müssen so verteilt werden, dass der Dienst innerhalb der genannten Zeiten stets erreichbar ist.

b) Schriftdolmetschen

Der Vermittlungsdienst muss in der Lage sein, für die private sowie berufliche Nutzung in der erforderlichen Dolmetschqualität

- **im Jahr 2025 insgesamt bis zu 410.880 Minuten im Schriftdolmetschen** zu bewältigen. Hierfür wird eine **jährliche Schriftdolmetschkapazität von bis zu 23.660 Stunden** benötigt. Denn es sind **insgesamt bis zu 455 Schriftdolmetschstunden je Kalenderwoche, davon bis zu 219 Stunden in der Kernzeit** (Montag bis Freitag von 08.00 bis 18.00 Uhr) **und 236 Stunden in der Nebenzeit** (Montag bis Freitag von 00.00 bis 08.00 Uhr und 18 bis 00.00 Uhr sowie Samstag und Sonntag rund um die Uhr) zu gewährleisten.
- **im Jahr 2026 insgesamt bis zu 462.720 Minuten im Schriftdolmetschen** zu bewältigen. Hierfür wird eine **jährliche Schriftdolmetschkapazität von bis zu 25.116 Dolmetschstunden** benötigt. Denn es sind **insgesamt bis zu 483 Schriftdolmetschstunden je Kalenderwoche, davon bis zu 247 Stunden in der Kernzeit** (Montag bis Freitag von 08.00 bis 18.00 Uhr) **und 236 Stunden in der Nebenzeit** (Montag bis Freitag von 00.00 bis 08.00 Uhr und 18 bis 00.00 Uhr sowie Samstag und Sonntag rund um die Uhr) zu gewährleisten.
- **im Jahr 2027 insgesamt bis zu 463.200 Minuten im Schriftdolmetschen** zu bewältigen. Hierfür wird eine **jährliche Schriftdolmetschkapazität von bis zu 25.116 Stunden** benötigt. Denn es sind **insgesamt bis zu 483 Schriftdolmetschstunden je Kalenderwoche, davon bis zu 247 Stunden in der Kernzeit** (Montag bis Freitag von 08.00 bis 18.00 Uhr) **und 236 Stunden in der Nebenzeit** (Montag bis Freitag von 00.00 bis 08.00 Uhr und 18.00 bis 00.00 Uhr sowie Samstag und Sonntag rund um die Uhr) zu gewährleisten.
- **im Jahr 2028 insgesamt bis zu 509.760 Minuten im Schriftdolmetschen** zu bewältigen. Hierfür wird eine **jährliche Schriftdolmetschkapazität von bis zu 26.416 Stunden** benötigt. Denn es sind **insgesamt bis zu 508 Schriftdolmetschstunden je Kalenderwoche, davon bis zu 272 Stunden in der Kernzeit** (Montag bis Freitag von 08.00 bis 18.00 Uhr) **und 236 Stunden in der Nebenzeit** (Montag bis Freitag von 00.00 bis 08.00 Uhr und 18 bis 00.00 Uhr sowie Samstag und Sonntag rund um die Uhr) zu gewährleisten.

Wie im Gebärdensprachdolmetschdienst wird auch im Schriftdolmetschdienst davon ausgegangen, dass eine Zeitstunde durchschnittlich zu 60 % mit Dolmetschtätigkeit ausgelastet ist, weil diese Zeitstunde aufgrund des Pausenanspruchs der Dolmetscher nicht vollständig mit zu dolmetschenden Gesprächen gefüllt werden darf.

Zudem hat das bisherige Telefonverhalten gezeigt, dass die überwiegende Anzahl der Telefonate in der Kernzeit durchgeführt wird. Um das erwartete Telefonaufkommen in diesen Hauptnutzungszeiten bewältigen zu können, müssen die für das Gesprächsaufkommen notwendigen Dolmetscherkapazitäten daher in den Kernzeiten zur Verfügung gestellt werden (vgl. Anlage 7, 7.1 und 7.2 zu den Dolmetscherkapazitäten mit Erläuterungen). Des Weiteren müssen diese Dolmetscherkapazitäten in der Kernzeit angepasst an die Nachfrage zeitlich dergestalt verteilt sein, dass der Dienst stets erreichbar ist.

Anders als für den Gebärdensprachdolmetschdienst wird der Bedarfsprognose des Schriftdolmetschdienstes eine **40-minütige Nutzung pro Monat zu Grunde gelegt**. Dieser Wert fußt auf aktuellen Werten zur Nutzungszeit⁸ (zu den Einzelheiten vgl. Prognose notwendiger Dolmetscherkapazitäten Anlagen 7, 7.1 und 7.2.)

III. Anpassung des Finanzierungsumfangs bei Änderung von Nutzerentwicklung oder Nutzerverhalten

Kommt es zu einer unvorhergesehenen Änderung der Nutzeranzahl oder des Nutzerverhaltens der gehörlosen oder hörgeschädigten Menschen, ist seitens des Leistungserbringers zunächst zu prüfen, ob bestehende Dolmetscherkapazitäten anders verteilt werden könnten (1. Stufe). Hierbei ist zu berücksichtigen, dass stets rund um die Uhr zwei Leitungen bereitstehen müssen, um eine sichere Verfügbarkeit des Vermittlungsdienstes einschließlich des Notrufs zu gewährleisten.

Ist eine geänderte Verteilung der Kapazitäten nicht ausreichend, muss seitens der Bundesnetzagentur eine Erhöhung der Dolmetscherkapazitäten erwogen und ggf. bestimmt werden (2. Stufe).

Bei einer Änderung der Stufe 2, die eine Erhöhung des Finanzierungsumfangs erfordert, sind durch die Bundesnetzagentur die entsprechenden Beteiligungsrechte der betroffenen Unternehmen und Verbände zu wahren (§ 51 Abs. 4 S. 2 TKG).

IV. Prognose der jeweiligen Gesamtkosten für die Jahre 2025 bis 2028

Aufgrund der Untersuchung des Nutzerverhaltens und des prognostizierten und festgestellten Umfangs und Versorgungsgrades ist von folgenden Gesamtkosten auszugehen:

- 11.305.792 Euro im Jahr 2025
- 12.338.888 Euro im Jahr 2026
- 13.951.124 Euro im Jahr 2027
- 15.056.122 Euro im Jahr 2028

Es handelt sich dabei um die Nettokosten des Dienstes.

V. Befristung

Die von der Bundesnetzagentur getroffenen Feststellungen gelten vom 01.01.2025 bis 31.12.2028.

VI. Widerrufsvorbehalt

Der Widerruf einzelner Teile der getroffenen Feststellungen und der auferlegten Verpflichtungen bleibt vorbehalten.

⁸ Im Jahr 2023 lag die monatliche Gesprächszeit pro aktivem Kunden im Schriftdolmetschdienst bei Werten zwischen 30 und 35 Minuten. Es wird davon ausgegangen, dass sich dieser Wert in 2024 auf 40 Minuten steigern wird, siehe Erläuterungen in Anlage 7.1. Nr. 3.

VII. Bekanntgabe

Die Verfügung gilt abweichend von § 210 Satz 3 TKG gemäß § 210 Satz 4 in Verbindung mit § 41 Absatz 4 Satz 4 Verwaltungsverfahrensgesetz (VwVfG) am 09.05.2024 als bekanntgegeben.

Rechtsbehelfsbelehrung

Gegen diese Verfügung kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Widerspruch erhoben werden. Der Widerspruch ist bei der Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen, Tulpenfeld 4, 53113 Bonn oder bei einer sonstigen Dienststelle der Bundesnetzagentur einzulegen.

Der Widerspruch hat gemäß [§ 80 Abs. 2 Nr. 3 VwGO](#) in Verbindung mit § 217 Absatz 1 TKG keine aufschiebende Wirkung.

Hinweis:

Für ein ganz oder teilweise erfolgloses Widerspruchsverfahren werden gemäß § 226 TKG grundsätzlich Kosten (Gebühren und Auslagen) erhoben.

**Teil 2: Ermittlung einer etwaigen Bereitstellung durch die Unternehmen
(§ 51 Abs. 4 S. 1, 3 Hs. 1 TKG)****A) Mögliche Konsequenzen des § 51 Abs. 4 TKG**

Gemäß § 51 Abs. 4 S. 1 TKG sind alle Anbieter öffentlich zugänglicher Telefondienste verpflichtet, „Vermittlungsdienste“ bereitzustellen. Laut Gesetzesbegründung ist damit jeder Anbieter verpflichtet, einen eigenen Vermittlungsdienst bereitzustellen.⁹ Nur „soweit“ die Unternehmen keinen eigenen Vermittlungsdienst bereitstellen, beauftragt die Bundesnetzagentur einen Leistungserbringer mit der Bereitstellung eines Vermittlungsdienstes.¹⁰ Bei Beauftragung eines Leistungserbringers erfolgt die Finanzierung des Vermittlungsdienstes über die Erhebung einer Sonderabgabe gegenüber denjenigen Anbietern öffentlich zugänglicher Telefondienste, die keinen eigenen Vermittlungsdienst erbringen.¹¹

Nach § 51 Absatz 4 Satz 6 TKG werden die betroffenen Unternehmen, die Sprachkommunikationsdienste anbieten, anteilig zur Finanzierung des Vermittlungsdienstes per Kostenbescheid verpflichtet¹². Der jeweils von einem Unternehmen zu tragende Anteil bemisst sich danach, welchen Anteil das jeweilige Unternehmen am Gesamtvolumen der von allen Unternehmen erbrachten Sprachkommunikationsdiensten hat, § 51 Abs. 4 Satz 6 TKG. Ein von der Bundesnetzagentur beauftragter Leistungserbringer wird seine Kosten bei der Bundesnetzagentur geltend machen. Da davon auszugehen ist, dass ein solcher Leistungserbringer privatrechtlich organisiert ist und damit den Regelungen des UStG unterfällt, wird dieser seine Nettokosten zuzüglich der Umsatzsteuer¹³ gegenüber der Bundesnetzagentur geltend machen müssen.

Somit werden die betroffenen Anbieter von Sprachkommunikationsdiensten bei dem von der Bundesnetzagentur zu erlassenden Kostenbescheid von den Vorteilen des Vorsteuerabzugs¹⁴ nicht profitieren können.

**B) Mögliche Ausgestaltung der Bereitstellung eines Vermittlungsdienstes durch die Unternehmen
(§ 51 Abs. 4 S. 1 TKG)**

Nach der Gesetzesbegründung ist jeder Anbieter von Sprachkommunikationsdiensten „grundsätzlich“ verpflichtet, einen „eigenen“ Vermittlungsdienst bereitzustellen¹⁵. Nach Einschätzung der Bundesnetzagentur entspräche es jedoch auch dem Sinn und Zweck der Regelung in § 51 Abs. 4 TKG, wenn der jeweilige Anbieter von Sprachkommunikationsdiensten gegenüber der Bundesnetzagentur nachweist, dass er direkt mit einem Drittanbieter für Vermittlungsdienste eine vertragliche Vereinbarung zur Erbringung dieses Dienstes geschlossen hat. Ferner entspricht es dem Sinn und Zweck des § 51 Abs. 4 TKG, wenn eine Gruppe oder alle Anbieter von Sprachkommunikationsdiensten gemeinsam vereinbaren, einen Drittanbieter auf privatrechtlicher Basis vertraglich mit der Erbringung des Vermittlungsdienstes zu beauftragen. Gerade eine umfassende Branchenlösung entspräche der bereits seit 2007 von der Bundesnetzagentur verfolgten Zielsetzung zu dieser Thematik.

Die Bundesnetzagentur erklärt sich bereit, einen etwaigen Selbstorganisationsprozess der Telekommunikationsbranche bzw. die Verlängerung bestehender privatrechtlicher Vereinbarungen aktiv zu begleiten. Gleichzeitig ist jedoch zu gewährleisten, dass beim Scheitern einer Eigenrealisierung durch die betroffenen Unternehmen seitens der Bundesnetzagentur zeitnah eine Ausschreibung erfolgen muss, auf deren Grundlage ein Leistungserbringer beauftragt wird und nachfolgend die entsprechenden Kostenbescheide erlassen werden müssen.

9 Vgl. BT-Drs. 16/12405, S. 13 zu § 45 Abs. 3 TKG a. F..

10 § 51 Abs. 4 S. 3 TKG

11 § 51 Abs. 4 S. 5 ff. TKG; vgl. BT-Drs. 16/12405, S. 14 zu § 45 Abs. 3 TKG a. F..

12 Unternehmen, die weniger als 0,5 % des Gesamtvolumens der abgehenden Verbindungen im Bereich der Sprachkommunikation erbringen, sind von der Zahlungspflicht befreit, § 51 Absatz 4 Satz 7.

13 Vgl. § 1 Abs. 1 Nr. 1 UStG

14 Vgl. § 15 Abs. 1 Nr. 1 UStG

15 Vgl. BT-Drs. 16/12405, S. 13 zu § 45 TKG a. F.



Aufgrund dieser Ausgangslage wird bereits jetzt darauf hingewiesen, dass eine entsprechende detaillierte und verbindliche Erklärung einer Eigenrealisierung des Vermittlungsdienstes nach § 51 Absatz 4 Satz. 1 TKG bis spätestens

16. Mai 2024

bei der Bundesnetzagentur vorliegen muss.

Gerade aufgrund dieser notwendigen Fristsetzung soll im Folgenden den betroffenen Unternehmen bereits jetzt eine erste, allerdings noch nicht abschließende Einschätzung der Bundesnetzagentur bzgl. der inhaltlich abzudeckenden Aspekte dargestellt werden:

- Vertragliche Vereinbarung zwischen Anbieter öffentlich zugänglicher Telefondienste und einem etwaigen Drittanbieter
 - Drittanbieter verpflichtet sich vertraglich zur Sicherstellung eines Vermittlungsdienstes nach dem durch die Bundesnetzagentur gem. § 51 Abs. 4 S. 2 TKG festgestellten Bedarf.
 - Zuverlässigkeit, Leistungsfähigkeit und Fachkunde eines etwaigen Drittanbieters werden nachgewiesen.
- Erklärung bzgl. der Eigenerbringung gegenüber der Bundesnetzagentur (§ 51 Abs. 4 S. 1 TKG)
- Gemeinsame Vereinbarung von allen bzw. mehreren Anbietern öffentlich zugänglicher Telefondienste
 - Der Kostenverteilungsschlüssel bei einer gemeinsamen Vereinbarung zwischen mehreren oder allen betroffenen Anbietern öffentlich zugänglicher Telefondienste sollte sich an dem in § 51 Abs. 4 S. 6 TKG gewählten Kriterium „Verhältnis des Anteils der abgehenden Verbindungen“ orientieren. Da es sich bei diesem Kriterium für das jeweilige Unternehmen um ein Betriebs- und Geschäftsgeheimnis handelt, erklärt sich die Bundesnetzagentur bereit, hier als „neutraler Mittler“ die Umrechnung der unternehmensindividuellen Verbindungsminuten in den unternehmensindividuellen Beitrag zu übernehmen. Die in § 51 Abs. 4 S. 7 TKG vorgesehene Bagatellgrenze von 0,5 % des Gesamtvolumens sollte Berücksichtigung finden.

Sollte seitens der betroffenen Anbieter öffentlich zugänglicher Telefondienste oder der sie vertretenden Fachverbände der o. g. Prozess erwogen und die aktive Begleitung der Bundesnetzagentur gewünscht werden, wird um möglichst kurzfristige Mitteilung an folgende E-Mail-Adresse gebeten: vermittlungsdienst@bnetza.de

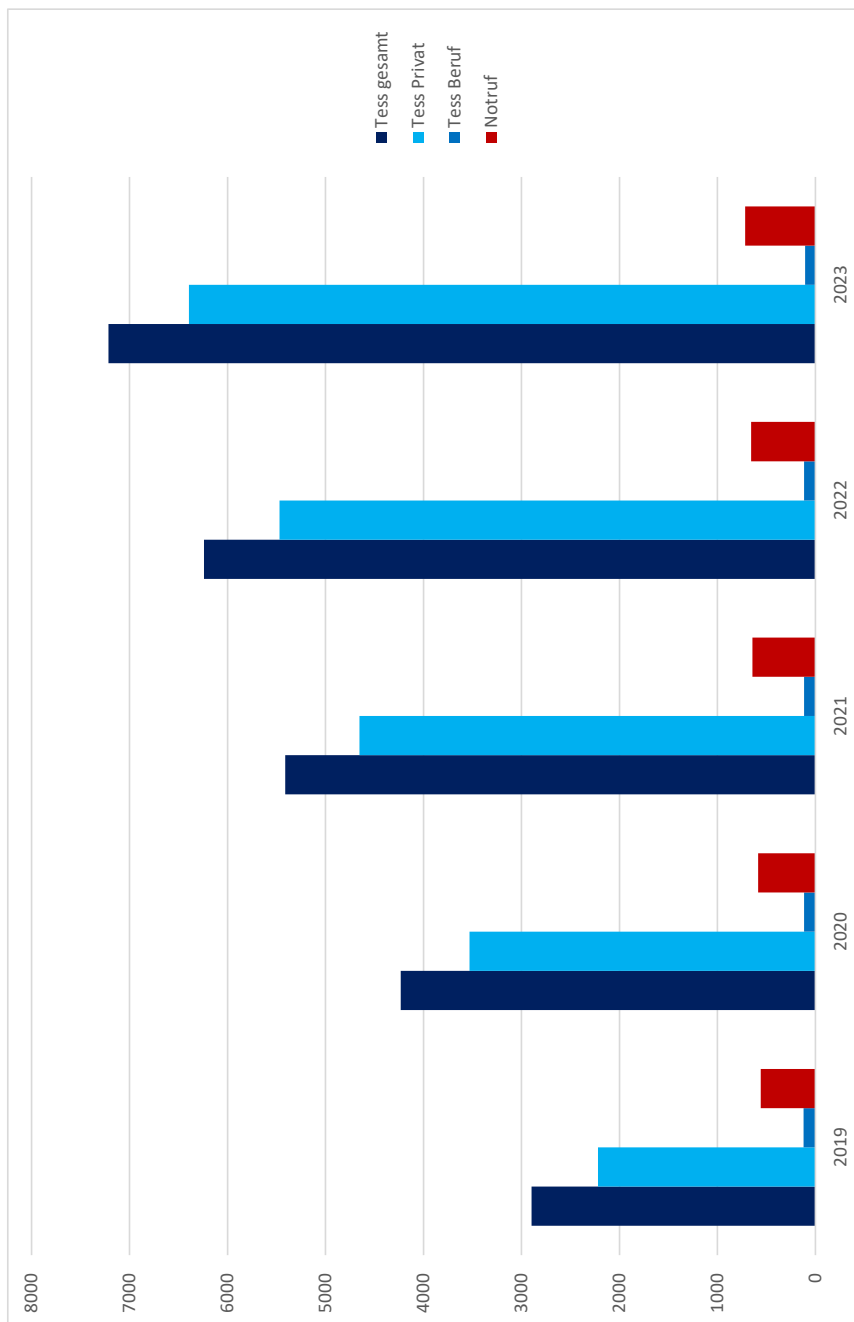
Seitens der Bundesnetzagentur wird daraufhin eine zeitnahe Kontaktaufnahme erfolgen.

521d



Anlage 1
Entwicklung der Kundenzahlen von 2019 bis 2023

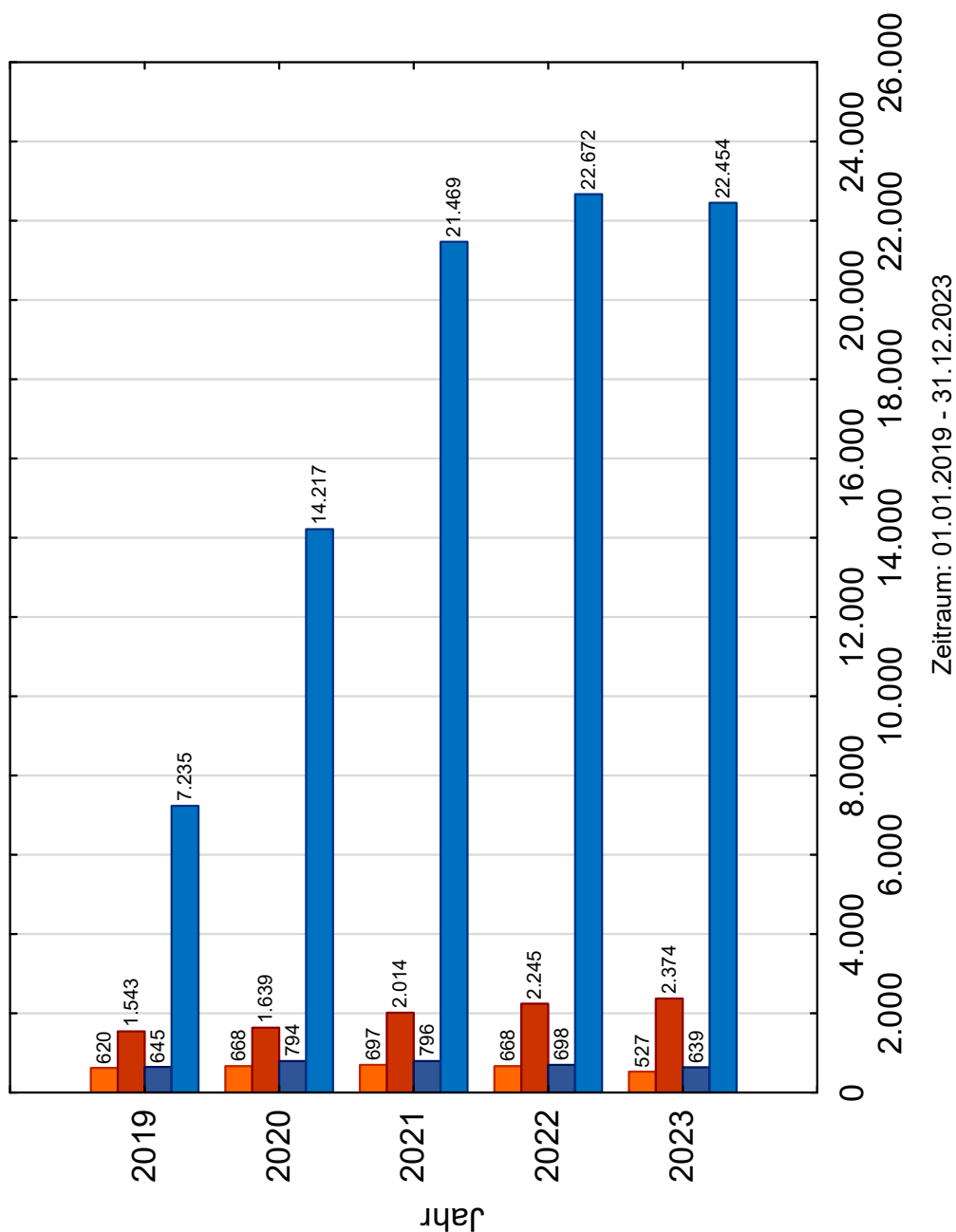
	2019	2020	2021	2022	2023
Tess gesamt	2896	4231	5412	6241	7214
Tess Privat	2218	3531	4654	5469	6393
Tess Beruf	120	115	115	115	105
Notruf	558	585	643	657	716





Tess - Relay-Dienste GmbH

Gesprächszeiten gesamt in Stunden

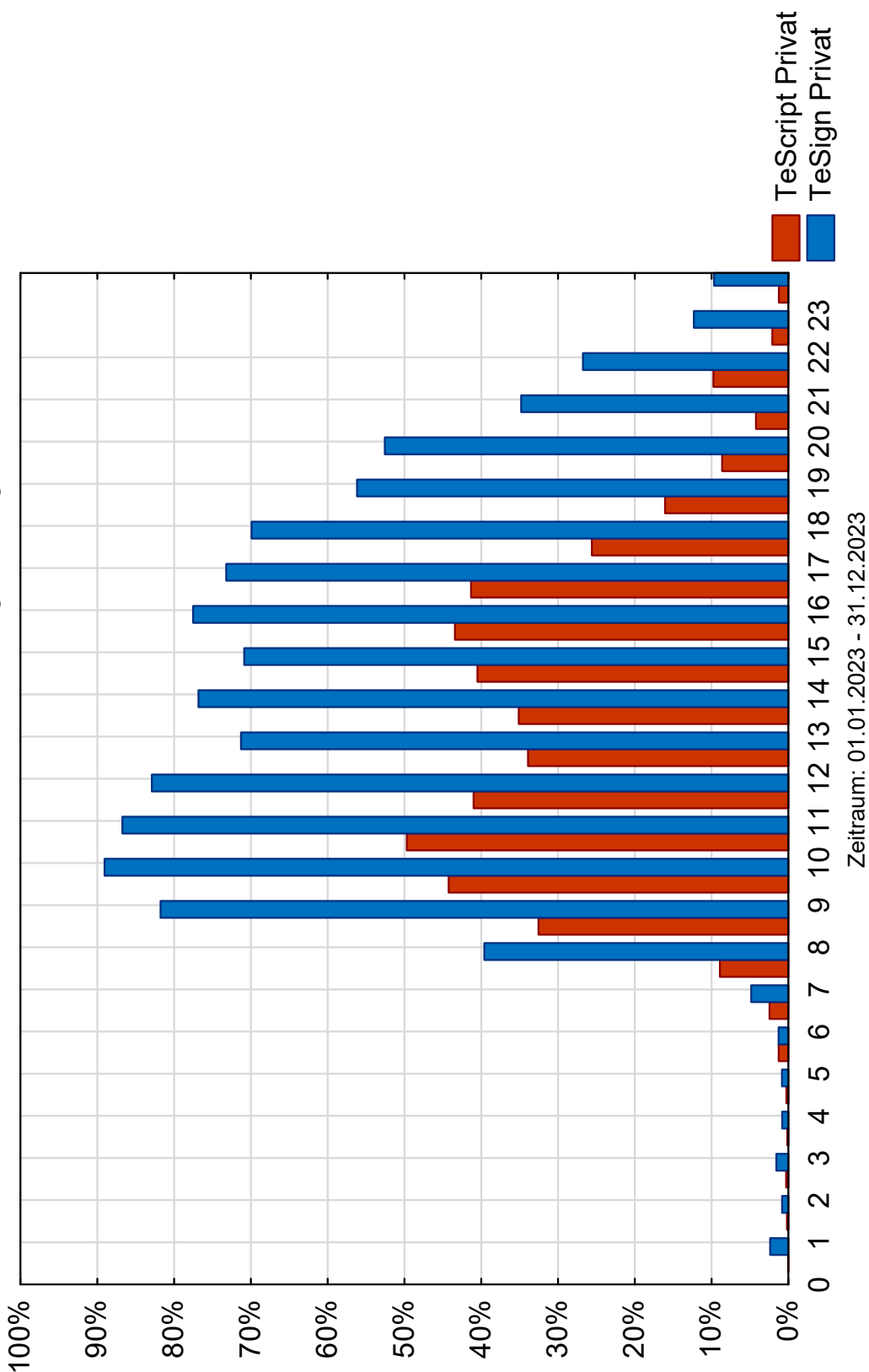




Tess - Relay-Dienste GmbH

Anlage 3 - Mo

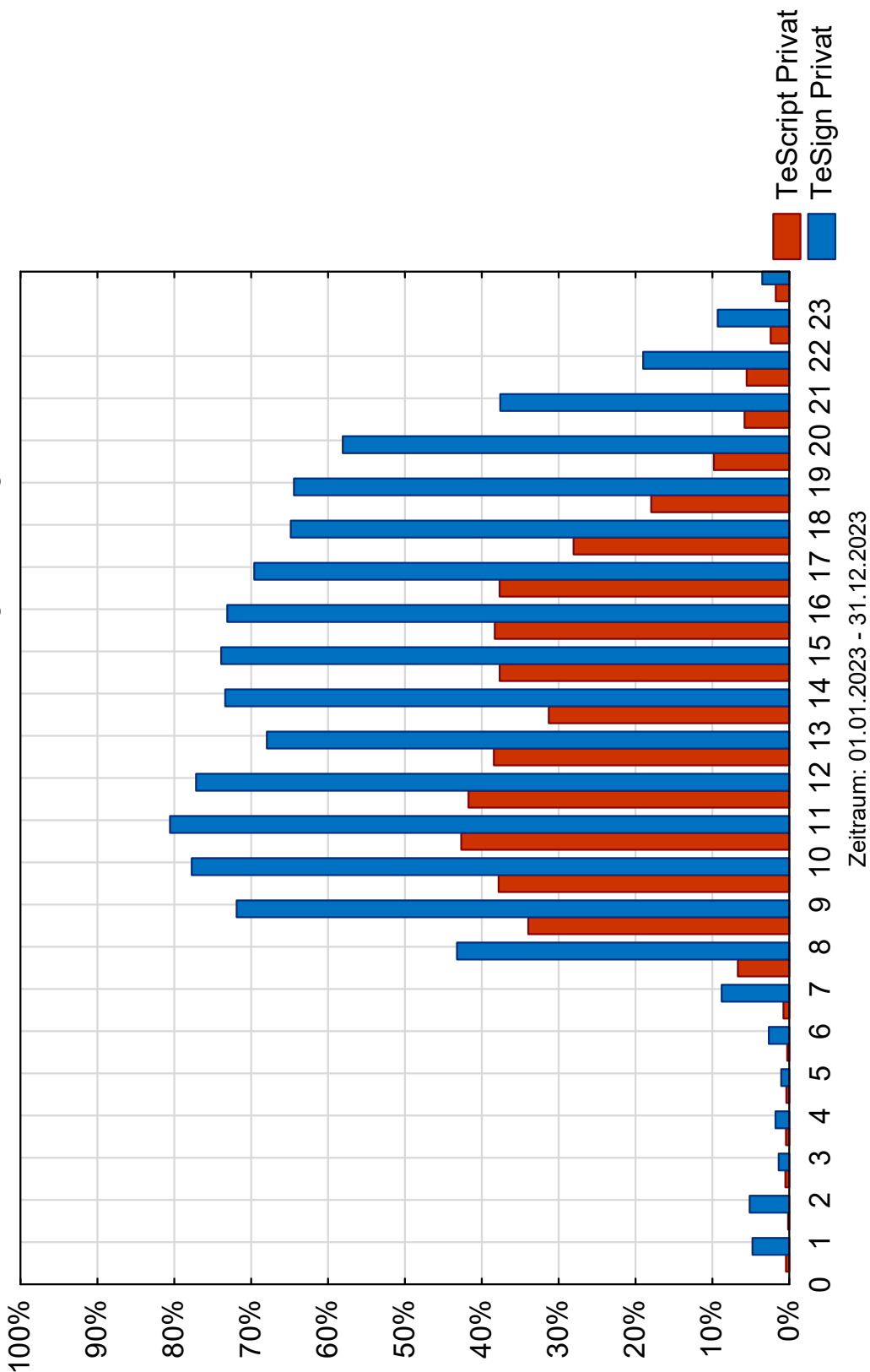
Dolmetscherauslastung: Montag





Tess - Relay-Dienste GmbH

Dolmetscherauslastung: Dienstag

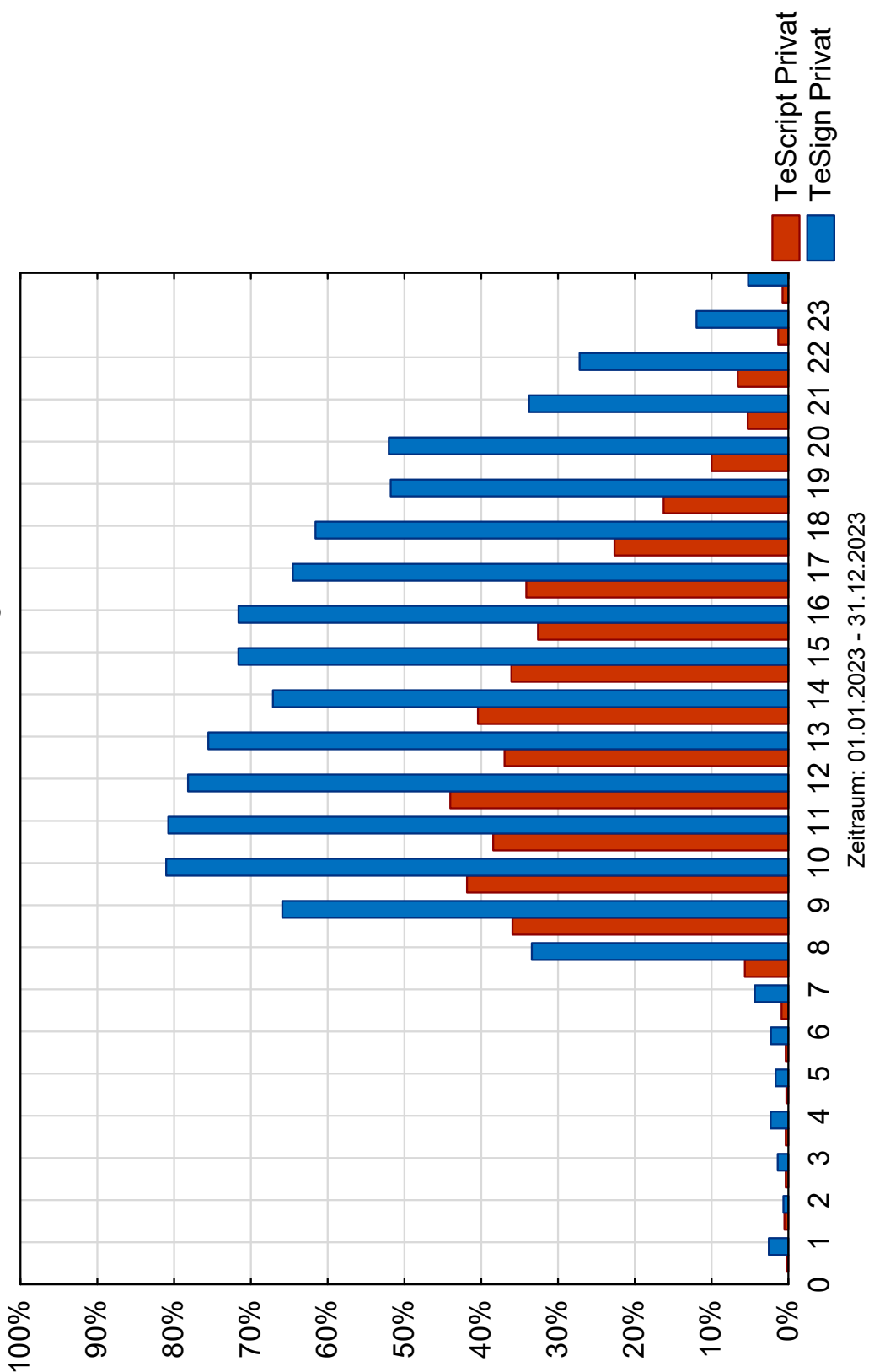




Tess - Relay-Dienste GmbH

Dolmetscherauslastung: Mittwoch

Anlage 3 - Mi

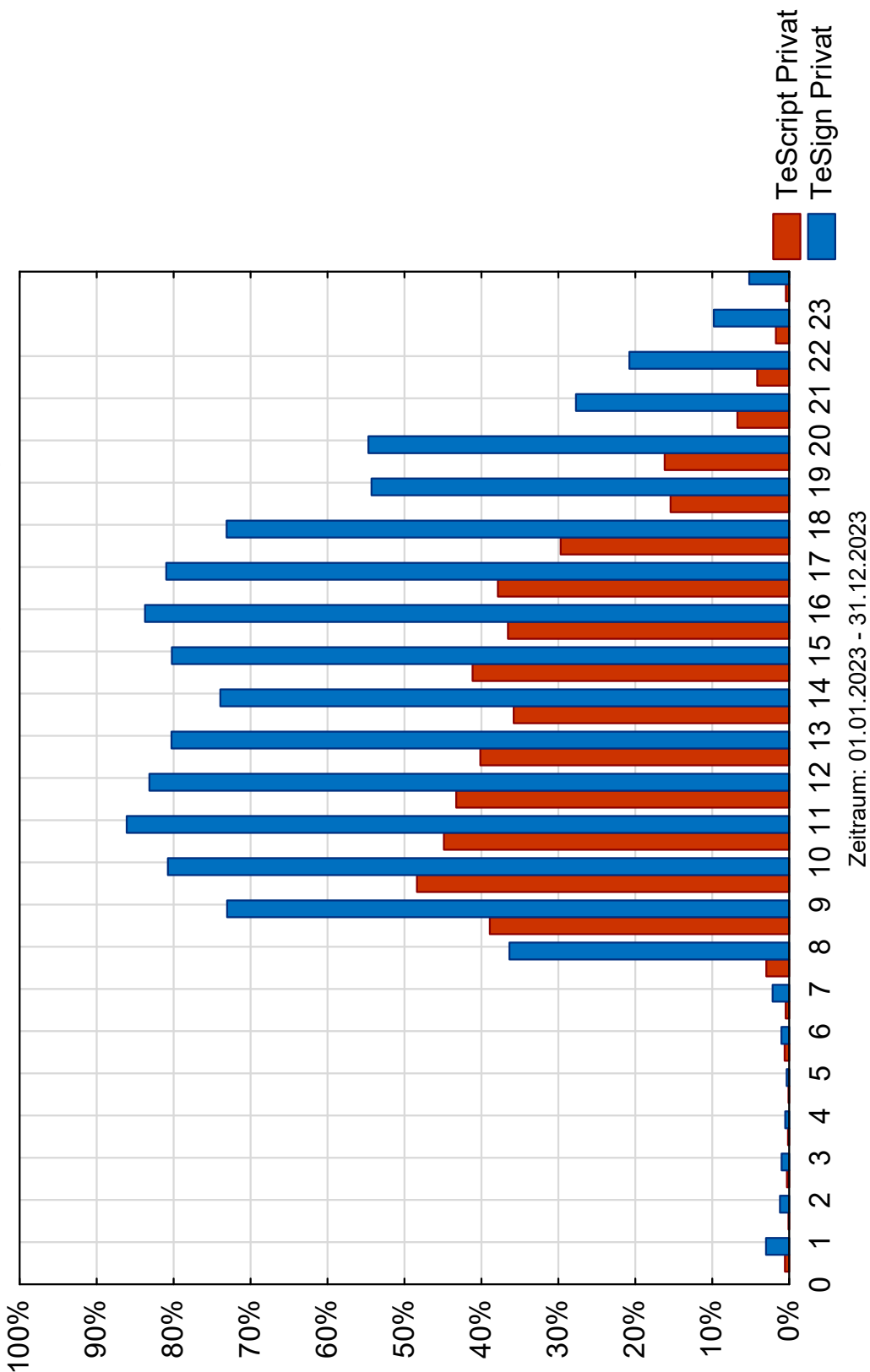




Tess - Relay-Dienste GmbH

Anlage 3 - Do

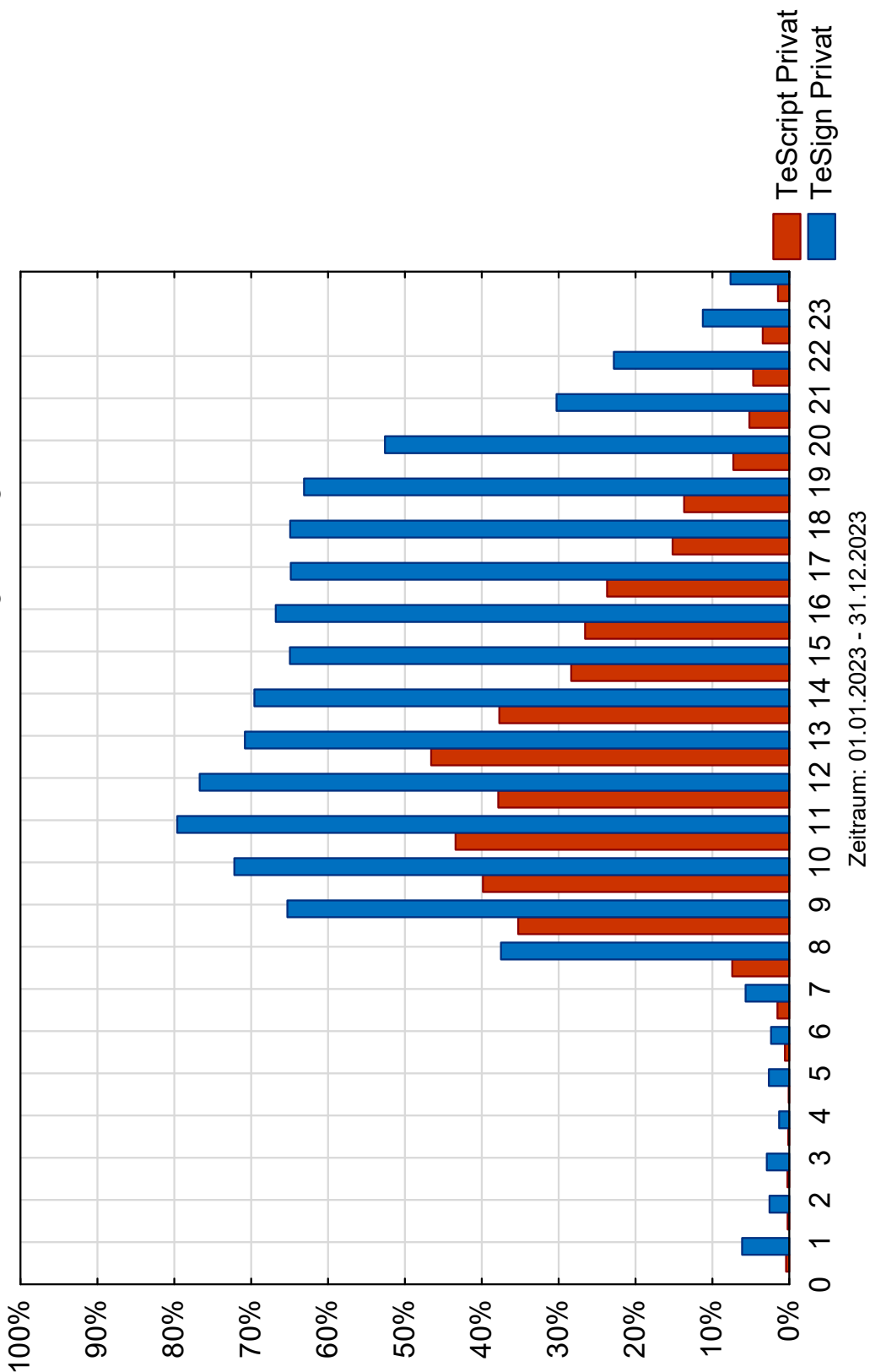
Dolmetscherauslastung: Donnerstag





Tess - Relay-Dienste GmbH

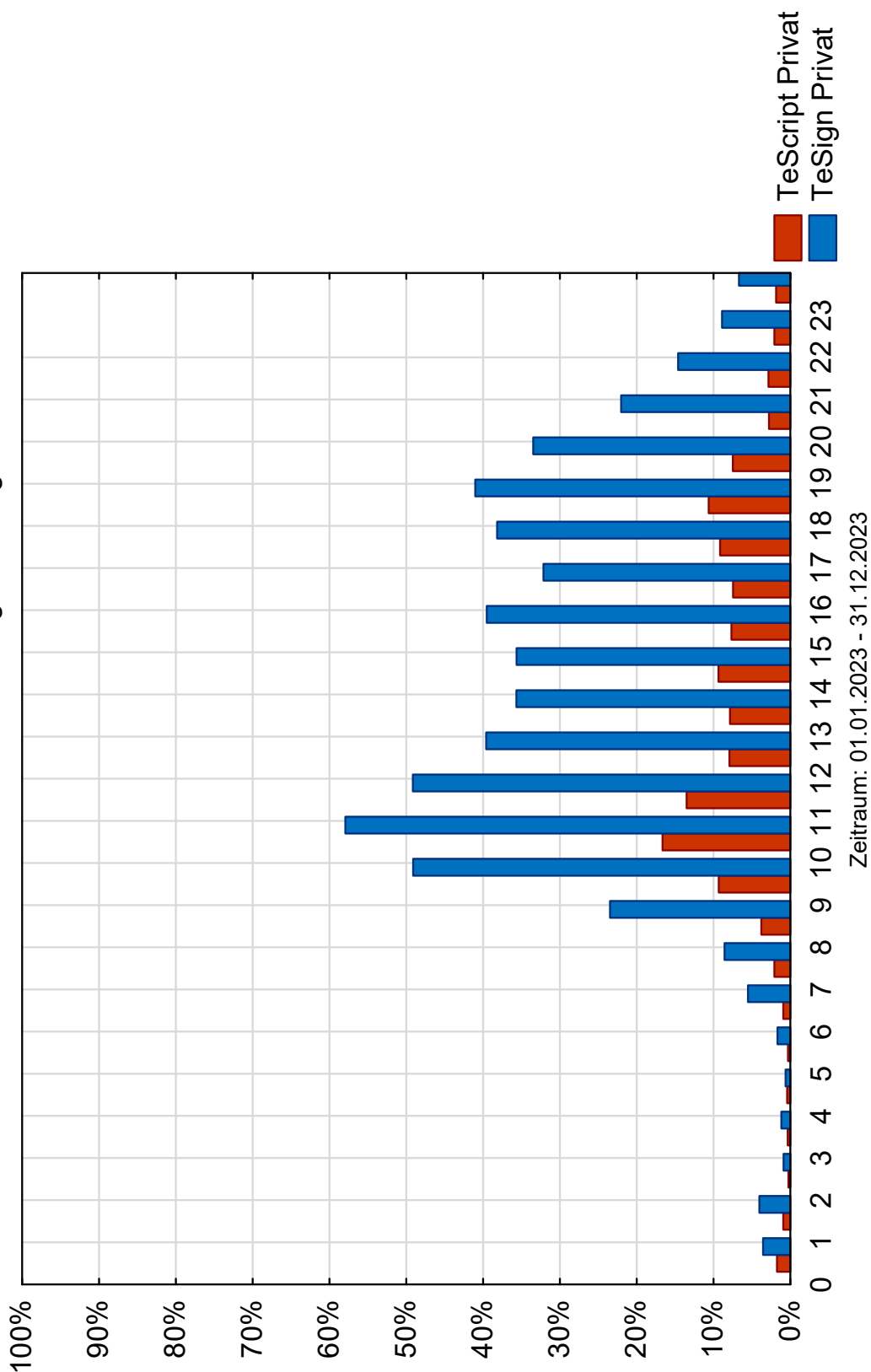
Dolmetscherauslastung: Freitag





Tess - Relay-Dienste GmbH

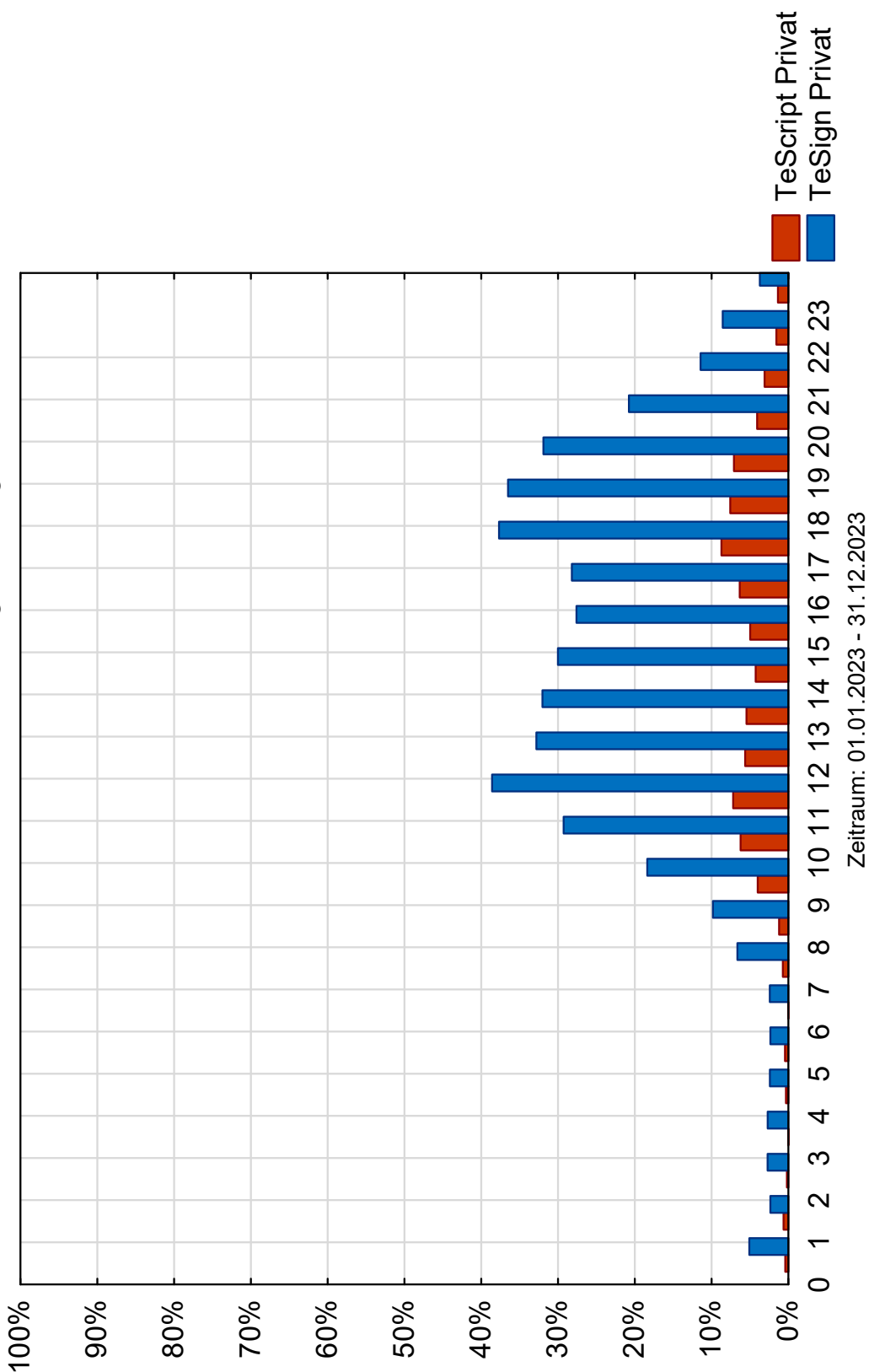
Dolmetscherauslastung: Samstag





Tess - Relay-Dienste GmbH

Dolmetscherauslastung: Sonntag

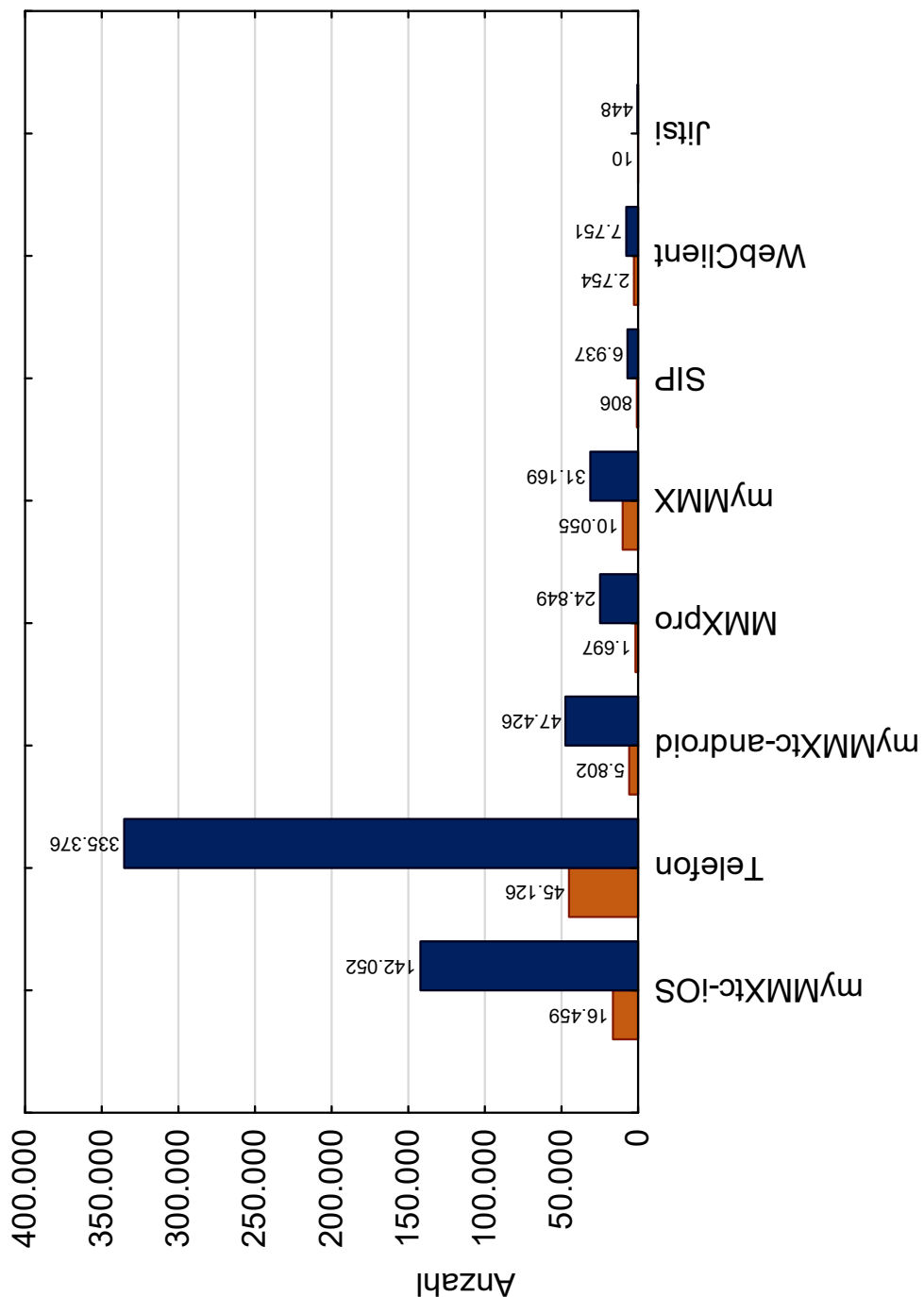


Anlage 3 - So



Tess - Relay-Dienste GmbH

Anzahl Gespräche pro Gesprächstyp



TeScript
TeSign

Zeitraum: 01.01.2023 - 31.12.2023

Anlage 5

Tess - Relay-Dienste - Dienst TeSign Privat
 Prognose erforderlicher Dolmetscherkapazitäten für 2025 - 2028
 Nur Grundversorgung (30 Minuten/Monat) / 60 Minuten Gesprächszeit monatlich pro aktivem Kunden



	2024	2025	2026	2027	2028
		Prognose	Prognose	Prognose	Prognose
	Startwerte	Grundversorgung 30 Min/Monat/ pro aktivem Kunden	Grundversorgung 30 Min/Monat/ pro aktivem Kunden	Grundversorgung 30 Min/Monat/ pro aktivem Kunden	Grundversorgung 30 Min/Monat/ pro aktivem Kunden
1.1 Kundenzahl gesamt (incl. Notrufkunden) Entwicklung Notrufkunden: 2025: 800 2026: 850 2027: 900 2028: 950	8.230	9.360	10.490	11.620	12.750
1.2 Kundenzahl gesamt (ohne Notrufkunden) jährlich angenommener Kundenzuwachs: 1.080 (90 Kunden monatlich)	7.480	8.560	9.640	10.720	11.800
2 Aktive Kunden 2025 - 2028: 45 %		3.852	4.338	4.824	5.310
3 Jährliche Gesprächszeit pro aktivem Kunden Kostenl. Grundversorgung: 30Min/Monat 60 Min/Monat		360	360	360	720
4 Gesprächsminuten gesamt/ Jahr		1.386.720	1.561.680	1.736.640	1.911.600
5 Auslastung pro Dolmetscherstunde		60%	60%	60%	60%
6 Wöchentliche Dolmetscherkapazitäten "Kernzeit"/Stunden		741	834	928	1021
7 Wöchentliche Dolmetscherkapazitäten "Nebenzeit"/Stunden		168	168	168	168
8 Wöchentliche Dolmetscherkapazitäten gesamt/Stunden		909	1002	1096	1189
9 Jährliche Dolmetscherkapazitäten/ Stunden		47.268	52.104	56.992	61.828
					114.920

23.04.2024

Anlage 5.1

Tess - Relay-Dienste - Dienst TeSign Privat
 Prognose erforderlicher Dolmetscherkapazitäten für 2025 - 2028
 Nur Grundversorgung (30 Minuten/Monat) / 60 Minuten Gesprächszeit monatlich pro aktivem Kunden



Erläuterungen:

- 1.1 Die Prognose der Kundenentwicklung bezieht sich auf Nutzer der privaten Dolmetschdienste sowie auf Notrufkunden. Nicht einbezogen in der Prognose sind Kunden der beruflichen Dolmetschdienste TeSign und TeScript.
- 1.2 Notrufkunden nutzen den Dienst nicht regelmäßig und werden daher bei der Ermittlung der notwendigen Dolmetscherkapazitäten nicht berücksichtigt. Deshalb wird unter 1.2 die Kundenzahl ohne Notrufkunden angegeben. Die vermutete Entwicklung der Kundenzahlen pro Jahr geht von einem Kundenzuwachs von 1.080 aus.
- 2 Nicht alle angemeldeten Kunden nutzen die Dolmetschdienste regelmäßig. Im Jahr 2022 haben durchschnittlich 48% der Kunden den Dienst TeSign Privat aktiv genutzt. Dieser Wert sank im Jahr 2023 auf durchschnittlich 44 % der aktiven Kunden.
 Ab 2025 wird davon ausgegangen, dass 45 % der aktiven Kunden den Dienst TeSign Privat nutzen.
 In der Prognose der aktiven Kunden werden ausschließlich Nutzer des Dolmetschdienstes TeSign Privat berücksichtigt.
- 3 In dieser Prognose sind zwei Szenarien berücksichtigt.
 1. Kostenlose Grundversorgung: aktive Kunden telefonieren 30 Minuten monatlich. Dieses Szenario stellt die für eine Abdeckung der kostenlosen Grundversorgung notwendigen Dolmetscherkapazitäten dar (Mindestversorgung).
 2. Aktive Kunden telefonieren über die kostenlose Grundversorgung hinaus. Hier wird davon ausgegangen, dass jeder aktive Kunde im Jahresdurchschnitt 720 Minuten über den Dolmetschdienst TeSign Privat telefonieren wird (Maximalversorgung). Die monatliche Gesprächszeit pro aktivem Kunden lag im Jahr 2023 bei durchschnittlich 46,26 Minuten. Es wird davon ausgegangen, dass sich dieser Wert im Jahr 2024 auf bis zu 55 Minuten pro aktivem Kunden und ab 2025 auf bis zu 60 Minuten steigern wird.
- 4 Aus der Anzahl der prognostizierten aktiven Kunden sowie des jährlichen Gesprächsbedarf pro aktivem Kunden werden die zu erwartenden Gesprächsminuten im Dolmetschdienst TeSign Privat für das jeweilige Jahr ermittelt.
- 5, 6 Die notwendigen **wöchentlichen** Dolmetscherkapazitäten errechnen sich aus den prognostizierten jährlichen Gesprächsminuten (4) sowie der angenommenen durchschnittlichen prozentualen Auslastung des Dolmetschdienstes (5). Ab 2023 wird davon ausgegangen, dass die für die Abdeckung der jährlichen Gesprächsminuten (4) erforderlichen Dolmetscherkapazitäten mit einem Wert von 60 % pro Stunde ausgelastet sind. Bei diesem Wert findet u.a. der Pausenanspruch der Dolmetscher Berücksichtigung: Pro Stunde haben Dolmetscher einen Pausenanspruch von 20 Minuten. Eine Dolmetscherstunde kann also mit maximal 66,66 % oder 40 Minuten ausgelastet werden.
 Das bisherige Telefonverhalten der Kunden hat gezeigt, dass die überwiegende Anzahl der Telefonate in der Zeit von 08 - 18 Uhr durchgeführt wird. Die Auslastung des Dolmetschdienstes und demzufolge die Telefonate sind am Wochenende nach wie vor erheblich geringer. Es ist jedoch zu beobachten, dass die Anzahl der Gespräche und damit die Auslastung an den Wochenenden ansteigt.
 Um das erwartete Telefonaufkommen in den Hauptnutzungszeiten bewältigen zu können, sollen die ermittelten notwendigen Dolmetscherkapazitäten zu sogenannten "Kernzeiten" zur Verfügung gestellt werden. Ab 2023 wird diese Kernzeit auf den Zeitraum Montag - Sonntag von 08 - 20 Uhr festgelegt. Berücksichtigt werden alle in dieser Zeit bereitgestellten Dolmetscherkapazitäten.
- 7 Zusätzlich zu den in den Kernzeiten benötigten Dolmetscherstunden müssen in der Zeit von 20 - 08 Uhr weitere Dolmetscherkapazitäten zur Verfügung gestellt werden. Bei der Ermittlung der Kapazitäten wird berücksichtigt, dass mit dem Beginn eines 24/7 Dienstes eine grundsätzliche 2-teilige Besetzung der Dolmetschdienste zu allen Zeiten vorgenommen werden soll.

23.04.2024



Anlage 5.2

Tess - Relay-Dienste - Dienst TeSign Privat

Prognose erforderlicher Dolmetscherkapazitäten für 2025 - 2028

Nur Grundversorgung (30 Minuten/Monat) / 60 Minuten Gesprächszeit monatlich pro aktivem Kunden

Ermittlung erforderliche Dolmetscherkapazitäten für "Nebenzeiten" pro Woche:						
Tage	Zeitraum	Leitungen	Stunden	Summe	Tage	Summe
Montag - Freitag:	20 - 00		2	4	8	5
Montag - Freitag:	00 - 08		2	8	16	5
Samstag - Sonntag:	20 - 00		2	4	8	2
Samstag - Sonntag:	00 - 08		2	8	16	2
					Gesamt:	168

8, 9 Die Dolmetscherkapazitäten werden wie folgt prognostiziert:

Nur kostenlose Grundversorgung (30 Minuten monatlich pro aktivem Kunden)						
Jahr	Kernzeitstd.	Nebenzeitstd.	ges. Woche	ges. Jahr		
2025	741	168	909	47.268		
2026	834	168	1.002	52.104		
2027	928	168	1.096	56.992		
2028	1.021	168	1.189	61.828		

60 Minuten Gesprächszeit monatlich pro aktivem Kunden						
Jahr	Kernzeitstd.	Nebenzeitstd.	ges. Woche	ges. Jahr		
2025	1.482	168	1.650	85.800		
2026	1.668	168	1.836	95.472		
2027	1.855	168	2.023	105.196		
2028	2.042	168	2.210	114.920		



Tess - Relay-Dienste - Besetzung beruflicher Dienst Stand 01.01.2024

Anlage 6

Montag	8-8.30	8.30-9	9-10	10-11	11-12	12-12.30	12.30-13	13-13.30	13.30-14	14-15	15-15.30	15.30-16	16-17	17-18	Std.
1. Leitung															9
2. Leitung															8
3. Leitung															4,5
4. Leitung															4
5. Leitung															8
6. Leitung															5,5
7. Leitung															5
8. Leitung															5
9. Leitung															6
															55
Dienstag	8-8.30	8.30-9	9-10	10-11	11-12	12-12.30	12.30-13	13-13.30	13.30-14	14-15	15-15.30	15.30-16	16-17	17-18	
1. Leitung															9
2. Leitung															8
3. Leitung															4,5
4. Leitung															4
5. Leitung															8
6. Leitung															5,5
7. Leitung															5
8. Leitung															5
9. Leitung															6
															55
Mittwoch	8-8.30	8.30-9	9-10	10-11	11-12	12-12.30	12.30-13	13-13.30	13.30-14	14-15	15-15.30	15.30-16	16-17	17-18	
1. Leitung															9
2. Leitung															8
3. Leitung															4,5
4. Leitung															4
5. Leitung															8
6. Leitung															5,5
7. Leitung															5
8. Leitung															5
															49

05.02.2024

Tess - Relay-Dienste - Besetzung beruflicher Dienst Stand 01.01.2024

Donnerstag	8-8.30	8.30-9	9-10	10-11	11-12	12-12.30	12.30-13	13-13.30	13.30-14	14-15	15-15.30	15.30-16	16-17	17-18	Std.
1. Leitung															9
2. Leitung															8
3. Leitung															4,5
4. Leitung															4
5. Leitung															8
6. Leitung															5,5
7. Leitung															5
8. Leitung															5
															49
Freitag	8-8.30	8.30-9	9-10	10-11	11-12	12-12.30	12.30-13	13-13.30	13.30-14	14-15	15-15.30	15.30-16	16-17	17-18	
1. Leitung															8,5
2. Leitung															8
3. Leitung															5
4. Leitung															4
5. Leitung															4,5
6. Leitung															5
7. Leitung															4
8. Leitung															3
															42
															250

05.02.2024



Tess - Relay-Dienste - Dienst TeScript
Prognose erforderlicher Dolmetscherkapazitäten für 2025 - 2028
Nur Grundversorgung (30 Minuten/Monat) / 40 Minuten Gesprächszeit monatlich pro aktivem Kunden

Anlage 7

	2024	2025	2026	2027	2028
		Prognose	Prognose	Prognose	Prognose
	Startwerte	Grundversorgung 30 Min/Monat/pro aktivem Kunden	Grundversorgung 30 Min/Monat/pro aktivem Kunden	Grundversorgung 30 Min/Monat/pro aktivem Kunden	Grundversorgung 30 Min/Monat/pro aktivem Kunden
		40 Min/Monat/pro aktivem Kunden	40 Min/Monat/pro aktivem Kunden	40 Min/Monat/pro aktivem Kunden	40 Min/Monat/pro aktivem Kunden
1.1	Kundenzahl gesamt (incl. Notrufkunden) Entwicklung Notrufkunden: 2025: 900 2026: 850 2027: 900 2028: 950	8.230	9.360	9.360	10.490
1.2	Kundenzahl gesamt (ohne Notrufkunden) jährlich angenommener Kundenzuwachs: 1.080 (90 Kunden monatlich)	7.480	8.560	8.560	9.640
2	Aktive Kunden 2025 - 2026: 10 % 2027 - 2028: 9 %		856	856	964
3	Jährliche Gesprächszeit pro aktivem Kunden Kostenl. Grundversorgung: 30Min/Monat 40 Min/Monat		360	480	360
4	Gesprächsminuten gesamt/ Jahr		308.160	410.880	347.040
5	Auslastung pro Dolmetscherstunde		60%	60%	60%
6	Wöchentliche Dolmetscherkapazitäten "Kernzeit"/Stunden		165	219	185
7	Wöchentliche Dolmetscherkapazitäten "Nebenzeit"/Stunden		236	236	236
8	Wöchentliche Dolmetscherkapazitäten gesamt/Stunden		401	455	421
9	Jährliche Dolmetscherkapazitäten/ Stunden		20.852	23.660	21.892
			25.116	25.116	25.116
			21.944	21.944	21.944
			422	422	422
			236	236	236
			186	186	186
			60%	60%	60%
			347.400	347.400	347.400
			463.200	463.200	463.200
			11.620	11.620	11.620
			11.800	11.800	11.800
			12.750	12.750	12.750
			1.062	1.062	1.062
			480	480	480
			509.760	509.760	509.760
			60%	60%	60%
			204	204	204
			236	236	236
			440	440	440
			508	508	508
			26.416	26.416	26.416

05.02.2024



Tess - Relay-Dienste - Dienst TeScript
 Prognose erforderlicher Dolmetscherkapazitäten für 2025 - 2028
 Nur Grundversorgung (30 Minuten/Monat) / 40 Minuten Gesprächszeit monatlich pro aktivem Kunden

Anlage 7.1

Erläuterungen:

- 1.1 Die Prognose der Kundenentwicklung bezieht sich auf Nutzer der privaten Dolmetschdienste sowie auf Notrufkunden. Nicht einbezogen in der Prognose sind Kunden der beruflichen Dolmetschdienste TeSign und TeScript.
- 1.2 Notrufkunden nutzen den Dienst nicht regelmäßig und werden daher bei der Ermittlung der notwendigen Dolmetscherkapazitäten nicht berücksichtigt. Deshalb wird unter 1.2 die Kundenzahl ohne Notrufkunden angegeben. Die vermutete Entwicklung der Kundenzahlen pro Jahr geht von einem Kundenzuwachs von 1.080 aus.
- 2 Nicht alle angemeldeten Kunden nutzen die Dolmetschdienste regelmäßig. Im Jahr 2022 haben durchschnittlich 10,3 % der Kunden die Dienste TeScript Privat und TeScript Beruf aktiv genutzt. Dieser Wert sank im Jahr 2023 auf durchschnittlich 9,4 % der aktiven Kunden.
 Ab 2025 wird davon ausgegangen, dass 10 % der aktiven Kunden die Dienste TeScript Privat und TeScript Beruf nutzen und dieser Wert ab 2027 auf 9 % sinkt. Der Kundenzuwachs wirkt sich stärker auf aktive Nutzer des Dienstes TeSign Privat aus. Deshalb ist die Zahl der aktiven Kunden der Dienste TeScript Privat und TeScript Beruf rückläufig im Verhältnis zur wachsenden Kundenzahl.
- 3 In dieser Prognose sind zwei Szenarien berücksichtigt.
 1. Kostenlose Grundversorgung: aktive Kunden telefonieren 30 Minuten monatlich. Dieses Szenario stellt die für eine Abdeckung der kostenlosen Grundversorgung notwendigen Dolmetscherkapazitäten dar (Mindestversorgung).
 2. Aktive Kunden telefonieren über die kostenlose Grundversorgung hinaus. Hier wird davon ausgegangen, dass jeder aktive Kunde im Jahresdurchschnitt 480 Minuten über die Dolmetschdienste TeScript Privat und TeScript Beruf telefonieren wird. Die monatliche Gesprächszeit von 40 Minuten pro aktivem Kunden wurde aufgrund der aktuellen Entwicklung dieses Wertes ermittelt. Im Jahr 2023 lag die monatliche Gesprächszeit pro aktivem Kunden bei Werten zwischen 30 und 35 Minuten (Maximalversorgung). Es wird davon ausgegangen, dass sich dieser Wert im Jahr 2024 auf 40 Minuten pro aktivem Kunden steigern wird.
- 4 Aus der Anzahl der prognostizierten aktiven Kunden sowie des jährlichen Gesprächsbedarf pro aktivem Kunden werden die zu erwartenden Gesprächsminuten in den Dolmetschdiensten TeScript Privat und TeScript Beruf für das jeweilige Jahr ermittelt.
- 5, 6 Die notwendigen **wöchentlichen** Dolmetscherkapazitäten errechnen sich aus den prognostizierten jährlichen Gesprächsminuten (4) sowie der angenommenen durchschnittlichen prozentualen Auslastung des Dolmetschdienstes (5). Ab 2023 wird davon ausgegangen, dass die für die Abdeckung der jährlichen Gesprächsminuten (4) erforderlichen Dolmetscherkapazitäten mit einem Wert von 60 % pro Stunde ausgelastet sind. Bei diesem Wert findet u.a. der Pausenanspruch der Dolmetscher Berücksichtigung: Pro Stunde haben Dolmetscher einen Pausenanspruch von 20 Minuten. Eine Dolmetscherstunde kann also mit maximal 66,66 % oder 40 Minuten ausgelastet werden.
 Das bisherige Telefonverhalten der Kunden hat gezeigt, dass die überwiegende Anzahl der Telefonate in der Zeit von 08 - 18 Uhr durchgeführt wird. Die Auslastung des Dolmetschdienstes und demzufolge die Telefonate sind am Wochenende nach wie vor erheblich geringer.
 Um das erwartete Telefonaufkommen in den Hauptnutzungszeiten bewältigen zu können, sollen die ermittelten notwendigen Dolmetscherkapazitäten zu sogenannten "Kernzeiten" zur Verfügung gestellt werden. Ab 2023 wird diese Kernzeit auf den Zeitraum Montag - **Freitag** von 08 - 18 Uhr festgelegt. Berücksichtigt werden alle in dieser Zeit bereitgestellten Dolmetscherkapazitäten.
- 7 Zusätzlich zu den in den Kernzeiten benötigten Dolmetscherstunden müssen in der Zeit von 18 - 08 Uhr sowie am Samstag und Sonntag weitere Dolmetscherkapazitäten zur Verfügung gestellt werden. Bei der Ermittlung der Kapazitäten wird berücksichtigt, dass mit dem Beginn eines 24/7 Dienstes eine grundsätzliche 2-leitige Besetzung der Dolmetschdienste zu allen Zeiten vorgenommen werden soll.

05.02.2024



Anlage 7.2

Tess - Relay-Dienste - Dienst TeScript

Prognose erforderlicher Dolmetscherkapazitäten für 2025 - 2028

Nur Grundversorgung (30 Minuten/Monat) / 40 Minuten Gesprächszeit monatlich pro aktivem Kunden

Ermittlung erforderliche Dolmetscherkapazitäten für "Nebenzeiten" pro Woche:

Tag	Zeitraum	Leitungen	Stunden	Summe	Tag	Summe
Montag - Freitag:	18 - 00		2	6	12	5
Montag - Freitag:	00 - 08		2	8	16	5
Samstag - Sonntag	00 - 24		2	24	48	2
					Gesamt:	236

8. 9 Die Dolmetscherkapazitäten werden wie folgt prognostiziert:

Nur kostenlose Grundversorgung (30 Minuten monatlich pro aktivem Kunden)						
Jahr	Kernzeitstd.	Nebenzeitstd.	ges. Woche	ges. Jahr		
2025	165	236	401	20.852		
2026	185	236	421	21.892		
2027	186	236	422	21.944		
2028	204	236	440	22.880		

40 Minuten Gesprächszeit monatlich pro aktivem Kunden						
Jahr	Kernzeitstd.	Nebenzeitstd.	ges. Woche	ges. Jahr		
2025	219	236	455	23.660		
2026	247	236	483	25.116		
2027	247	236	483	25.116		
2028	272	236	508	26.416		

Mitteilungen

Telekommunikation

Teil A

Mitteilungen der Bundesnetzagentur

Mitteilung Nr. 189/2024

§§ 149 Abs. 1 Nr. 5, 214 TKG i. V. m. § 192 TKG;

Antrag der goetel GmbH auf Erlass einer Entscheidung im Streitbeilegungsverfahren über einen diskriminierungsfreien, offenen Netzzugang zu öffentlich geförderten Telekommunikationslinien oder Telekommunikationsnetzen

hier: BK11-24-005

Der Termin für die öffentliche mündliche Verhandlung wird verschoben. Ein neuer Termin wird schnellstmöglich bekannt gegeben.

BK11-24-005

Mitteilung Nr. 191/2024

§§ 149 Abs. 1 Nr. 5, 214 TKG i. V. m. § 192 TKG;

Antrag der goetel GmbH auf Erlass einer Entscheidung im Streitbeilegungsverfahren über einen diskriminierungsfreien, offenen Netzzugang zu öffentlich geförderten Telekommunikationslinien oder Telekommunikationsnetzen

hier: BK11-24-007

Der Termin für die öffentliche mündliche Verhandlung wird verschoben. Ein neuer Termin wird schnellstmöglich bekannt gegeben.

BK11-24-007

Mitteilung Nr. 190/2024

§§ 149 Abs. 1 Nr. 5, 214 TKG i. V. m. § 192 TKG;

Antrag der goetel GmbH auf Erlass einer Entscheidung im Streitbeilegungsverfahren über einen diskriminierungsfreien, offenen Netzzugang zu öffentlich geförderten Telekommunikationslinien oder Telekommunikationsnetzen

hier: BK11-24-006

Der Termin für die öffentliche mündliche Verhandlung wird verschoben. Ein neuer Termin wird schnellstmöglich bekannt gegeben.

BK11-24-006

Mitteilung Nr. 192/2024

Teil 4 TKG, Telekommunikationsendeinrichtungen und Rundfunkübertragung; Besetzung der Schlichtungsstelle nach § 77 TKG

Mit dieser Mitteilung wird die Mitteilung Nr. 225/2021 bezüglich der Besetzung der Schlichtungsstelle nach § 77 TKG (vor TKG-Novelle 2021 § 51 TKG) aktualisiert, die im Amtsblatt 16/2021 der Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen veröffentlicht wurde.

Die Schlichtungsstelle ist personell wie folgt besetzt:

Funktion	Name, Vorname Amtsbezeichnung	Vertreter
Vorsitzender	Kootz, Thilo Regierungsdirektor	Swenja Bartkowski Leitende Regierungsdirektorin
Beisitzer	Swenja Bartkowski Leitende Regierungsdirektorin	Hopp, Martin Regierungsdirektor
Beisitzer	Höllerer, Karsten Tarifbeschäftigter	Malczan, Heiko Technischer Regierungsratsrat

Mitteilung Nr. 193/2024
**Ergänzung der Technischen Richtlinie Notrufverbindungen
(TR Notruf):**
**Beteiligungsverfahren nach § 164 Abs. 6 TKG zum Entwurf der
ergänzten Fassung der TR Notruf**

Die Bundesnetzagentur hat am 22.08.2018 die derzeit gültige TR Notruf 2.0 verfügt (ABl. BNetzA 16/2018, Vfg Nr. 108/2018, ab Seite 1289). Stand der technischen Entwicklung sowie europäische Vorgaben erfordern nunmehr eine Anpassung der TR Notruf 2.0. Europäische Umsetzungsnotwendigkeiten ergeben sich primär aus der Delegierten Verordnung (EU) 2023/444 der Kommission vom 16.12.2022 zur Ergänzung der Richtlinie (EU) 2018/1972 des Europäischen Parlaments und des Rates um Maßnahmen zur Gewährleistung des effektiven Zugangs zu Notdiensten über Notrufe unter der einheitlichen europäischen Notrufnummer 112 (DeIVO). Die DeIVO betrifft hier im Wesentlichen festzulegende technische Einzelheiten zur Angabe des Standorts des Notrufenden sowie den Zugang zu Notdiensten über Notrufe für Endnutzer mit Behinderungen.

Die derzeit gültige TR Notruf 2.0 hat sich in der Anwendungspraxis bewährt. Insofern sieht die gegenwärtige Planung vor, die TR nicht vollständig neu zu erstellen, sondern die Umsetzungs- und Anpassungserfordernisse im Wesentlichen modular einzufügen. Die modularen Einfügungen betreffen die weitere Ausgestaltung der Übermittlung von Standortangaben des Notrufenden. Hier soll insbesondere das Kriterium der Genauigkeit weiter konkretisiert werden und dem Stand der technischen Entwicklung Rechnung tragend ein Verfahren zur Übermittlung von Standortangaben auf Basis von Advanced Mobile Location (AML) festgelegt werden. Eine weitere modulare Einfügung betrifft den Zugang zu Notdiensten über Notrufe für Endnutzer mit Behinderungen. Dieser soll durch die Verwendung von Text in Echtzeit in der Notrufverbindung erreicht werden. Die Zuverlässigkeit von Standortangaben soll zunächst ohne einschränkende Erfolgsrate durch eine neu aufgenommene Berichtspflicht bei Abweichungen ermittelt werden.

Die Bundesnetzagentur ruft die beteiligungsberechtigten Stellen zur Abgabe von Beiträgen zum insofern ergänzten Entwurf der TR Notruf 2.1 (abrufbar unter www.bundesnetzagentur.de → Fachthemen → Telekommunikation → Unternehmenspflichten → Notruf → Technische Richtlinie) auf.

Beteiligungsberechtigt nach § 164 Abs. 6 TKG sind:

- Verbände der durch § 164 Abs. 1 bis 4 TKG betroffenen Anbieter von Telekommunikationsdiensten und Betreiber von Telekommunikationsnetzen,
- vom Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat benannte Vertreter der Betreiber von Notrufabfragestellen und
- Hersteller der in den Telekommunikationsnetzen und Notrufabfragestellen eingesetzten technischen Einrichtungen.

Beiträge können elektronisch, möglichst als editierbare Datei an **425-Postfach@BNetzA.de** bzw. postalisch an

**Bundesnetzagentur
Referat 425
Postfach 80 01
55003 Mainz**

übersandt werden. Als Frist zur Abgabe von Beiträgen ist der

19. Juli 2024

vorgesehen.

Das Beteiligungsverfahren soll möglichst transparent gestaltet werden. Die Bundesnetzagentur behält sich vor, die Beiträge zu veröffentlichen (in einer zusammengefassten Form oder vollständig). Dem Beitrag soll daher auch eine Einwilligung zur Veröffentlichung beigefügt werden. Ausführungen, bei denen es sich um Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse handelt, sollten entsprechend gekennzeichnet sein. Eine um Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse bereinigte Fassung für die Veröffentlichung sollte in diesem Falle beigefügt werden.

Abhängig vom Umfang und Inhalt der abgegebenen Beiträge kann die Einrichtung thematischer Arbeitsgruppen folgen.

425

Mitteilungen

Energie

Teil A Mitteilungen der Bundesnetzagentur

Mitteilung Nr. 194/2024

Verlängerung bestimmter Regelungen der Festlegung zu volatilen Kosten für verschiedene Aspekte des Erdgastransports („VOLKER“, BK9-22/606-1 bis BK9-22/606-5)

§ 29 Abs. 1 EnWG i. V. m. § 32 Abs. 1 Nr. 4a ARegV

Die Bundesnetzagentur hat ein Verfahren nach § 29 Abs. 1 EnWG i. V. m. § 32 Abs. 1 Nr. 4a ARegV abgeschlossen.

Das Verfahren wird unter dem Geschäftszeichen BK9-22/606-1 bis BK9-22/606-5 („VOLKER“) geführt.

Der Abschluss des Verfahrens ist im Amtsblatt 09/2024 der Bundesnetzagentur und im Internet veröffentlicht.

Weitere Informationen können auf der Internetseite der Bundesnetzagentur unter dem Pfad „www.bundesnetzagentur.de → Beschlusskammern → Beschlusskammer9 → Gasnetzbetreiber → Festlegungen“ abgerufen werden.



Bundesnetzagentur

Beschlusskammer 9

Aktenzeichen:

Bund	BK9-22/606-1
OL Berlin	BK9-22/606-2
OL Brandenburg	BK9-22/606-3
OL Bremen	BK9-22/606-4
OL Schleswig-Holstein	BK9-22/606-5

Beschluss

In dem Verwaltungsverfahren nach § 29 Abs. 1 EnWG i.V.m. § 32 Abs. 1 Nr. 4a ARegV

wegen **Festlegung zu volatilen Kosten für verschiedene Aspekte des Erdgas-
transports („VOLKER“)**

hat die Beschlusskammer 9 der Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation,
Post und Eisenbahnen, Tulpenfeld 4, 53113 Bonn,

durch den Vorsitzenden

Dr. Christian Schütte,

den Beisitzer

Dr. Björn Heuser

den Beisitzer

Roland Naas

gegenüber den Betreibern von Gasversorgungsnetzen i.S.d. § 3 Nr. 7 EnWG im Zuständig-
keitsbereich der Bundesnetzagentur sowie der Länder Berlin, Brandenburg, Bremen und
Schleswig-Holstein

- Gasnetzbetreiber -



am 26.04.2024 beschlossen:

1. Tenorziffer 2 Satz 2 der Beschlüsse BK9-22/606-1, BK9-22/606-2, BK9-22/606-3, BK9-22/606-4 und BK9-22/606-5 vom 08.11.2022 wird dahingehend abgeändert, dass die Tenorziffer 1 d) der genannten Beschlüsse für Kosten aus Schadensereignissen gilt, welche aus Gaseinspeisungen vor Ablauf des 30.09.2026 resultieren.
2. Eine Kostenentscheidung bleibt vorbehalten.

GRÜNDE

I.

- 1 Die Beschlusskammer hat am 08.11.2022 einen Beschluss zu volatilen Kosten für verschiedene Aspekte des Erdgastransports („VOLKER“) erlassen. Gegenstand dieses Beschlusses war u.a. eine Regelung, nach der Kosten aus Schadensersatzansprüchen einschließlich hiermit im Zusammenhang stehende Gerichts- und Rechtsanwaltskosten, welche infolge einer Übernahme von Gas aus dem Ausland ins deutsche Fernleitungsnetz entstehen, welches nicht den Bestimmungen des Arbeitsblatts G 260 des Deutschen Vereins des Gas- und Wasserfaches e.V. (Stand 2021) entspricht, als volatile Kosten gelten, soweit die Übernahme derartigen Gases zur Aufrechterhaltung der Versorgungssicherheit in Deutschland benötigt wird und die Netzbetreiber nach Übernahme des Gases alle angemessenen Maßnahmen zur Schadensminimierung treffen und insbesondere die ihnen zur Verfügung stehenden, relevanten Informationen wie Messwerte und sonstige Daten über die Beschaffenheit des transportierten Gases den Anschlusskunden einschließlich Speicherbetreibern, bei welchen eine Schädigung nicht fernliegend erscheint, zur Verfügung stellen. Diese Regelung sollte für Kosten aus Schadensereignissen gelten, welche aus Gaseinspeisungen vor Ablauf des 31.03.2024 resultieren. Hintergrund war die zum Entscheidungszeitpunkt kritische Versorgungslage im deutschen Marktgebiet, der u.a. durch die Erleichterung von Gaseinspeisungen aus Frankreich begegnet werden sollte.
- 2 Mit Entscheidung vom 07.03.2024 hat die Große Beschlusskammer Energie die Befugnis zur Verlängerung der betreffenden Regelung an die Beschlusskammer 9 übertragen. Die Beschlusskammer 9 hat am 28.03.2024 von Amts wegen ein Verfahren zur Verlängerung eingeleitet, einen Beschlussentwurf im Internet veröffentlicht und die Landesregulierungsbehörden, in deren Gebiet die Netzbetreiber ihren Sitz haben, gemäß § 55 Abs. 1 S. 2 EnWG über die Einleitung des Verfahrens informiert. Den Landesregulierungsbehörden und dem Bundeskartellamt wurde mit Schreiben vom selben Tag gemäß § 58 Abs. 1 S. 2 EnWG Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben. Die Veröffentlichung des Beschlussentwurfs im Amtsblatt der Bundesnetzagentur erfolgte in der Ausgabe 07/2024 am 10.04.2024.
- 3 Im Konsultationsverfahren gingen insgesamt sechs Stellungnahmen von folgenden Unternehmen und Verbänden ein:
BDEW Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft e.V.
EFET Deutschland – Verband Deutscher Energiehändler e.V.
ENGIE Global Energy Management and Sales

GRTgaz SA

Vereinigung der Fernleitungsnetzbetreiber Gas e.V.

Vitol Netherlands Cooperatief U.A.

Die Stellungnahmen äußerten sich durchweg positiv zu dem Konsultationsentwurf, der von ihnen als Voraussetzung für eine Fortsetzung bzw. eine Wiederaufnahme der mit Auslaufen der bisherigen Regelung von den Fernleitungsnetzbetreibern ausgesetzten Vermarktung von Transportkapazitäten von Frankreich nach Deutschland bewertet wurde. Die Möglichkeit solcher Transporte wurde als Beitrag zur Versorgungssicherheit und von einigen Stellungnahmen auch als förderlich für den Gasmarkt begrüßt.

- 4 Der Länderausschuss wurde am 25.04.2024 ordnungsgemäß beteiligt.
- 5 Hinsichtlich der Einzelheiten des Verfahrens wird auf die Verfahrensakte verwiesen.

II.

A. Vollständige Anwendung des nationalen Rechts auch vor dem Hintergrund des Urteils des Europäischen Gerichtshofs vom 02.09.2021, C-718/18

- 6 Mit Inkrafttreten des Gesetzes zur Anpassung des Energiewirtschaftsrechts an unionsrechtliche Vorgaben und zur Änderung weiterer energierechtlicher Vorschriften vom 22.12.2023 (BGBl. I Nr. 405) besteht eine unionsrechtskonforme Kompetenzverteilung zwischen Gesetz- bzw. Ordnungsgeber und der Regulierungsbehörde. Der Beschluss beruht daher auf einer rechtmäßigen Anwendung des nationalen Rechts auch vor dem Hintergrund der Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs vom 02.09.2021, C-718/18.

1. Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs

- 7 Der Europäische Gerichtshof hat in seiner Entscheidung festgestellt, dass die normative Regulierung in Deutschland insgesamt mit der in Art. 37 Richtlinie 2009/72/EG (heute Art. 59 Richtlinie (EU) 2019/944) sowie in Art. 41 Richtlinie 2009/73/EG geregelten ausschließlichen Zuständigkeit der nationalen Regulierungsbehörde unvereinbar ist und die Richtlinien insoweit durch die Bundesrepublik Deutschland nicht bzw. fehlerhaft umgesetzt wurden. Insoweit hat der Europäische Gerichtshof der vierten Rüge stattgegeben, mit der die Kommission

Deutschland vorgeworfen hatte, es habe die in den Richtlinien vorgesehenen ausschließlichen Zuständigkeiten der nationalen Regulierungsbehörde verletzt, indem es im deutschen Recht die Bestimmung der Methoden zur Berechnung oder Festlegung der Bedingungen für den Anschluss an und den Zugang zu den nationalen Netzen, einschließlich der anwendbaren Tarife, der Bundesregierung und nicht der nationalen Regulierungsbehörde zugewiesen habe.

2. Gesetzesreform und Übergangsregelung

- 8 Mit Inkrafttreten der EnWG-Novelle am 29.12.2023 hat der Gesetzgeber das Urteil des EuGH vom 2. September 2021 nunmehr auch hinsichtlich dieses vierten Klagegrundes umgesetzt und insbesondere die Zuständigkeiten bei der Ausgestaltung der Netzzugangs- und Netzentgeltregulierung an die unionsrechtlichen Vorgaben angepasst. Damit hat die Regulierungsbehörde mit Zuweisung der ausschließlichen Kompetenz für die Bestimmung der Methoden zur Berechnung oder Festlegung der Bedingungen für den Anschluss an und den Zugang zu den nationalen Netzen die nach den unionsrechtlichen Bestimmungen erforderliche Unabhängigkeit erlangt.
- 9 Die Verordnungsermächtigung des § 24 EnWG a.F. wurde aufgehoben, ebenso wie § 21a EnWG a.F. Beide Regelungen wurden durch Festlegungskompetenzen der Regulierungsbehörde ersetzt. Dabei wurden die bisher in den betroffenen Rechtsverordnungen enthaltenen Festlegungskompetenzen in das EnWG überführt und ergänzt.
- 10 Die nach § 21a und § 24 EnWG a.F. erlassenen Rechtsverordnungen treten nach Ablauf einer Übergangszeit außer Kraft, vgl. Art. 15 Abs. 2 bis 6 des Gesetzes zur Anpassung des Energiewirtschaftsrechts an unionsrechtliche Vorgaben. Der Zeitpunkt des Außerkrafttretens entspricht dem Ablauf der vierten Regulierungsperiode im Gassektor (31.12.2027) und Stromsektor (31.12.2028).
- 11 In der Übergangszeit wurde der Regulierungsbehörde u.a. gemäß § 21 Abs. 3 S. 5 und § 21a Abs. 3 S. 4 EnWG n.F. einerseits eine Abweichungskompetenz übertragen. Andererseits ermöglicht die Übergangszeit, ein über fast 20 Jahre schrittweise entstandenes normatives Regulierungsrecht, inklusive der dazugehörigen Anwendungs- und Auslegungspraxis, jedenfalls für die Zeit bis zum Außerkrafttreten der Ordnungsregelungen zum Ablauf der vierten Regulierungsperiode fortzuführen. Laut Gesetzgeber sollen hierdurch die für ausreichende Rechts-, Planungs- und Investitionssicherheit wichtige materielle Stabilität des Regulierungsrahmens gewährleistet und bruchartige Entwicklungen in der Rechtsanwendung vermieden werden (vgl. BT-Drs. 20/7310, S. 52).

3. Interessenabwägung

- 12 Nach Art. 15 des Gesetzes zur Anpassung des Energiewirtschaftsrechts an unionsrechtliche Vorgaben bleiben die auf Basis der bisher in § 21a und § 24 EnWG a.F. erlassenen Verordnungen für eine Übergangszeit weiterhin in Kraft. An diesem Regelwerk zur Entgeltregulierung hält die Bundesnetzagentur zur Aufrechterhaltung eines transparenten, vorhersehbaren und verlässlichen Regulierungsrahmens grundsätzlich fest. Sie sieht vorliegend insbesondere von einer Anwendung der Abweichungskompetenz nach § 21 Abs. 3 S. 5 und § 21a Abs. 3 S. 4 EnWG ab. Einen materiellen Widerspruch zu maßgeblichen Vorgaben des Europäischen Rechts hat der EuGH in seiner Entscheidung vom 02.09.2021 nicht festgestellt und erkennt auch die Beschlusskammer nicht.
- 13 Ein Kernstück des national etablierten Regulierungssystems sind die fünfjährigen Regulierungsperioden im Anreizregulierungs- und Netzentgeltbereich. Für die Dauer einer bereits laufenden Regulierungsperiode ist es essentiell, dass der Rechtsrahmen für die gesamte Periode möglichst stabil bleibt. Rechtsänderungen während einer laufenden Regulierungsperiode sind mit Diskontinuität und Rechtsunsicherheit verbunden, die gerade durch Übergangsregelungen zur Weitergeltung der materiell europarechtskonformen Vorgaben vermieden werden können. Darüber hinaus erschwert eine unklare Rechtslage im Übergangszeitraum die notwendigen Investitionen in die Energieversorgungsnetze und führt zu Unsicherheiten nicht nur für die regulierten Unternehmen, sondern auch für die sonstigen Marktteilnehmer.
- 14 Des Weiteren verlangen die Richtlinien, dass zumindest die Methoden zur Berechnung oder Festlegung der Bedingungen u.a. für den Netzanschluss und den Netzzugang „mit ausreichendem Vorlauf vor deren Inkrafttreten“ festgelegt oder genehmigt werden, vgl. Art. 41 Abs. 6 der Richtlinie 2009/73/EG und Art. 59 Abs. 7 der Richtlinie (EU) 2019/944. Auch würden substantielle Abweichungen vom etablierten Regulierungsrahmen zu starken Verzögerungen der laufenden, an die Erlösobergrenze anknüpfenden und weiterer nach den Rechtsverordnungen vorgesehenen Verfahren führen. Die Festsetzung neuer Regelungen durch die Regulierungsbehörde in einem transparenten und möglichst umfassenden Konsultationsprozess dürfte einige Zeit in Anspruch nehmen. Laufende Verfahren bspw. zur Festlegung der Erlösobergrenze für die vierte Regulierungsperiode könnten sich um Jahre verzögern. Diese Gesichtspunkte wären mit den Richtlinienvorgaben, den Zielsetzungen des Energiebinnenmarkts und mit rechtsstaatlichen Grundsätzen schwerlich vereinbar.

B. Rechtmäßigkeit der Entscheidung unter Anwendung des nationalen Rechts

1. Adressatenkreis

- 15 Die Festlegung richtet sich an alle Betreiber von Gasversorgungsnetzen i.S.d. § 3 Nr. 7 EnWG in der Zuständigkeit der Bundesnetzagentur sowie der Landesregulierungsbehörden der Länder Berlin, Brandenburg, Bremen und Schleswig-Holstein, die gemäß § 1 ARegV der Geltung der Anreizregulierung unterliegen.

2. Zuständigkeit

- 16 Hinsichtlich der Festlegung unter dem Aktenzeichen BK9-22/606-1 handelt die Bundesnetzagentur in eigener Zuständigkeit, soweit Energieversorgungsunternehmen betroffen sind, an deren Gasversorgungsnetz mindestens 100.000 Kunden unmittelbar oder mittelbar angeschlossen sind oder deren Gasversorgungsnetz über das Gebiet eines Landes hinausreicht.
- 17 Hinsichtlich der Festlegung unter dem Aktenzeichen BK9-22/606-2 handelt die Bundesnetzagentur in Wahrnehmung ihrer Aufgaben für das Land Berlin gemäß dem „Verwaltungsabkommen über die Wahrnehmung bestimmter Aufgaben nach dem Energiewirtschaftsgesetz“ zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Land Berlin vom 25.10./17.12.2005 (Bekanntmachung ABl. Berlin Nr. 12 vom 17.03.2006, in Kraft seit dem 18.03.2006) i.V.m. dem Gesetz zur Ausführung des Energiewirtschaftsgesetzes vom 06.03.2006 (Gesetz- und Verordnungsblatt für Berlin Nr. 10 vom 18.03.2006).
- 18 Hinsichtlich der Festlegung unter dem Aktenzeichen BK9-22/606-3 handelt die Bundesnetzagentur in Wahrnehmung ihrer Aufgaben für das Land Brandenburg gemäß dem „Verwaltungsabkommen über die Wahrnehmung bestimmter Aufgaben nach dem Energiewirtschaftsgesetz“ zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Land Brandenburg vom 27.11./09.12.2013 (Bekanntmachung ABl. Brandenburg Nr. 16/25 vom 17.03.2014, in Kraft seit dem 18.03.2014) i.V.m. dem Gesetz zum Verwaltungsabkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Land Brandenburg über die Wahrnehmung bestimmter Aufgaben nach dem Energiewirtschaftsgesetz vom 14.03.2014 (Gesetz- und Verordnungsblatt für das Land Brandenburg Nr. 16/25 vom 17.03.2014).
- 19 Hinsichtlich der Festlegung unter dem Aktenzeichen BK9-22/606-4 handelt die Bundesnetzagentur in Wahrnehmung ihrer Aufgaben für das Land Bremen gemäß dem „Verwaltungsabkommen über die Wahrnehmung bestimmter Aufgaben nach dem Energiewirtschaftsgesetz“ zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Freien Hansestadt Bremen vom

- 18.03./03.04.2014 i.V.m. dem Gesetz zu dem Verwaltungsabkommen über die Wahrnehmung bestimmter Aufgaben nach dem Energiewirtschaftsgesetz vom 22.07.2014 (Bekanntmachung: GBl. der Freien Hansestadt Bremen Nr. 78/2014, S. 343 ff. vom 28.07.2014; Gesetz und Verwaltungsabkommen sind seit dem 29.07.2014 in Kraft).
- 20 Hinsichtlich der Festlegung unter dem Aktenzeichen BK9-22/606-5 handelt die Bundesnetzagentur in Wahrnehmung ihrer Aufgaben für das Land Schleswig-Holstein gemäß dem „Verwaltungsabkommen über die Wahrnehmung bestimmter Aufgaben nach dem Energiewirtschaftsgesetz“ zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Land Schleswig-Holstein vom 11.08.2015/07.09.2015 (Bekanntmachung als Anlage zum Gesetz zum Verwaltungsabkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Land Schleswig-Holstein über die Wahrnehmung bestimmter Aufgaben nach dem Energiewirtschaftsgesetz durch die Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen: Gesetz- und Verordnungsblatt für Schleswig-Holstein Nr. 14/2015 vom 29.10.2015, S. 342 f.; in Kraft seit dem 30.10.2015).
- 21 Die Zuständigkeit der Beschlusskammern ergibt sich aus § 59 Abs. 1 S. 1 EnWG. Nach § 59 Abs. 3 S. 3 EnWG werden bundesweit einheitliche Festlegungen zu den Bedingungen und Methoden für den Netzzugang und zu den Bedingungen und Methoden zur Ermittlung der dafür erhobenen Entgelte nach den §§ 20 bis 23a, 24 bis 24b sowie 28o Absatz 3 EnWG von der Großen Beschlusskammer getroffen. Die Große Beschlusskammer Energie hat die Festlegung gemäß § 59 Abs. 3 S. 4 EnWG an die Beschlusskammer 9 übertragen.

3. Materielle Rechtmäßigkeit

3.1. Ermächtigungsgrundlage

- 22 Die Entscheidung ergeht auf Grundlage des § 29 Abs. 1 EnWG i.V.m. § 32 Abs.1 Nr. 4a ARegV. Danach kann die Bundesnetzagentur zu volatilen Kostenanteilen gemäß § 11 Abs. 5 ARegV Anordnungen treffen. Die Bundesnetzagentur kann darüber hinaus Vorgaben zu Verfahren machen, die gewährleisten, dass volatile Kostenanteile nur in effizientem Umfang in der Erlösobergrenze berücksichtigt werden. Die Anordnung kann sich an einen Netzbetreiber oder eine Gruppe von Netzbetreibern richten.

3.2. Inhalt der Regelung

- 23 Mit diesem Beschluss wird die bisherige Begrenzung der Einstufung von Schadensersatzkosten aus der Einleitung nicht regelkonformen Gases in das deutsche Fernleitungsnetz als

volatile Kostenanteile bis zum Ablauf des Gaswirtschaftsjahres 2025/2026 verlängert. Hintergrund ist, dass es nach Auffassung der Beschlusskammer hinreichend plausibel erscheint, dass hierunter fallende Gasmengen aus Frankreich noch bis zu diesem Zeitpunkt zur Absicherung der nationalen Versorgungssicherheit benötigt werden könnten. Nach den der Kammer vorgetragenen Analysen der Fernleitungsnetzbetreiber zeigt die erwartete Leistungsbilanz in der Netzentwicklungsplanung bis zur erwarteten Inbetriebnahme aller geplanten LNG-Anlagen noch eine Versorgungslücke bis zum Beginn des Gaswirtschaftsjahres 2026/2027. Die Gaseinspeisungen aus Frankreich können demnach weiterhin einen Beitrag zum Ausgleich dieser Lücke leisten. Bemühungen um eine Anpassung der einschlägigen Grenzwerte in Deutschland mit dem Ziel, diese kompatibel mit den französischen Spezifikationen zu machen, finden auf Ebene der zuständigen Akteure bereits statt, werden sich aber voraussichtlich noch für eine längere Zeit hinziehen und danach noch der praktischen Umsetzung bedürfen.

- 24 Die Beschlusskammer hat sich vor diesem Hintergrund im Rahmen ihres Ermessens dazu entschieden, die als Ausnahmeregime angelegte Regelung bis zum Ende des Gaswirtschaftsjahres 2025/2026 zu erstrecken. Auch wenn die Notwendigkeit französischer Importe mit den heute zur Verfügung stehenden Erkenntnismitteln nicht sicher eruiert werden kann, erachtet sie die Versorgungssicherheit als so gewichtiges Gut, dass sie die entsprechenden Risiken so gering wie möglich zu halten beabsichtigt. Die Netzbetreiber sind weiterhin gehalten, alle ihnen zur Verfügung stehenden Mittel zu nutzen, um die tatsächliche Entstehung von Schäden bei Anschlusskunden zu unterbinden.

4. Kosten (§ 91 EnWG)

- 25 Hinsichtlich der Kosten ergeht ein gesonderter Bescheid nach § 91 EnWG.

5. Öffentliche Bekanntmachung (§ 73 Abs. 1a S. 1 EnWG)

- 26 Da die Festlegung gegenüber allen Netzbetreibern im Zuständigkeitsbereich der Bundesnetzagentur sowie der Länder Berlin, Brandenburg, Bremen und Schleswig-Holstein erfolgt, die gemäß § 1 ARegV der Geltung der Anreizregulierung unterworfen sind, nimmt die Beschlusskammer, in Ausübung des ihr nach § 73 Abs. 1a S. 1 EnWG zustehenden Ermessens, anstelle der individuellen Zustellung eine öffentliche Bekanntmachung der Festlegung vor. Die öffentliche Bekanntmachung wird dadurch bewirkt, dass der verfügende Teil der Festlegung, die Rechtsbehelfsbelehrung und ein Hinweis auf die Veröffentlichung der vollständigen Entscheidung auf der Internetseite der Bundesnetzagentur und im Amtsblatt der



Bundesnetzagentur bekannt gemacht werden (§ 73 Abs. 1a S. 2 EnWG). Die Festlegung gilt gemäß § 73 Abs. 1a S. 3 EnWG mit dem Tage als zugestellt, an dem seit dem Tag der Bekanntmachung im Amtsblatt der Bundesnetzagentur zwei Wochen verstrichen sind.

RECHTSBEHELFSBELEHRUNG

Gegen diesen Beschluss kann innerhalb eines Monats nach Zustellung Beschwerde erhoben werden. Die Beschwerde ist bei der Bundesnetzagentur (Hausanschrift: Tulpenfeld 4, 53113 Bonn) einzureichen. Es genügt, wenn die Beschwerde innerhalb der Frist hinsichtlich des Verfahrens unter dem Aktenzeichen BK9-22/606-1 (Zuständigkeit Bund) bei dem Oberlandesgericht Düsseldorf (Hausanschrift: Cecilienallee 3, 40474 Düsseldorf), hinsichtlich des Verfahrens unter dem Aktenzeichen BK9-22/606-2 (Organleihe Berlin) bei dem Kammergericht Berlin (Hausanschrift: Eißholzstr. 30-33, 10781 Berlin), hinsichtlich des Verfahrens unter dem Aktenzeichen BK9-22/606-3 (Organleihe Brandenburg) bei dem Brandenburgischen Oberlandesgericht (Hausanschrift: Gertrud-Piter-Platz 11, 14770 Brandenburg an der Havel), hinsichtlich des Verfahrens unter dem Aktenzeichen BK9-22/606-4 (Organleihe Bremen) bei dem Hanseatischen Oberlandesgericht in Bremen (Hausanschrift: Am Wall 198, 28195 Bremen) und hinsichtlich des Verfahrens unter dem Aktenzeichen BK9-22/606-5 (Organleihe Schleswig-Holstein) bei dem Schleswig-Holsteinischen Oberlandesgericht (Hausanschrift: Gottorfstraße 2, 24837 Schleswig) eingeht.

Die Beschwerde ist zu begründen. Die Frist für die Beschwerdebegründung beträgt einen Monat. Sie beginnt mit der Einlegung der Beschwerde und kann auf Antrag von dem oder der Vorsitzenden des Beschwerdegerichts verlängert werden. Die Beschwerdebegründung muss die Erklärung, inwieweit der Beschluss angefochten und seine Abänderung oder Aufhebung beantragt wird, und die Angabe der Tatsachen und Beweismittel, auf die sich die Beschwerde stützt, enthalten. Die Beschwerdeschrift und Beschwerdebegründung müssen durch einen Rechtsanwalt unterzeichnet sein.

Die Beschwerde hat keine aufschiebende Wirkung (§ 76 Abs. 1 EnWG).

Bonn, den 26.04.2024

Vorsitzender

Beisitzer

Beisitzer

Dr. Christian Schütte

Dr. Björn Heuser

Roland Naas

Mitteilung Nr. 195/2024

Einleitung eines Verfahrens zur zweiten Konsultation der Festlegung zur regulatorischen Behandlung der beim Anschlussnetzbetreiber entstehenden Kosten aus § 3 Abs. 1 i. V. m. § 7 MsbG (BK8-23/007-A) auf Grundlage von § 118 Abs. 46e EnWG i. V. m. § 29 Abs. 1 EnWG**§ 118 Abs. 46e i. V. m. § 29 Abs. 1 EnWG; Einleitung eines Verfahrens zur zweiten Konsultation der Festlegung zur regulatorischen Behandlung der beim Anschlussnetzbetreiber entstehenden Kosten aus § 3 Abs. 1 i. V. m. § 7 MsbG (BK8-23/007-A)**

Der Gesetzgeber hat mit der Verabschiedung des Gesetzes zum Neustart der Digitalisierung der Energiewende eine neue Kostentragungsregel geschaffen (§ 3 Abs. 1 Satz 3 bis 6 i. V. m. § 7 MsbG i. d. F. 27.05.2023), nach der die Netzbetreiber an den Entgelten des grundzuständigen oder wettbewerblichen Messstellenbetreibers für die Ausstattung von Zählpunkten mit intelligenten Messsystemen maximal in Höhe der jeweils gültigen Preisobergrenze nach § 30 MsbG beteiligt werden und diese in den Entgelten für den Netzzugang berücksichtigen dürfen.

Am 11.10.2023 hat Beschlusskammer 8 ein Festlegungsverfahren zur Anerkennung der den Betreibern von Elektrizitätsversorgungsnetzen entstehenden Kosten auf Grundlage von § 118 Abs. 46e i. V. m. § 29 Abs. 1 EnWG unter dem Aktenzeichen BK8-23/007-A eingeleitet. Sie hat dabei auch geprüft, ob die Möglichkeiten den Kostenabgleich gemäß § 5 Abs. 1 Satz 3 ARegV, der eine Absenkung der Netzkosten durch den Austausch konventioneller Messtechnik im Zuge des Rollouts moderner Messeinrichtungen im Regulierungskonto vorsieht, zu berücksichtigen sind.

Am 14.12.2023 hat die Beschlusskammer 8 ein Eckpunktepapier hierzu mit der Gelegenheit zur Stellungnahme bis zum 31.01.2024 zur Konsultation gestellt. Das Eckpunktepapier sowie die eingereichten Stellungnahmen können über die Homepage der Bundesnetzagentur unter (<https://www.bundesnetzagentur.de>), unter den Menüpunkten „Beschlusskammern → Beschlusskammer 8 → Aktuelles“ oder unter „Beschlusskammern → Beschlusskammer 8 → Messstellenbetrieb“ abgerufen werden.

Nach Auswertung der eingegangenen Stellungnahmen zum Eckpunktepapier stellt die Beschlusskammer den Festlegungsentwurf bis zum 24.05.2024 zur Konsultation.

Der Festlegungsentwurf sowie das Excel-Formular zur Abgabe von Stellungnahmen können über die Homepage der Bundesnetzagentur (<https://www.bundesnetzagentur.de>), unter den Menüpunkten „Beschlusskammern → Beschlusskammer 8 → Aktuelles“ oder unter „Beschlusskammern → Beschlusskammer 8 → Messstellenbetrieb“ abgerufen werden.

Stellungnahmen zum Festlegungsentwurf der Beschlusskammer 8 der Bundesnetzagentur anlässlich der Konsultation können bis zum

Mittwoch, 24.05.2024 (Eingang hier)

über das Postfach der Beschlusskammer 8

(Poststelle.BK8@BNetzA.de)

eingereicht werden. Bis zum 24.05.2024 eingereichte Stellungnahmen werden auf der Website der Beschlusskammer 8 und der Bundesnetzagentur veröffentlicht, sofern der Veröffentlichung bei Einreichung der Stellungnahme nicht ausdrücklich widersprochen wird. Darüber hinaus kann auch eine für die Veröffentlichung vorgesehene Variante einer Stellungnahme eingereicht werden. Bitte verwenden Sie das auf der Website zur Verfügung gestellte Excel Template zur Stellungnahme unter Verwendung der im Dokument angegebenen Randziffern. Ergänzend können auch Dokumente im PDF Format eingereicht werden. Soweit in den übermittelten Dokumenten personenbezogene Daten (z. B. Namen, Unterschriften, Telefonnum-

mern, E-Mail-Adressen mit Namen als Bestandteilen) enthalten sind, wird ausdrücklich darauf hingewiesen, dass es der einsendenden Stelle obliegt, entweder eine Einwilligung des Betroffenen in die Veröffentlichung seiner personenbezogenen Daten einzuholen oder zusätzlich eine für die Veröffentlichung bestimmte Fassung zu übersenden, in der die personenbezogenen Daten geschwärzt sind. Entsprechendes gilt, soweit in den übermittelten Stellungnahmen Betriebs- oder Geschäftsgeheimnisse enthalten sind.

Im Anschluss an die oben genannte Frist werden alle eingegangenen Stellungnahmen geprüft und soweit möglich, in die Ausgestaltung der Festlegung mit einbezogen.

Die nachfolgenden Überlegungen, werden zur Konsultation gestellt.



Bundesnetzagentur

Beschlusskammer 8

Aktenzeichen: BK8-23/007-A

Beschluss

In dem Verwaltungsverfahren nach § 118 Abs. 46e EnWG i. V. m. § 29 Abs. 1 EnWG; § 3 Abs. 1 i. V. m. § 7 MsbG

wegen **Festlegung zur regulatorischen Behandlung der beim Anschluss-netzbetreiber nach MsbG entstehenden Kosten**

hat die Beschlusskammer 8 der Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen, Tulpenfeld 4, 53113 Bonn,

durch den Vorsitzenden	Karsten Bourwieg,
die Beisitzerin	Dr. Ursula Heimann
und den Beisitzer	Wolfgang Wetzl

am XX.XX.2024 beschlossen:

1. Kosten, die dem Anschlussnetzbetreiber gem. § 3 Absatz 1 Satz 3 bis 6 i. V. m. § 7 MsbG bzw. § 36 MsbG nach § 30 MsbG entstehen, werden in der tatsächlichen Höhe als dauerhaft nicht beeinflussbar angesehen.
2. Eine Anpassung der Erlösobergrenze gem. der in Tenorziffer zu 1 erfassten Kosten erfolgt jeweils zum 1. Januar eines Kalenderjahres. Abzustellen ist dabei auf das Kalenderjahr, auf das die Erlösobergrenze Anwendung finden soll (Plankostenansatz) nach Maßgabe des Satz 3 bis 5. Der Plankostenansatz ergibt sich als Produkt aus Planmenge und Beteiligung des Anschlussnetzbetreibers am Entgelt für die Ausstattung von Zählpunkten mit intelligenten Messsystemen. Das Entgelt je abrechnungsfähigen Zählpunkt entspricht maximal dem auf den Anschlussnetzbetreiber entfallenden Teil der jeweils gesetzlich gültigen Preisobergrenze. Die Planmenge entspricht maximal dem Endbestand an mit intelligenten Messsystemen ausgestatteten abrechnungsfähigen Zählpunkten aus dem der Anpassung der Erlösobergrenze um zwei Jahre vorausgehenden Jahr (t-2) zuzüglich des Dreifachen des Zuwachses eben solcher im ersten Halbjahr des der Anpassung der Erlösobergrenze vorausgehenden Jahres (t-1).
3. Etwaige Abweichungen zwischen dem Plankostenansatz und tatsächlich entstandenen Kosten werden über das Regulierungskonto des jeweiligen Jahres ausgeglichen.
4. Die Tenorziffern zu 1, 2 und 3 gelten auch für Anschlussnetzbetreiber, die nach § 24 ARegV am vereinfachten Verfahren teilnehmen.
5. Die Regelungen dieser Festlegung sind rückwirkend ab dem 01.01.2024 anzuwenden.

Gründe

I. Sachverhalt

- 1 Die Beschlusskammer trifft mit der vorliegenden Festlegung Regelungen zur Anerkennung der nach § 3 Abs. 1 i. V. m. § 7 MsbG bzw. § 36 MsbG nach § 30 Abs. 1 bis Abs. 3 MsbG beim Anschlussnetzbetreiber entstehenden Kosten.
- 2 Die Festlegung richtet sich an Betreiber von Elektrizitätsversorgungsnetzen i. S. d. § 3 Nr. 2 EnWG im gesamten Bundesgebiet.

1. Hintergrund der Festlegung

- 3 Mit dem Gesetz zum Neustart der Digitalisierung der Energiewende (nachfolgend: GNDEW) zum 27.05.2023 wurde das MsbG novelliert. Gemäß der §§ 29 bis 31 i. V. m. 45 MsbG in ihrer zum Zeitpunkt des Erlasses der Festlegung gültigen Fassung wurden seitens des Gesetzgebers neue verbindliche Vorgaben zur Ausstattung von Zählpunkten mit intelligenten Messsysteme (nachfolgend: Rollout) normiert. Demnach müssen grundzuständige Messstellenbetreiber (nachfolgend: gMSB) insbesondere in zeitlicher Hinsicht den Ausstattungsverpflichtungen für intelligente Messsysteme (nachfolgend: iMSys) nachkommen.
- 4 Die Unabhängigkeit des grundzuständigen Messstellenbetriebs für moderne Messseinrichtungen und intelligente Messsysteme ist weiterhin nach § 3 Abs. 4 S. 2 MsbG von anderen Tätigkeitsbereichen der Energieversorgung über buchhalterische Entflechtung sicherzustellen.
- 5 Neben dem gMSB kann die Ausstattung von Zählpunkten mit iMSys gemäß § 36 MsbG auch durch einen Dritten erfolgen, der die Aufgaben des Messstellenbetriebs durch Vertrag nach § 9 MsbG wahrnimmt (§ 2 S. 1 Nr. 12 MsbG; nachfolgend: wettbewerblicher Messstellenbetreiber – wMSB).
- 6 Weiterhin hat der Gesetzgeber mit dem GNDEW die Verteilung der Messentgelte neu geregelt (§ 3 Absatz 1 Satz 3 bis 6 § 7 MsbG i. V. m. § 30 MsbG). Der jeweilige Anschlussnetzbetreiber wird ab dem 01.01.2024 an den jährlichen Entgelten für die Ausstattung eines Zählpunktes mit einem iMSys maximal in Höhe eines gesetzlich

festgelegten Anteils an der gesamten Preisobergrenze (nachfolgend: POG) beteiligt. Die Kosten entstehen für den Anschlussnetzbetreiber jährlich je mit iMSys ausgestattetem Zählpunkt unter Beachtung des § 30 Abs. 5 MsbG. Werden beim Anschlussnutzer mehrere Zählpunkte eines Netzanschlusses mit iMSys ausgestattet, so darf nach § 30 Abs. 5 MsbG der gMSB dem Anschlussnetzbetreiber maximal den höchsten einschlägig fallbezogenen Anteil an der POG in Rechnung stellen. Im Falle eines unterjährigen Einbaus ist vom Anschlussnetzbetreiber in diesem Jahr ein anteiliges Entgelt zu entrichten.

- 7 Bis zu dieser Neuregelung hatte der Anschlussnutzer das gesamte Entgelt für die Ausstattung eines Zählpunktes mit einem iMSys an den Messstellenbetreiber zu entrichten. Das zu entrichtende Entgelt ist nach § 30 MsbG durch eine Preisobergrenze nach oben limitiert. Es ist denkbar und im Interesse der Kostenminimierung wünschenswert, dass durch technische Entwicklungen und Wettbewerb die Preisobergrenzen gem. § 30 MsbG durch einen Messstellenbetreiber unterschritten werden. In diesem Fall wäre ggf. auch ein geringeres Entgelt durch den Anschlussnetzbetreiber zu entrichten. Eine Vorgabe, wie sich ein Entgelt für die Ausstattung von Zählpunkten mit iMSys unterhalb der Preisobergrenze auf den Anschlussnutzer und den Anschlussnetzbetreiber verteilt, sieht das MsbG nicht vor.
- 8 Neben der vorgenannten Beteiligung an den Entgelten für die Ausstattung von Zählpunkten mit iMSys trägt der Anschlussnetzbetreiber auch die eigenen Kosten für den konventionellen Messstellenbetrieb. Letztere sinken mit zunehmenden Austausch von konventionellen Messeinrichtungen durch moderne Messeinrichtungen (nachfolgend: mME) bzw. iMSys ab.
- 9 Bis zum Erlass dieser Festlegung ist die regulatorische Behandlung der Kosten für die Beteiligung der Anschlussnetzbetreiber an den Entgelten für die Ausstattung von Zählpunkten mit iMSys nicht explizit geregelt.

2. Verfahrenseinleitung und Konsultation

- 10 Am 11.10.2023 hat die Beschlusskammer ein Festlegungsverfahren eröffnet und hierüber auf der Website der Bundesnetzagentur informiert. Die Verfahrenseröff-

nung wurde im Amtsblatt Nr. 21/2023 vom 08.11.2023 bekannt gemacht. Die Landesregulierungsbehörden wurden am 07.12.2023 erneut über die Einleitung des Verfahrens informiert.

- 11 Am 13.12.2023 hat die Beschlusskammer ein Eckpunktepapier zur Konsultation gestellt. Die Konsultation wurde im Amtsblatt Nr. 24/2023 vom 20.12.2023 bekannt gemacht.
- 12 In diesem Eckpunktepapier hat die Beschlusskammer Ausgestaltungsmöglichkeiten zur regulatorischen Behandlung der Kosten, die den Anschlussnetzbetreibern aus der Beteiligung an der POG nach § 30 MsbG entstehen, zur Konsultation gestellt.
- 13 Darüber hinaus hat die Beschlusskammer einen Vorschlag zum Umgang mit Kosten des konventionellen Messstellenbetriebs zur Konsultation gestellt. Den Vorschlag erachtete die Beschlusskammer als notwendig, da mit dem Rollout der mME und iMSys gleichzeitig auch ein Rückgang der Kosten für den konventionellen Messstellenbetrieb einhergeht. Die Kosten des konventionellen Messstellenbetriebs sind dem Netzbetreiber zugeordnet. Nach § 5 Abs. 1 S. 3 ARegV erfolgt über das Regulierungskonto ein Ausgleich der in der Erlösobergrenze (nachfolgend: EOG) enthaltenen und im Kalenderjahr tatsächlich entstandenen Kosten für konventionellen Messstellenbetrieb. Dabei erfolgt insbesondere ein Abzug der Kosten für konventionelle Messeinrichtungen, die durch moderne Messeinrichtungen und intelligente Messsysteme ersetzt werden. Ziel dieses Vorschlags war die Vereinheitlichung des Kostenrückgangs beim Netzbetreiber und die daraus folgende sachgerechte Abbildung im Regulierungskonto.

a) Plankosten im Rahmen der Anpassung der Erlösobergrenze

- 14 Es wurde zunächst der Vorschlag zur Konsultation gestellt, dass im Rahmen der Anpassung der EOG (erstmalig mit der Anpassung der EOG 2025 zum 31.12.2024) alle Betreiber von Elektrizitätsversorgungsnetzen nach § 3 Nr. 2 EnWG unter einer neuen Position der dauerhaft nicht beeinflussbaren Kostenanteile Plankosten (t-0) für die Beteiligung an der POG von iMSys nach den §§ 30 Abs. 1 bis 3 MsbG ansetzen können.
- 15 Für den Ansatz als Plankosten wurden weitere Vorgaben zur Konsultation gestellt. Die Plankosten sollen sich aus den Planmengen für iMSys für das jeweilige Jahr,

dessen EOG angepasst werden soll (z. B. 2025), multipliziert mit der anteiligen POG ergeben.

- 16 Die Planmenge soll sich als Summe, des Endbestands an iMSys aus dem der Anpassung der EOG um zwei Jahre vorausgehenden Jahr (t-2) und dem Dreifachen des Zuwachses an iMSys im ersten Halbjahr des der Anpassung der EOG vorausgehenden Jahres (t-1), ergeben. Die dreifache Berücksichtigung des Zuwachses an iMSys im ersten Halbjahr dient dazu, den voranschreitenden Rollout mit den aktuellsten Ist-Mengen zu prognostizieren. Damit werden der erwartete Zuwachs des der Anpassung der EOG vorausgehenden Jahres (t-1) sowie des Jahres berücksichtigt auf das sich die Anpassung der EOG selbst bezieht.
- 17 Dabei soll jedes intelligente Messsystem bei der Anpassung der EOG in Höhe der tatsächlich vom Anschlussnetzbetreiber zu tragenden Kosten berücksichtigt werden, höchstens jedoch in Höhe der maximalen Beteiligung an der POG mit der bei Erlass der Festlegung geltenden Höhe von 80 €.
- 18 Es wurde zur Konsultation gestellt, dass bei der Anpassung der EOG des Jahres 2024 die Beteiligung der Anschlussnetzbetreiber an der POG von iMSys keine Berücksichtigung finden soll, da die Festlegung erst im Jahr 2024 in Kraft tritt. Dies hat zur Folge, dass im Rahmen der Anpassung der EOG 2024 ein Plankostenansatz von 0 € für das Jahr 2024 zur Anwendung käme.

b) Ist-Abgleich im Regulierungskonto

- 19 Der Ist-Abgleich der angegebenen Plankosten soll anschließend im Rahmen des Regulierungskontos durchgeführt werden. Dabei soll erstmalig für das Regulierungskonto des Jahres 2024 (mit Antrag zum 31.12.2025) ein Abgleich zwischen der in der EOG enthaltenen Plankosten und den tatsächlich angefallenen Ist-Kosten für die Beteiligung an der POG von iMSys erfolgen.
- 20 Bei der Darstellung der Ist-Kosten hat der Anschlussnetzbetreiber zwischen dem Pflichtrollout nach § 30 Abs. 1 und 2 MsbG und dem optionalen Rollout nach § 30 Abs. 3 MsbG zu unterscheiden. Der Anschlussnetzbetreiber hat darüber hinaus auch die Anzahl der Messstellen anzugeben, bei denen das Entgelt unterhalb der

POG lag. Die sich ergebende Differenz zwischen Plan- und Ist-Kosten für die Beteiligung an der POG von iMSys des jeweiligen Jahres wird auf das Regulierungskonto gebucht und annuitätisch über drei Jahre ausgekehrt.

- 21 Für das Jahr 2024 wurde eine Übergangsregelung zur Nachholung dieses Jahres konsultiert. Dies ist aus Sicht der Beschlusskammer geboten, da die gegenständliche Festlegung erst im Laufe des Jahres 2024 in Kraft tritt, die Regelungen des GNDEW aber bereits ab dem 01.01.2024 zur Anwendung kommen. Die Beteiligung der Anschlussnetzbetreiber an der POG von iMSys aus dem Jahr 2024 werden auf dem Regulierungskonto 2024 nachgefahren. Die Ist-Kosten aus der Beteiligung des Anschlussnetzbetreibers an der POG von iMSys aus dem Jahr 2024 werden in voller Höhe auf dem Regulierungskonto 2024 verbucht und über die Jahre 2027 bis 2029 ausgekehrt.

c) Vereinheitlichung des Abbaus der Kosten aus dem konventionellen Messstellenbetrieb über das Regulierungskonto

- 22 Die Beschlusskammer hat darüber hinaus zur Konsultation gestellt, den Kostenrückgang für konventionelle Messeinrichtungen durch den Einbau von mME und iMSys nach § 5 Abs. 1 S. 3 ARegV ab dem Regulierungskonto des Jahres 2024 auf ein Modell mit vorgegebenem Abbaupfad bis zum Ende des Rollouts von mME im Jahr 2032 umzustellen. Damit könnte die Frage nach verbleibenden Restwerten zum Ende des Rolloutpfades im Jahr 2032 aufgelöst werden. Aufgrund der sich aus der Konsultation ergebenden rechtlichen und praktischen Fragen nimmt die Beschlusskammer einstweilen Abstand von einem solchen Modell. Der Rollout und auch der Abbaupfad zwischen 2024 und 2032 sind mit so vielen Unwägbarkeiten versehen, dass eine Kostenseparierung losgelöst von der tatsächlichen Entwicklung derzeit nicht umsetzbar erscheint.
- 23 Bis zum 31.01.2024 wurde die Gelegenheit zur Stellungnahme zum Eckpunktepapier gegeben. Hiervon haben Gebrauch gemacht:

Bad Honnef AG
BDEW Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft e. V.
Bielefelder Netz GmbH
Energie- und Wasserversorgung Bruchsal GmbH
Energieversorgung Halle Netz GmbH
Energieversorgung Inselsberg GmbH



Energieversorgung Limburg GmbH
Enoda Ltd.
ENWG Energienetze Weimar GmbH & Co. KG
GGEW AG
Harz Energie Netz GmbH
inetz GmbH
KEW Kommunale Energie- und Wasserversorgung AG
Kreiswerke Main-Kinzig GmbH
LeineNetz GmbH
Mainfranken Netze GmbH
Mainnetz GmbH
Mainzer Netze GmbH
N-ERGIE Netz GmbH
NETCUR GmbH
Netz Leipzig GmbH
Netze BW GmbH
Netzgesellschaft Frankfurt (Oder)
Netzgesellschaft Potsdam GmbH
Netzgesellschaft Schwerin mbH (NGS)
Netzwerke Saarlouis GmbH
Neubrandenburger Stadtwerke GmbH
Norddeutsche Allianz
nvb Nordhorner Versorgungsbetriebe GmbH
Oberhausener Netzgesellschaft
Regensburg Netz GmbH
Regionalwerk Bodensee Netze GmbH & Co. KG
SachsenNetze GmbH
SachsenNetze HS.HD GmbH
Saerbecker Ver- und Entsorgungsnetzgesellschaft mbH
Städtische Betriebswerke Luckenwalde GmbH
Stadtnetze Münster GmbH
Stadtwerke Achim AG
Stadtwerke Amberg Versorgungs GmbH
Stadtwerke Ansbach GmbH
Stadtwerke Bad Salzuflen GmbH
Stadtwerke Bad Saulgau
Stadtwerke Bayreuth Energie und Wasser GmbH
Stadtwerke Bietigheim-Bissingen GmbH
Stadtwerke Buxtehude GmbH
Stadtwerke Detmold GmbH
Stadtwerke Elbtal GmbH
Stadtwerke Flensburg GmbH
Stadtwerke Fürstenfeldbruck GmbH
Stadtwerke Germersheim GmbH
Stadtwerke Grünstadt GmbH
Stadtwerke Iserlohn GmbH
Stadtwerke Karlsruhe Netzservice GmbH
Stadtwerke Kempen GmbH
Stadtwerke Lindau (B) GmbH & Co. KG

Stadtwerke Mengen
Stadtwerke Metzingen
Stadtwerke Mühlacker GmbH
Stadtwerke Nürtingen GmbH
Stadtwerke Oranienburg GmbH
Stadtwerke Parchim GmbH
Stadtwerke Passau GmbH
Stadtwerke Pirmasens Versorgungs GmbH
Stadtwerke Rastatt GmbH
Stadtwerke Rhede GmbH
Stadtwerke Saarbrücken Netz AG
Stadtwerke Schwäbisch Hall GmbH
Stadtwerke Sindelfingen GmbH
Stadtwerke Troisdorf GmbH
Stadtwerke Tübingen GmbH
Stadtwerke Ulm/Neu-Ulm Netze GmbH
Stadtwerke Wedel GmbH
Stadtwerke Neustadt an der Weinstraße GmbH
Stuttgart Netze GmbH
SWL Energienetz- und Entsorgungsgesellschaft mbH
SWL Übertragungsnetzgesellschaft mbH
SWL Verteilungsnetzgesellschaft mbH
SWO Netz GmbH
SWTE Netz GmbH
TEN Thüringer Energienetze GmbH & Co. KG
Thüga Aktiengesellschaft
Thüga Energienetze GmbH
ÜZ Mainfranken eG
Verband kommunaler Unternehmen e. V.
Vereinigte Stadtwerke Netz GmbH
Vereinigte Wertach-Elektrizitätswerke GmbH
Weißachtal-Kraftwerke eG
WEMAG Netz GmbH
Westnetz GmbH
Stadtwerke Pritzwalk GmbH
Zwickauer Energieversorgung GmbH

Die Stellungnahmen zur Konsultation des Eckpunktepapiers wurden unter folgendem Link veröffentlicht: <https://www.bundesnetzagentur.de> → Zu den Beschlusskammern → Beschlusskammer 8 → Messstellenbetrieb → Umgang mit Kosten des Messstellenbetriebs beim Netzbetreiber → BK8-23/007-A

- 24 Die Stellungnehmenden haben den Vorschlag zur Anerkennung der POG von iMSys als dauerhaft nicht beeinflussbar im Rahmen der Anpassung der EOG im

Wege eines Plankostenansatzes mit anschließenden Ist-Kostenabgleich im Regulierungskonto umfänglich begrüßt. Die Stellungnahmen beinhalten verschiedene Vorschläge zur genauen Ausgestaltung des Plankostenansatzes. Beispielsweise wurde seitens des BDEW und einiger Netzbetreiber darauf hingewiesen, nicht auf den Bruttowert in Höhe von 80,00 €, sondern auf den Nettowert in Höhe von 67,23 € abzustellen sowie grundsätzlich auf die Nennung konkreter Eurobeträge zu verzichten. Stattdessen sei in der Festlegung klarstellend auf die jeweils gültigen POG zu verweisen.

- 25 Bei der Berechnungsformel zur Ermittlung der Plankosten solle jeweils als Höchstwert (netto) der auf den Netzbetreiber entfallenden Teil der geltenden POG des MsbG Anwendung finden. Sofern Beträge unterhalb der POG abgerechnet werden, solle eine Korrektur im Regulierungskonto stattfinden.
- 26 Darüber hinaus wurde von Seiten des BDEW und zahlreichen weiteren Stellungnehmenden vorgetragen, die Berechnungsvorgabe der Beschlusskammer zur Planmenge sei nicht erforderlich oder zu starr. Sofern der Anschlussnetzbetreiber belegbare Planungen zu den zu verbauenden Mengen an iMSys habe, solle ein Abweichen von der vorgeschlagenen Berechnungsvorgabe für die Planmenge ermöglicht werden.
- 27 Es wurde ausgeführt, dass die Berechnungsvorgabe der Beschlusskammer für die Planmenge ohne Möglichkeit zur Abweichung durch den Netzbetreiber zu Beginn des Hochlaufs (starker Anstieg) zu erheblichen Vorfinanzierungen führen können. Weiterhin käme es zum Ende der Rolloutphase (abflachender Ausbau) ohne die Möglichkeit die Planmengen unterschreiten zu können, zu entsprechenden Auswirkungen auf die Netzentgelte und das jeweilige Regulierungskonto. Bei der Abbildung der vorgeschlagenen Berechnungsvorgabe seien jedenfalls die gesetzlichen Vorgaben zum Rolloutplan nach § 45 MsbG zu berücksichtigen. Weitere Stellungnehmende erachten die vorgeschlagene Berechnungsvorgabe mangels Berücksichtigung individueller Planung oder mangels Berücksichtigung des Hochlaufs von EE-Anlagen und steuerbaren Verbrauchseinrichtungen für ungeeignet.
- 28 Ebenfalls solle die Festlegung klarstellen, dass die Entgelte für die Ausstattung von abrechnungsfähigen Zählpunkten mit iMSys sowohl vom grundzuständigen als

auch vom wettbewerblichen Messstellenbetreiber geltend gemacht werden dürfen. Dieser könne nach § 36 MsbG vom Anschlussnetzbetreiber auch Entgelte im Rahmen der zulässigen POG für intelligente Messsysteme verlangen.

- 29 Schließlich sei nach Auffassung einiger Stellungnehmenden zu beachten, dass bei der Anerkennung als dauerhaft nicht beeinflussbare Kostenanteile im vereinfachten Verfahren gemäß § 24 Abs. 2 ARegV nach § 11 Abs. 2 S. 1 Nr. 1 bis 3, 5 bis 7, 8b bis 16 ARegV pauschal 5 % der Gesamtkosten ermittelt und nicht angepasst werden. Nur dauerhaft nicht beeinflussbare Kostenanteile nach § 11 Abs. 2 S. 1 Nr. 4 und 8 ARegV würden mit Planwerten t-0 berücksichtigt und Abweichungen über das Regulierungskonto ausgeglichen. Es bedürfe einer Klarstellung auch mit Verweis auf § 4 Abs. 3 S. 1 Nr. 2 ARegV.
- 30 Darüber hinaus wurde vorgeschlagen die in 2024 anfallenden Kosten nicht erst im Regulierungskonto des Jahres 2024 nachzuholen, sondern bereits in den Anpassungen der EOG der Folgejahre zu berücksichtigen.
- 31 Schließlich seien die für Zusatzleistungen nach § 34 Abs. 2 und 3 MsbG entstehenden Kosten ebenfalls als dauerhaft nicht beeinflussbare Kostenanteile anzuerkennen und ein Abgleich der tatsächlich anfallenden Kosten für Zusatzleistungen im Regulierungskonto zu ergänzen.
- 32 Der Länderausschuss wurde am XX.XX.2024 förmlich befasst. Dem Bundeskartellamt und den Landesregulierungsbehörden wurde am XX.XX.2024 Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben.

II. Rechtliche Würdigung

- 33 Mit Inkrafttreten des Gesetzes zur Anpassung des Energiewirtschaftsrechts an unionsrechtliche Vorgaben und zur Änderung weiterer energierechtlicher Vorschriften vom 22.12.2023 (BGBl. 2023 I Nr. 405) besteht eine unionsrechtskonforme Kompetenzverteilung zwischen Gesetz- bzw. Verordnungsgeber und der Regulierungsbehörde. Der Beschluss beruht daher auf einer rechtmäßigen Anwendung des nationalen Rechts auch vor dem Hintergrund der Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) vom 02.09.2021, C-718/18. Der Beschluss ist formell und materiell rechtmäßig.

1. Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs

- 34 Der Europäische Gerichtshof hat in seiner Entscheidung festgestellt, dass die normative Regulierung in Deutschland insgesamt mit der in Art. 37 Richtlinie 2009/72/EG (heute Art. 59 Richtlinie (EU) 2019/944) sowie in Art. 41 Richtlinie 2009/73/EG geregelten ausschließlichen Zuständigkeit der nationalen Regulierungsbehörde unvereinbar ist und die Richtlinien insoweit durch die Bundesrepublik Deutschland nicht bzw. fehlerhaft umgesetzt wurden. Insoweit hat der Europäische Gerichtshof der vierten Rüge stattgegeben, mit der die Kommission Deutschland vorgeworfen hatte, es habe die in den Richtlinien vorgesehenen ausschließlichen Zuständigkeiten der nationalen Regulierungsbehörde verletzt, indem es im deutschen Recht die Bestimmung der Methoden zur Berechnung oder Festlegung der Bedingungen für den Anschluss an und den Zugang zu den nationalen Netzen, einschließlich der anwendbaren Tarife, der Bundesregierung und nicht der nationalen Regulierungsbehörde zugewiesen habe.

1.1 Gesetzesreform und Übergangsregelung

- 35 Mit Inkrafttreten der EnWG-Novelle am 29.12.2023 hat der Gesetzgeber das Urteil des EuGH vom 2. September 2021 nunmehr auch hinsichtlich dieses vierten Klagegrundes umgesetzt und insbesondere die Zuständigkeiten bei der Ausgestaltung der Netzzugangs- und Netzentgeltregulierung an die unionsrechtlichen Vorgaben angepasst. Damit hat die Regulierungsbehörde mit Zuweisung der ausschließlichen Kompetenz für die Bestimmung der Methoden zur Berechnung oder Festlegung der Bedingungen für den Anschluss an und den Zugang zu den nationalen Netzen die nach den unionsrechtlichen Bestimmungen erforderliche Unabhängigkeit erlangt.
- 36 Die Verordnungsermächtigung des § 24 EnWG a. F. wurde aufgehoben, ebenso wie § 21a EnWG a. F. Beide Regelungen wurden durch Festlegungskompetenzen der Regulierungsbehörde ersetzt. Dabei wurden die bisher in den betroffenen Rechtsverordnungen enthaltenen Festlegungskompetenzen in das EnWG überführt und ergänzt.
- 37 Die nach § 21a und § 24 EnWG a. F. erlassenen Rechtsverordnungen treten nach Ablauf einer Übergangszeit außer Kraft, vgl. Art. 15 Abs. 2 bis 6 des Gesetzes zur

Anpassung des Energiewirtschaftsrechts an unionsrechtliche Vorgaben. Der Zeitpunkt des Außerkrafttretens entspricht dem Ablauf der vierten Regulierungsperiode im Gassektor (31.12.2027) und Stromsektor (31.12.2028).

- 38 In der Übergangszeit wurde der Regulierungsbehörde u.a. gemäß § 21 Abs. 3 S. 5 und § 21a Abs. 3 S. 4 EnWG n. F. einerseits eine Abweichungskompetenz übertragen. Andererseits ermöglicht die Übergangszeit, ein über fast 20 Jahre schrittweise entstandenes normatives Regulierungsrecht, inklusive der dazugehörigen Anwendungs- und Auslegungspraxis, jedenfalls für die Zeit bis zum Außerkrafttreten der Verordnungsregelungen zum Ablauf der vierten Regulierungsperiode fortzuführen. Laut Gesetzgeber sollen hierdurch die für ausreichende Rechts-, Planungs- und Investitionssicherheit wichtige materielle Stabilität des Regulierungsrahmens gewährleistet und bruchartige Entwicklungen in der Rechtsanwendung vermieden werden (vgl. BT-Drs. 20/7310, S. 52).

1.2 Interessenabwägung

- 39 Nach Art. 15 des Gesetzes zur Anpassung des Energiewirtschaftsrechts an unionsrechtliche Vorgaben bleiben die auf Basis der bisher in § 21a und § 24 EnWG a.F. erlassenen Verordnungen für eine Übergangszeit weiterhin in Kraft. An diesem Regelwerk zur Entgeltregulierung hält die Bundesnetzagentur zur Aufrechterhaltung eines transparenten, vorhersehbaren und verlässlichen Regulierungsrahmens grundsätzlich fest. Sie sieht vorliegend insbesondere von einer Anwendung der Abweichungskompetenz nach § 21 Abs. 3 S. 5 und § 21a Abs. 3 S. 4 EnWG ab. Einen materiellen Widerspruch zu maßgeblichen Vorgaben des Europäischen Rechts hat der EuGH in seiner Entscheidung vom 02.09.2021 nicht festgestellt und erkennt auch die Beschlusskammer nicht.
- 40 Die Beschlusskammer hat mit der vorliegenden Festlegung im Rahmen ihrer Zuständigkeit von ihrem Aufgreifermessen nach § 118 Abs. 46e EnWG Gebrauch gemacht (vgl. unter Punkt 2.2). § 118 Abs. 46e EnWG ist auch nach der Novelle des EnWG vom 29.12.2023 in die neue Fassung mit gleichem Wortlaut übernommen worden. Mit der Festlegung regelt die Beschlusskammer Vorgaben zur regulatorischen Behandlung einer durch die Neufassung des MsbG neu entstandenen gesetzlichen Kosten- und Nutzenzuordnung nach § 3 Abs. 1 i. V. m. § 7 MsbG. Dabei

handelt es sich um Vorgaben zur Ausgestaltung der Netzentgeltregulierung. Die Beschlussammer erachtet die Einordnung dieser Kostentragungspflicht als erforderlich und nimmt dabei auf die bisherigen Regelungen der ARegV Bezug. Unter Beachtung der weiterhin anzuwendenden Regelungen der ARegV während der Übergangszeit (Punkt 1.1) bedarf es einer Einordnung von derzeit nicht in der ARegV adressierten Kostenkategorien in die bisherige Systematik der Anreizregulierung.

2. Formelle Rechtmäßigkeit

41 Die Festlegung ist formell rechtmäßig.

2.1 Ermächtigungsgrundlage

42 Die Festlegung beruht auf § 118 Abs. 46e EnWG i. V. m. § 29 Abs. 1 EnWG; § 3 Abs. 1 i. V. m. § 7 MsbG. Demnach ist die Bundesnetzagentur ermächtigt, Regelungen im Wege der Festlegung zu treffen.

43 Die Ermächtigungsgrundlage bleibt auch von der zwischenzeitlichen Novellierung des EnWG nach Eröffnung des Festlegungsverfahrens am 11.10.2023 unberührt. Der als Übergangsregelung normierte § 118 Abs. 46e EnWG ist unverändert in das seit dem 29.12.2023 geltende - und bei Erlass der Festlegung in dieser Fassung bestehende - EnWG überführt worden. Daran ändert auch die Neufassung des § 21a EnWG nichts, welcher in Umsetzung der EuGH Rechtsprechung die Entscheidungen der Bundesnetzagentur neu strukturiert.¹ Selbst wenn eine Festlegungskompetenz der Bundesnetzagentur nach § 118 Abs. 46e EnWG lediglich als Übergangsregelung gegolten haben sollte, ermächtigt § 21a Abs. 3 Nr. 3 EnWG die Bundesnetzagentur im Wege der Festlegung die gegenständliche Kostenanteile regulatorisch einzuordnen. Demnach erhält die Regulierungsbehörde die Befugnis zu entscheiden, dass Kosten die aufgrund gesetzlicher Vorgaben entstehen, als dauerhaft nicht beeinflussbar anerkannt werden können.² Dies gilt insbesondere für Kosten des Einbaus und Betriebs eines iMSys nach MsbG, die der Netzbetreiber zu tragen hat.³

¹ BT-Drs. 20/7310, S. 82.

² BT-Drs. 20/7310, S. 82.

³ BT-Drs. 20/7310, S. 82.

2.2

Aufgreifermessen

- 44 Der Erlass der Festlegung war erforderlich und geboten. Die Bundesnetzagentur kann nach § 118 Abs. 46e EnWG im Wege der Festlegung Regelungen zur Anerkennung der nach § 3 Abs. 1 i. V. m. § 7 MsbG entstehenden Kosten des Anschlussnetzbetreibers für die Ausstattung von Zählpunkten mit iMSys durch einen Messstellenbetreiber treffen. Die Beschlusskammer macht im Rahmen ihrer Zuständigkeit von dem ihr gesetzlich eingeräumten Ermessen mit der vorliegenden Festlegung Gebrauch indem sie die regulatorische Einordnung der durch das GNDEW den Anschlussnetzbetreibern neu entstehenden Kosten vornimmt.
- 45 Mit der Novelle des MsbG durch das Gesetz zum Neustart der Digitalisierung der Energiewende sieht der Gesetzgeber eine Beteiligung der Anschlussnetzbetreiber an der Kostentragung für iMSys vor. Bisher hatte der Anschlussnutzer das gesamte Entgelt für ein iMSys zu tragen. Nach § 30 MsbG trägt neben dem Letztverbraucher ab dem 01.01.2024 auch der Anschlussnetzbetreiber einen signifikanten Anteil des jährlichen Entgelts für die Ausstattung von Zählpunkten mit iMSys. Diese neue gesetzliche Kosten- und Nutzenzuordnung im MsbG ist als gesetzliche Zuordnung nicht von der Beschlusskammer zu bewerten. Wegen der im Regelfall buchhalterisch entflochtenen Rolle des gMSB vom Anschlussnetzbetreiber ist die neu entstandene Kostentragungspflicht aus Sicht der Beschlusskammer nunmehr regulatorisch einzuordnen, um dem Anschlussnetzbetreiber einen Ausgleich in zeitlich angemessenen Rahmen zu ermöglichen. Dies gilt auch, obwohl die Markttrollen des Anschlussnetzbetreibers und des gMSB für mME und iMSys überwiegend in einer juristischen Person zusammenfallen.⁴
- 46 Bei der Ausstattung von Zählpunkten mit iMSys handelt es sich um ein Massenprodukt. Dem Anschlussnetzbetreiber entstehen in Summe jährlich wiederkehrende Kosten in erheblichem Umfang, auch wenn es sich bei der Beteiligung des Anschlussnetzbetreibers an den Entgelten je ausgestatteten Zählpunkt zum Zeitpunkt des Erlasses der Festlegung in Höhe von 67,23 € (netto) um einen verhältnismäßig geringen Einzelbetrag handelt. Die vom Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz beauftragte Studie von EY und BET zum Bericht nach § 48 MsbG geht im

⁴ Monitoringbericht der Bundesnetzagentur und des Bundeskartellamts 2023, S. 198.

Jahr 2032 von 22,3 Mio. Pflichteinbaufällen von iMSys aus. Bleibt die zum Zeitpunkt des Erlasses der Festlegung geltende POG gleich, würden den Anschlussnetzbetreibern dadurch ab dem Jahr 2032 jährlich Kosten in Höhe von 1,5 Mrd. € entstehen. Passt das Bundesministerium die Preisobergrenzen gemäß § 33 MsbG an, könnten sich die von den Anschlussnetzbetreibern zu tragenden Kosten erhöhen. Angesichts der durch die gesetzliche Anordnung getroffenen Kostenzuordnung ist es für die Beschlusskammer selbst bei Vorhandensein gewisser betrieblicher Vorteile durch die technischen Potentiale der iMSys und der zugehörigen Daten nicht sachgerecht, diese Summen lediglich aus Produktivitätsfortschritten zu finanzieren. Eine Anpassung der Erlösobergrenze durch den Anschlussnetzbetreiber ist angemessen, selbst wenn dies zu entsprechenden Erhöhungen der Netzentgelte führt.

- 47 Eine Festlegung im Laufe des Jahres 2024 ist geboten, da die Kostentragungspflicht bereits seit dem 01.01.2024 gilt und ab diesem Zeitpunkt die Frage der regulatorischen Einordnung zu beantworten ist. Die Frage der Kostenerstattung sollte dem zügigen Neustart der Digitalisierung der Energiewende nicht entgegenstehen.

2.3 Adressaten der Festlegung

- 48 Die Festlegung richtet sich an Betreiber von Elektrizitätsversorgungsnetzen nach § 3 Nr. 2 EnWG im gesamten Bundesgebiet, die gleichzeitig Anschlussnetzbetreiber sind. Sie trifft einheitliche Regelungen auch für Betreiber von Elektrizitätsversorgungsnetzen, die sich in Zuständigkeit der Länder nach § 54 Abs. 2 S. 1 EnWG befinden.

2.4 Zuständigkeit

- 49 Die Zuständigkeit der Bundesnetzagentur zum Erlass einer bundesweiten Festlegung ergibt sich aus § 118 Abs. 46e EnWG i. V. m. § 54 Abs. 1 und 3 EnWG.
- 50 Die Zuständigkeit der Beschlusskammer ergibt sich aus § 59 Abs. 1 S. 1 EnWG. Eine Zuständigkeit der Großen Beschlusskammer nach § 59 Abs. 3 S. 3 EnWG ist nicht gegeben. Die Große Beschlusskammer trifft bundesweit einheitliche Festlegungen zu den Bedingungen und Methoden für den Netzzugang und zu den Bedingungen und Methoden zur Ermittlung der dafür erhobenen Entgelte nach den §§ 20 bis 23a, 24 bis 24b sowie 28o Abs. 3 EnWG. Vorliegend handelt es sich jedoch um

eine Festlegung zur Umsetzung der regulatorischen Einordnung einer nach dem MsbG neu entstandenen Kostentragungspflicht und gerade nicht um eine bundesweit einheitliche Festlegung von Bedingungen und Methoden.

2.5 Beteiligung

- 51 Den betroffenen Wirtschaftskreisen wurde nach § 67 EnWG Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben. Die Beschlusskammer hat in zwei Konsultationsphasen mittels Internetveröffentlichung die Dokumentenentwürfe am 14.12.2023 und am XX.XX.2024 zur Konsultation gestellt. Die Eröffnung des Festlegungsverfahrens sowie die beiden Konsultationsrunden wurden im Amtsblatt der Behörde bekanntgegeben. Die erforderliche Anhörung wurde durchgeführt. Zahlreiche Unternehmen und Verbände haben zu den veröffentlichten Dokumenten Stellung genommen.
- 52 Die Landesregulierungsbehörden wurden gemäß § 55 Abs. 1 S. 2 EnWG am 26.10.2023 über die Einleitung des Verfahrens informiert. Dem Bundeskartellamt und den Landesregulierungsbehörden wurde am XX.XX.2024 gemäß § 58 Abs. 1 S. 2 EnWG Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben. Der Länderausschuss wurde am XX.XX.2024 gemäß § 60a EnWG ebenfalls förmlich befasst.

3. Materielle Rechtmäßigkeit

- 53 Die materiellen Voraussetzungen für den Erlass dieser Festlegung liegen vor. Der Erlass der Festlegung war insbesondere erforderlich und geboten. Die gegenständliche Festlegung ist zweckmäßig. Sie ist geeignet, um das angestrebte Ziel der regulatorischen Einordnung der neu entstandenen Kostentragungspflicht zu erreichen. Ein anderweitiges, gleich wirksames Mittel ist nicht ersichtlich. Die Festlegung ist weiterhin angemessen. Sie gibt den Marktbeteiligten Sicherheit über die Einordnung der Kostenposition in der regulatorischen Systematik der Anreizregulierung und unterstützt damit den erforderlichen Rollout. Dabei schützt sie durch die Vorgabe von Plankostenansätzen die Verbraucher von einseitig entstehenden wirtschaftlichen Risiken durch die Unsicherheiten beim Rollout.

3.1 **Behandlung der Kosten aus der Beteiligung des Anschlussnetzbetreibers an den Entgelten für die Ausstattung von Zählpunkten mit iMSys als dauerhaft nicht beeinflussbar**

- 54 Mit der Tenorziffer zu 1 werden die Kosten, die dem Anschlussnetzbetreiber nach § 3 Absatz 1 Satz 3 bis 6 i. V. m. § 7 MsbG bzw. § 36 MsbG nach § 30 MsbG jährlich dadurch entstehen, dass grundzuständige oder wettbewerbliche Messstellenbetreiber Zählpunkte mit iMSys ausstatten, als dauerhaft nicht beeinflussbar angesehen.
- 55 Die Beschlusskammer sieht die dem Anschlussnetzbetreiber daraus entstehenden Kosten als dauerhaft nicht beeinflussbar an, da aufgrund der Rollentrennung von Messstellenbetreiber und Anschlussnetzbetreiber die Entscheidung über die Ausstattung eines Zählpunktes mit einem iMSys schlussendlich bei dem nach § 29 i. V. m. § 45 MsbG dazu verpflichteten Messstellenbetreiber liegt. Auch die Höhe der Beteiligung an den Entgelten für die Ausstattung von Zählpunkten mit iMSys ist durch den Anschlussnetzbetreiber nicht beeinflussbar. Es liegt im Ermessen des Messstellenbetreibers den auf den Anschlussnetzbetreiber entfallenden Teil der Entgelte, maximal in Höhe seines Anteils an der POG, diesem auch in Gänze in Rechnung zu stellen.
- 56 Klarstellend wird darauf hingewiesen, dass sich die regulatorische Kosteneinordnung der Tenorziffer zu 1 auf die jeweils geltenden POG des MsbG bezieht und nicht auf die zum Zeitpunkt des Erlasses dieser Festlegung geltenden POG abstellt. Die Beschlusskammer folgt damit dem Vorbringen aus den Stellungnahmen. Der Hinweis auf die jeweils gültigen POG wurde in den Festlegungstext aufgenommen, da nach § 48 MsbG das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz spätestens zum 30. Juni 2024 und sodann mindestens alle vier Jahre eine Analyse zur Höhe und Ausgestaltung der POG nach den § 30 MsbG vorlegt, die Auswirkung auf die Höhe der POG haben kann.
- 57 Die Stellungnehmenden tragen vor, dass auch beim Anschlussnetzbetreiber anfallende Kosten für Zusatzleistungen nach § 34 Abs. 2 und 3 MsbG als dauerhaft nicht beeinflussbar anerkannt werden müssten.

- 58 Schuldner dieser Zusatzleistungen ist nach § 3 Abs. 1 S. 4 MsbG deren Besteller. Bei den Zusatzleistungen für die der Anschlussnetzbetreiber als Schuldner in Frage kommt, handelt es sich insbesondere um die Datenkommunikation zur Steuerung von Verbrauchseinrichtungen, welche unter die Teilnahmeverpflichtung zur netzorientierten Steuerung gemäß der Festlegung BK6-22-300 i. V. m. § 14a EnWG fallen, sowie die Übermittlung von minütlichen Netzzustandsdaten aus iMSys. Letztere ist in unterschiedlicher Ausprägung Bestandteil der Netzzustandsüberwachung, welche es dem Anschlussnetzbetreiber erlaubt, Steuerungshandlungen im Rahmen des § 14a EnWG vorzunehmen.
- 59 Die Beschlusskammer erkennt an, dass zukünftig Kosten für Zusatzleistungen nach § 34 Abs. 2 und 3 MsbG beim Anschlussnetzbetreiber anfallen werden. Bereits dem Wortlaut nach handelt es sich bei Zusatzleistungen um Kostenbestandteile, auf deren Entstehung der Anschlussnetzbetreiber Einfluss hat. Die Intensität der Nutzung dieser Zusatzleistungen liegt im betriebswirtschaftlichen Ermessen des Anschlussnetzbetreibers. Art und Zahl der in Anspruch genommenen Zusatzleistungen obliegt dem Anschlussnetzbetreiber und soll von diesem auch nur dann angefordert werden, wenn sich daraus ein besserer und effizienterer Netzbetrieb gestalten lässt.
- 60 Ob ein Anschlussnetzbetreiber, z. B. im Rahmen der Regelungen des § 14a EnWG, unmittelbar zum Instrument der netzorientierten Steuerung greift oder stattdessen den Netzausbau an entsprechender Stelle vorantreibt, unterliegt dessen Abwägung. Zumindest ist es Aufgabe des Anschlussnetzbetreibers zunächst Anstrengungen zu unternehmen, die bestehende Netzkapazität bestmöglich auch ohne Steuerungshandlung und der damit verbundenen Bestellung von Zusatzleistungen auszunutzen. Dies entspricht auch dem Grundgedanken der Festlegung BK6-22-300 zum § 14a EnWG, welche die netzorientierte Steuerung durch den Anschlussnetzbetreiber als Ultima Ratio beschreibt.
- 61 Bis zur Entscheidung steuernd in einem Netzgebiet einzugreifen, stehen dem Anschlussnetzbetreiber dazu täglich viertelstündliche Netzzustandsdaten aus iMSys zur Verfügung. Die Übermittlung ist nach § 34 Abs. 1 MsbG eine Standardleistung des Messstellenbetreibers und damit bereits über die Beteiligung des Anschlussnetzbetreibers an den Entgelten für die Ausstattung abrechnungsfähiger Zählpunk-

ten mit iMSys abgegolten. Darüber hinaus ist zu erwarten, dass der Anschlussnetzbetreiber durch die Digitalisierung seiner Ortsnetzstationen zusätzliche Erkenntnisse über den Netzzustand seines Netzgebiets gewinnt, sodass hier durchaus Optimierungspotential für den Anschlussnetzbetreiber bei der Bestellung der Zusatzleistungen zu erkennen ist.

62 Zusätzlich lässt die Festlegung BK6-22-300 dem Anschlussnetzbetreiber, so sich die Notwendigkeit für Steuerungshandlungen abzeichnet, Spielraum inwiefern dieser hauptsächlich auf minütliche Netzzustandsdaten aus iMSys und damit auf eine Zusatzleistung zurückgreift oder eben auf Netzzustandsdaten aus einer digitalisierten Ortsnetzstation.

63 Ist der Anschlussnetzbetreiber Besteller von Zusatzleistungen und damit Schuldner der entsprechenden Entgelte sind diese im Zuge der Kostenprüfung als beeinflussbarer Kostenanteil anerkennungsfähig. Damit ist im Regulierungskonto des Anschlussnetzbetreibers ein gesonderter Abgleich der tatsächlich anfallenden Kosten für Zusatzleistungen, wie von einigen Stellungnehmenden gefordert, ausgeschlossen.

3.1.1 Plankosten im Rahmen der Anpassung der EOG

64 Die Preisbildung der Netzbetreiber erfolgt gem. § 20 Abs. 1 EnWG immer zum 15. Oktober des laufenden für das nächste Kalenderjahr.

65 Im Rahmen der Anpassung der EOG werden ab Erlass der Festlegung Plankosten für die Beteiligung der Anschlussnetzbetreiber an den Entgelten für die Ausstattung von Zählpunkten mit iMSys nach § 30 MsbG anerkannt. Die Plankosten werden dazu von der Beschlusskammer als dauerhaft nicht beeinflussbar angesehen. Abzustellen ist dabei auf das Kalenderjahr, auf das die EOG Anwendung finden soll. Der Plankostenansatz ergibt sich als Produkt aus Planmenge und Beteiligung des Anschlussnetzbetreibers am Entgelt für die Ausstattung von Zählpunkten mit iMSys.

66 Die Ermittlung der Höhe der Plankosten wird durch den Beschluss methodisch vorgegeben. Die Geschwindigkeit des Rollouts von iMSys bleibt schwer vorhersagbar. Das Risiko einer Über- und Unterschätzung bei der Ermittlung der Planmengen und

damit das Risiko einer Vorfinanzierung von tatsächlich später oder früher entstehenden Kosten bei den Anschlussnetzbetreibern ist durch diese Vorgabe angemessen zwischen Anschlussnetzbetreiber und den Anschlussnutzern aufgeteilt. Nach dieser Vorgabe erfolgt die Prognose für das kommende Jahr immer auf Basis möglichst aktueller tatsächlicher Einbauzahlen. Dieses Vorgehen ist auch nach Ansicht der stellungnehmenden Verbände ein pragmatischer Ansatz.

- 67 Die Planmenge entspricht maximal dem Endbestand an mit iMSys ausgestatteten abrechnungsfähigen Zählpunkten aus dem der Anpassung der EOG um zwei Jahre vorausgehenden Jahr (t-2) zuzüglich des Dreifachen des Zuwachses eben solcher im ersten Halbjahr des der Anpassung der EOG vorausgehenden Jahres (t-1). Die dreifache Berücksichtigung des Zuwachses von mit iMSys ausgestatteten abrechnungsfähigen Zählpunkten im ersten Halbjahr dient dazu, den voranschreitenden Rollout auf Grundlage der aktuellsten tatsächlichen Mengen fortzuschreiben. Damit werden der erwartete Zuwachs des der Anpassung der EOG vorausgehenden Jahres (t-1) sowie der unterjährige Zuwachs des Jahres angemessen berücksichtigt, auf das sich die Anpassung der EOG bezieht.
- 68 Das Entgelt für jeden mit einem iMSys ausgestatteten abrechnungsfähigen Zählpunkt ist bei der Anpassung der EOG in Höhe der vom Anschlussnetzbetreiber zu tragenden Kosten, höchstens in Höhe der maximalen Beteiligung des Anschlussnetzbetreibers an der jeweils gültigen POG (netto), zu berücksichtigen. Wie von den Stellungnehmenden vorgetragen, ist der Nettopreis anzusetzen, da eine Betrachtung ohne Umsatzsteuer erfolgt.
- 69 Unter einem abrechnungsfähigen Zählpunkt versteht die Beschlusskammer im Rahmen dieser Festlegung einen Zählpunkt der mit iMSys ausgestattet ist und für den der § 30 Abs. 5 MsbG dem Messstellenbetreiber nicht untersagt ein Entgelt gegenüber dem Anschlussnetzbetreiber abzurechnen.
- 70 Außerdem wird nach den Stellungnahmen klargestellt, dass für die Planmenge an iMSys unerheblich ist, ob der gMSB oder wMSB die Entgelte für die Ausstattung von Zählpunkten mit iMSys gegenüber dem Anschlussnetzbetreiber in Rechnung gestellt hat, da der wMSB nach § 36 Abs. 2 MsbG vom Anschlussnetzbetreiber ein

jährliches Entgelt verlangen kann, welches die nach § 30 MsbG maßgeblichen POG einhält.

- 71 Die nach der Berechnungsvorgabe der Beschlusskammer zulässige Planmenge stellt eine Obergrenze dar, d. h. der Anschlussnetzbetreiber kann, wie von den Stellungnehmenden vorgetragen, von der Planmenge nach unten abweichen. So kann ein abflachender Ausbau gegen Ende des Rollouts entsprechend berücksichtigt werden.
- 72 Dem Vortrag, dass sofern der Anschlussnetzbetreiber belegbare Planungen zu verbauenden Mengen an iMSys vorlege, ein Abweichen von der vorgeschlagenen Berechnungsvorgabe für die Planmenge nach oben ermöglicht werden soll, kann nicht gefolgt werden. Für die Beschlusskammer und Landesregulierungsbehörden ist mit vertretbarem Aufwand insbesondere zum Zeitpunkt der Anpassung der EOG nicht ersichtlich, inwieweit etwaige Rolloutplanungen als gesicherte Erkenntnisse genügen können. Die Plankosten gehen in die Netzentgelte des Anschlussnetzbetreibers ein und werden letztlich vom Anschlussnutzer finanziert. Um den Anschlussnutzer vor einer vorzeitigen unangemessenen Beteiligung zu schützen werden daher die Planmengen nach oben begrenzt. Verbleibende Restbeträge für eine Vorfinanzierung werden über das Regulierungskonto ausgeglichen und sind in der Risikoverteilung dem Anschlussnetzbetreiber zumutbar.
- 73 Auch dem Vortrag, die Planmenge berücksichtige das individuelle Rolloutverhalten des gMSB, insbesondere eine Hochlaufphase zu Beginn des Rollouts und die steigende Zahl von Erneuerbaren Energien Anlagen nicht ausreichend, kann aus vorgenannten Gründen nicht gefolgt werden. Plan- und tatsächliche Mengen weichen aus Gründen, die den Regulierungsbehörden nicht zugänglich sind, häufig und stark voneinander ab.
- 74 Die Stellungnehmenden tragen vor, dass die Vorgaben der Beschlusskammer zur Planmenge die in § 45 MsbG formulierten verbindlichen Ziele für den Rollout von iMSys nicht in angemessener Weise berücksichtigen. Den Verpflichtungen nach § 45 MsbG zum Einbau iMSys unterliegt der grundzuständige Messstellenbetreiber, nicht der Anschlussnetzbetreiber. Mit der Berücksichtigung von auf tatsächlichen Einbaufällen basierenden Planmengen ermöglicht es die Beschlusskammer den

Anschlussnetzbetreibern, einen wesentlichen Teil der Kostentragungspflicht für iMSys über jährliche Anpassung der Netzentgelte frühzeitig zu refinanzieren. Es kann nicht Sinn und Zweck eines Plankostenansatzes sein, Einzelfallgerechtigkeit herzustellen für Fälle, in denen gMSB kurzfristig ihre Einbauzahlen erhöhen, um verbindliche Rollout-Quoten für iMSys noch einzuhalten. Zumindest ist es keine Option, das Risiko einer Vorfinanzierung ggfs. nicht eingebauter iMSys durch die Nichterfüllung gesetzlicher Rollout-Quoten des gMSB auf den Netznutzer abzuwälzen.

- 75 Eine Berücksichtigung von Plankosten aus der Beteiligung der Anschlussnetzbetreiber an der POG von iMSys in der Anpassung der EOG des Jahres 2024 ist nicht möglich, da die Festlegung erst im Jahr 2024 in Kraft tritt. Dies hat zur Folge, dass für die Anpassung der EOG 2024 kein Plankostenansatz für das Jahr 2024 zur Anwendung kommen kann. Nichtsdestotrotz werden auch die dem Anschlussnetzbetreiber im Jahr 2024 tatsächlich entstanden Kosten aus § 30 MsbG als dauerhaft nicht beeinflussbar angesehen und über das Regulierungskonto nachgefahren.
- 76 Im vereinfachten Verfahren gelten nach § 24 Abs. 2 S. 2 ARegV 5 Prozent der nach § 14 Abs. 1 Nr. 1 ermittelten Gesamtkosten als dauerhaft nicht beeinflussbare Kostenanteile nach § 11 Absatz 2 Satz 1 Nummer 1 bis 3, 5 bis 7, 8b bis 16 und Satz 2 bis 4. Im Rahmen der Konsultation des Eckpunktepapiers wurde vorgetragen, dass diese Pauschale nicht auch für die Kosten aus der Beteiligung des Anschlussnetzbetreibers an den Entgelten für die Ausstattung von Zählpunkten mit iMSys gelten darf. Nach Auffassung der Beschlusskammer kommen auch auf Anschlussnetzbetreiber im vereinfachten Verfahren nun zusätzliche Kosten aus der Beteiligung an den Entgelten für die Ausstattung von Zählpunkten mit iMSys zu. Diese spezifisch nicht beeinflussbaren Kosten entstehen den Anschlussnetzbetreibern bereits ab dem Jahr 2024, waren jedoch kein Bestandteil des Ausgangsniveaus der vierten Regulierungsperiode mit Basisjahr 2021. Auch Anschlussnetzbetreiber, die am vereinfachten Verfahren teilnehmen, können im Rahmen der Anpassung der EOG entsprechende Plankosten geltend machen. Damit trägt die Beschlusskammer den Stellungnahmen aus der Konsultation Rechnung.

3.1.2 Abgleich der Kosten im Regulierungskonto

- 77 Der erforderliche Abgleich der in Ansatz gebrachten Plankosten mit den beim Anschlussnetzbetreiber tatsächlich angefallenen Kosten erfolgt im Regulierungskonto des jeweiligen Jahres. Erstmalig findet für das Regulierungskonto des Jahres 2024 ein Abgleich zwischen den in der EOG enthaltenen Plankosten und den tatsächlich angefallenen Kosten des Anschlussnetzbetreibers für die Beteiligung an den Entgelten für die Ausstattung von Zählpunkten mit iMSys statt. Dazu hat der Anschlussnetzbetreiber die tatsächlichen Kosten sowie die tatsächlichen Mengen von mit iMSys ausgestatteter abrechnungsfähiger Zählpunkte anzugeben. Bei der Darstellung der tatsächlichen Mengen hat der Anschlussnetzbetreiber zwischen dem Pflichtrollout nach § 30 Abs. 1 und 2 MsbG und dem optionalen Rollout nach § 30 Abs. 3 MsbG zu unterscheiden. Der Anschlussnetzbetreiber hat darüber hinaus auch die Anzahl der mit iMSys ausgestatteten abrechnungsfähigen Zählpunkte anzugeben, bei denen das Entgelt unterhalb der POG lag. Dies kann durch wettbewerbliche Preisunterschiede oder durch Einbauten während eines Kalenderjahres auftreten.
- 78 Die sich daraus ergebende Differenz zwischen Plankosten und tatsächlich angefallenen Kosten für die Beteiligung an den Entgelten für die Ausstattung von Zählpunkten mit iMSys des jeweiligen Jahres wird auf das jeweilige Regulierungskonto gebucht und annuitätisch nach dem bekannten Prinzip über drei Jahre ausgekehrt. Dieser Abgleich erfolgt auch für Anschlussnetzbetreiber, die am vereinfachten Verfahren teilnehmen.
- 79 Den Vorschlägen die tatsächlich angefallenen Kosten des Jahres 2024 zeitnah im Jahr 2025 zu berücksichtigen oder anteilig in die EOG der Jahre 2025 bis 2027 einzubeziehen und nicht erst über das Regulierungskonto 2024 in den Jahren 2027 bis 2029 zu erstatten, kann aus Sicht der Beschlusskammer nicht gefolgt werden. Der Regulierungskontomechanismus dient genau dazu die Differenz von Plan- und Ist-Kosten einzelner dauerhaft nicht beeinflussbarer Kostenpositionen zu erfassen und auszugleichen. Die Einführung zusätzlicher Mechanismen zur Erfassung von Plan- und Ist-Kosten ist im Sinne einer möglichst konsistenten Regulierung abzulehnen.

4. Rückwirkende Festlegung ab dem 01.01.2024

- 80 Die rückwirkende Festlegung ab dem 01.01.2024 ist zulässig. Die Vorgaben des novellierten MsbG in seiner Fassung vom 27.05.2023 gelten ab dem 01.01.2024. Damit werden auch die Kosten des Anschlussnetzbetreibers aus der Beteiligung an den Entgelten für die Ausstattung von Zählpunkten mit iMSys unter Beachtung der POG rückwirkend zum 01.01.2024 als dauerhaft nicht beeinflussbar angesehen.

III. Öffentliche Bekanntmachung

- 81 Da die Festlegung gegenüber einer Vielzahl betroffener Netzbetreiber erfolgt, nimmt die Beschlusskammer, in Ausübung des ihr nach § 73 Abs. 1a S. 1 EnWG zustehenden Ermessens, eine öffentliche Bekanntmachung der Entscheidung vor. Die öffentliche Bekanntmachung wird dadurch bewirkt, dass der verfügende Teil der Entscheidung, die Rechtsbehelfsbelehrung und ein Hinweis auf die Veröffentlichung der vollständigen Entscheidung auf der Internetseite der Bundesnetzagentur im Amtsblatt der Bundesnetzagentur bekannt gemacht werden (§ 73 Abs. 1a S. 2 EnWG). Die Entscheidung gilt gemäß § 73 Abs. 1a S. 3 EnWG mit dem Tage als zugestellt, an dem seit dem Tag der Bekanntmachung im Amtsblatt der Bundesnetzagentur zwei Wochen verstrichen sind.

Rechtsmittelbelehrung

Gegen diesen Beschluss kann innerhalb eines Monats nach Zustellung Beschwerde erhoben werden. Die Beschwerde ist bei dem Beschwerdegericht, dem Oberlandesgericht Düsseldorf (Hausanschrift: Cecilienallee 3, 40474 Düsseldorf) einzureichen.

Die Beschwerde ist zu begründen. Die Frist für die Beschwerdebegründung beträgt einen Monat. Sie beginnt mit der Einlegung der Beschwerde und kann auf Antrag von dem oder der Vorsitzenden des Beschwerdegerichts verlängert werden. Die Beschwerdeschrift und Beschwerdebegründung müssen durch einen Rechtsanwalt unterzeichnet sein.

Die Beschwerde hat keine aufschiebende Wirkung (§ 76 Abs. 1 EnWG).

Vorsitzender

Beisitzerin

Beisitzer

Bourwieg

Dr. Heimann

Wetzel

Mitteilung Nr. 196/2024**Genehmigung von Investitionsmaßnahmen nach § 23 ARegV
Gasbereich, hier: BK4-19/047A01**

In dem Verwaltungsverfahren nach § 23 ARegV aufgrund des Antrags der Thyssengas GmbH, Emil-Moog-Platz 13, 44137 Dortmund, vom 29.01.2021 auf Verlängerung der Genehmigungsdauer der nach § 23 Abs. 1 ARegV genehmigten Investitionsmaßnahme für das Projekt „Reversierung der Verdichterstation Rysum und Errichtung einer bidirektionalen Gasdruckregel- und Messanlage in Emden -Projekt Nr. 4/2019“ hat die Beschlusskammer 4 der Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen, Tulpenfeld 4, 53113 Bonn, am 01.09.2021 beschlossen:

1. Die mit Beschluss BK4-19-047 vom 11.08.2020 erfolgte Genehmigung einer Investitionsmaßnahme für das Projekt „Reversierung der Verdichterstation Rysum und Errichtung einer bidirektionalen Gasdruckregel- und Messanlage in Emden -Projekt Nr. 4/2019“ (im Folgenden auch: Ausgangsbescheid) wird in Bezug auf Tenorziffer 2. gemäß § 29 Abs. 2 EnWG i. V. m. § 23 ARegV wie folgt geändert:

Die Genehmigung und die Anpassung der Erlösobergrenze sind für die Anlagengüter, die bis zum 31.12.2020 bereits als Fertiganlagen (aktivierte Anlagengüter, deren kalkulatorische Abschreibungen unter Berücksichtigung des § 6 Abs. 5 S. 4 GasNEV im Jahr 2020 begonnen haben) im Anlagevermögen aktiviert worden sind, bis 31.12.2022 befristet. Für die Anlagengüter, die bis zum 31.12.2020 noch nicht als Fertiganlagen (Anlagen im Bau) im Anlagevermögen aktiviert worden sind sowie für die nach dem 31.12.2020 entstehenden Anschaffungs- und Herstellungskosten (Fertiganlagen und Anlagen im Bau), sind die Genehmigung und die Anpassung der Erlösobergrenze bis 31.12.2027 befristet.

2. Im Übrigen bleibt der Ausgangsbescheid unberührt und darüber hinaus mit Schreiben vom 29.01.2021 geltend gemachte Änderungsbegehren werden abgelehnt.

3. Eine Kostenentscheidung bleibt vorbehalten.

Der vollständige Beschluss kann auf der Internet-Seite der Bundesnetzagentur abgerufen werden.

BK4-19/047A01**Mitteilung Nr. 197/2024****Genehmigung von Investitionsmaßnahmen nach § 23 ARegV
Gasbereich, hier: BK4-20/062**

In dem Verwaltungsverfahren aufgrund des Antrags auf Genehmigung der Investitionsmaßnahme der GASCADE Gastransport GmbH, Kölnische Straße 108-112, 34119 Kassel, hat die Beschlusskammer 4 der Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen am 04.11.2021 beschlossen:

1. Die Investitionsmaßnahme für das Projekt „2020-002 Verdichterstation Reckrod“ wird genehmigt.

2. Die Genehmigung und die Anpassung der Erlösobergrenze sind befristet bis 31.12.2022.

3. Im Übrigen wird der Antrag abgelehnt.

4. Der Antragstellerin wird auferlegt, den sich aus den Gründen ergebenden Mitteilungspflichten nachzukommen.

5. Die Genehmigung steht unter dem Vorbehalt des Widerrufs.

6. Eine Kostenentscheidung bleibt vorbehalten.

Der vollständige Beschluss kann auf der Internet-Seite der Bundesnetzagentur abgerufen werden.

BK4-20/062**Mitteilung Nr. 198/2024****Genehmigung von Investitionsmaßnahmen nach § 23 ARegV
Gasbereich, hier: BK4-20/072**

In dem Verwaltungsverfahren nach § 23 ARegV aufgrund des Antrags auf Genehmigung der Investitionsmaßnahme der Fluxys Deutschland GmbH, Elisabethstr. 11, 40217 Düsseldorf, hat die Beschlusskammer 4 der Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen, Tulpenfeld 4, 53113 Bonn, am 02.07.2021 beschlossen:

1. Die Investitionsmaßnahme für das Projekt „GDRM-Anlage Anlandestation Greifswald -Anlagenerweiterung 3“ wird genehmigt.

2. Die Genehmigung und die Anpassung der Erlösobergrenze sind befristet bis 31.12.2022.

3. Im Übrigen wird der Antrag abgelehnt.

4. Der Antragstellerin wird auferlegt, den sich aus den Gründen ergebenden Mitteilungspflichten nachzukommen.

5. Die Genehmigung steht unter dem Vorbehalt des Widerrufs.

6. Eine Kostenentscheidung bleibt vorbehalten.

Der vollständige Beschluss kann auf der Internet-Seite der Bundesnetzagentur abgerufen werden.

BK4-20/072**Mitteilung Nr. 199/2024****Genehmigung von Investitionsmaßnahmen nach § 23 ARegV
Gasbereich, hier: BK4-20/075A01**

In dem Verwaltungsverfahren aufgrund des Antrags der Fluxys Deutschland GmbH, Elisabethstraße 11, 40217 Düsseldorf, vom 16.06.2021 auf Verlängerung der Genehmigungsdauer der nach § 23 Abs. 1 ARegV genehmigten Investitionsmaßnahme für das Projekt „Erweiterung GDRM-Anlage Lubmin 2“ hat die Beschlusskammer 4 der Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen, Tulpenfeld 4, 53113 Bonn, am 01.09.2021 beschlossen:

1. Die mit Beschluss BK4-20-075 vom 02.07.2021 erfolgte Genehmigung einer Investitionsmaßnahme für das Projekt „Erweiterung GDRM-Anlage Lubmin 2“ (im Folgenden auch: Ausgangsbescheid) wird in Bezug auf Tenorziffer 2. gemäß § 29 Abs. 2 EnWG i. V. m. § 23 ARegV wie folgt geändert:

Die Genehmigung und die Anpassung der Erlösobergrenze sind befristet bis 31.12.2027.

2. Im Übrigen bleibt der Ausgangsbescheid unberührt.

3. Eine Kostenentscheidung bleibt vorbehalten.

Der vollständige Beschluss kann auf der Internet-Seite der Bundesnetzagentur abgerufen werden.

BK4-20/075A01

Impressum

Herausgeber:	Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen
Redaktion:	Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen Referat Z 15 Postfach 80 01 53105 Bonn Tulpenfeld 4 53113 Bonn Telefon: (02 28) 14 53 18 Telefax: (02 28) 14 65 33 E-Mail: amtsblatt@bnetza.de
Erscheinungsweise:	Das Amtsblatt der BNetzA erscheint nach Bedarf, in der Regel 14-täglich
Layout:	Innodata Germany GmbH, 48268 Greven
Bestellung/Versand:	Einzellieferung von älteren Ausgaben Telefon: (02 28) 14 53 18 Herr Gahre E-Mail: amtsblatt@bnetza.de Der Versand erfolgt gegen Rechnung